



# RECHTSSICHERHEIT BEI DER BESCHILDERUNG IM WALD

## BESCHRÄNKUNGEN DER BENÜTZUNG VON GRUND UND BODEN IM ÜBERBLICK

MIT UNTERSTÜTZUNG VON BUND, LÄNDERN UND EUROPÄISCHER UNION



MINISTERIUM  
FÜR EIN  
LEBENSWERTES  
ÖSTERREICH

**LE 07-13**  
Erkenntnis für die Lebenszone Wald

Europäischer  
Landwirtschaftsfonds für  
die Entwicklung des  
ländlichen Raums:  
Hier investiert Europa in  
die ländlichen Gebiete



**LAND & FORST**  
PROJEKTE ÖSTERREICH

PRAXISHANDBUCH

# RECHTSSICHERHEIT BEI DER BESCHILDERUNG IM WALD

BESCHRÄNKUNGEN DER BENÜTZUNG  
VON GRUND UND BODEN IM ÜBERBLICK

Stefanie Wieser

Erstellt

MIT UNTERSTÜTZUNG VON BUND, LÄNDERN UND EUROPÄISCHER UNION



MINISTERIUM  
FÜR EIN  
LEBENSWERTES  
ÖSTERREICH



Europäischer  
Landwirtschaftsfonds für  
die Entwicklung des  
ländlichen Raums:  
Hier investiert Europa in  
die ländlichen Gebiete



**LAND & FORST**  
PROJEKTE ÖSTERREICH

## Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:



Land&Forst Projekte Österreich  
Schaufnergasse 6/5, 1010 Wien, [www.landforstbetriebe.at](http://www.landforstbetriebe.at)

Alle Bilder Land&Forst Betriebe Österreich, sofern nicht anders angegeben.

Autorin: Mag. Stefanie Wieser  
Grafische Gestaltung: Ronald Talasz, [www.trafikant.org](http://www.trafikant.org)  
Coverfoto: Anna Schreiner

Besonderer Dank gebührt Mag. Thomas Koller für seinen Autorenbeitrag  
im Kapitel Straßenverkehrsordnung.

Wien, Mai 2015

Copyright 2015 Land&Forst Projekte Österreich; alle Rechte vorbehalten. Kein Teil der Publikation darf in irgendeiner Form ohne Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Haftung: Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr. Eine Haftung des Herausgebers, der Autoren sowie des Verlages ist ausgeschlossen. Rechtsausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autoren dar und können der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgreifen.

Geschlechtsspezifische Bezeichnungen in dieser Publikation gelten gleichwertig für beiderlei Geschlechter. Dies bringt keinesfalls eine Geschlechterdiskriminierung in der einen oder anderen Richtung oder eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zum Ausdruck.

Rechtlicher Stand: April 2015



**DI Felix Montecuccoli**

Präsident der Land&Forst  
Betriebe Österreich

## **Willkommen im Wald! Was darf man im Wald, was nicht und welche Regeln sind zu beachten?**

In den Wäldern Österreichs sind nicht nur Förster und Forstarbeiter, sondern auch Familien, Wanderer, Reiter, Biker, Pilzsammler, Sportler, Jäger, Erholungssuchende und Forscher unterwegs. Jederzeit können sie sich begegnen, in ökologisch sensible Gebiete, in wichtige Rückzugsräume für Wildtiere oder in Holzerntearbeiten geraten und durch forstliche Tätigkeiten wie Fällung oder Bringung zu Schaden kommen. Für die Waldbesitzer ist es deshalb wichtig, dass alles Vorgeschriebene und Zumutbare unternommen wird, um Konflikte zu vermeiden und Schäden von Waldbenutzern und auch vom Ökosystem Wald abzuwenden.

Nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Freizeitaktivitäten in der Natur kommt es immer öfter zu Konflikten zwischen den verschiedenen Nutzergruppen und auch Erholungssuchenden. In Österreich regelt das Forstgesetz seit 1975 das freie Betretungsrecht des Waldes. Das Wort „frei“ bedeutet aber nicht, dass alles erlaubt ist, was Spaß macht. Auch viele Landesgesetze sehen Regelungen wie etwa zum Schutz der Natur, von Quellgebieten oder auch der Waldbesitzer vor. Wie im Straßenverkehr haben Gebots- und Verbotsschilder im Wald eine Bedeutung und regeln das Verhalten im Wald. Letztendlich geben sie rechtliche Sicherheit für alle Waldbesitzer.

Nicht jedem Waldbesitzer sind die gesetzlich normierten Schilder, die im Wald aufgestellt werden, geläufig, was oft zu Unsicherheit und falschem Verhalten führt. Selbst von Fachleuten werden Rechte und Pflichten zum Thema Schilder und

Wegefreiheit im Wald immer wieder fehlinterpretiert. Eine Aufklärung über Maßnahmen und Kennzeichnungen im Wald ist daher dringend notwendig, um ein besseres Verständnis, eine korrekte Handhabung der Regeln und einen guten Umgang miteinander zu erreichen.

Mit dem vorliegenden Handbuch wird nun auf die wesentlichsten Schilder eingegangen, auf die man im Wald, auf Forststraßen und Wegen, Almen und in Naturschutzgebieten treffen kann.

Ich appelliere an alle Leserinnen und Leser, sich ihrer Verantwortung gegenüber der Natur, aber auch gegenüber den Grundbesitzern bewusst zu werden. Dieses Handbuch soll als Nachschlagwerk und Aufklärungsmaterial dienlich sein, um die gesetzlich geregelten Schilder korrekt zu verwenden, Konflikten vorzubeugen und ein geregeltes Miteinander im Wald zu gewährleisten.

Ihr Felix Montecuccoli  
Präsident der Land&Forst Betriebe Österreich



**Mag. Stefanie Wieser**

Abteilung Recht der  
Land&Forst Betriebe  
Österreich

Ein Konvolut aus forst-, naturschutz-, jagd- und wasserrechtlichen Vorgaben an die Bewirtschaftung und die zunehmende Nutzung des Waldes durch die Allgemeinheit bedeuten für den Eigentümer massive Mehrfachbelastungen in Form von zahlreichen Leistungs-, Duldungs- und Unterlassungspflichten. Insbesondere Schutz- und Sperrgebiete geraten immer wieder zum Konfliktfeld. Streitfälle wurden teils bis zu den Höchstgerichten ausgetragen. Dieses Buch soll der Gegenwart und Zukunft eines klareren Bewusstseins von Rechten und Pflichten im Naturraum dienen.

Das Gesetz sieht vor, dass Nutzungsbeschränkungen durch behördliche oder vom Grundeigentümer aufgestellte Schilder angezeigt werden – oder auch nicht. Der Blick auf die Rechtsordnung und die Natur offenbart oft eine Diskrepanz zwischen tatsächlicher Übung und den gesetzlichen Bestimmungen. Korrekte Kennzeichnungen dienen dem Schutz von Mensch und Natur. Wichtig festzuhalten und zu kommunizieren ist aber gleichzeitig: Nur weil kein (Verbots-)Schild steht, bedeutet das nicht, dass im Wald automatisch alles erlaubt ist.

Die vorliegende Arbeit ist eine Schnittmenge häufiger Themen in meiner Rechtsberatung. Sie entstand aus dem Bestreben, diese verständlich und in einer Gesamtschau darzustellen. So hoffe ich, dass auf viele Fragen im Zusammenhang mit gebotenem Verhalten und Kennzeichnungsvorschriften geantwortet wird. Dies kann aber im Einzelfall nicht die Einholung ergänzender Informationen bzw eines Expertenrats ersetzen.

Anregungen fand ich durch lebhaften Gedankenaustausch mit unseren Mitgliedsbetrieben, denen ich herzlich danke. Hinweise und Vorschläge nehme ich weiter dankbar

entgegen. Viele Bestimmungen sind in Landesgesetzen geregelt, ihre allzu detaillierte Behandlung würde den Rahmen dieses Buchs sprengen. In Fußnoten wird auf Literatur, Judikatur und weiterführende Informationen verwiesen.

Die „Werkstatt Natur“ erfordert oft Maßnahmen, die nicht geplant sind. Der Raum für das eigentliche Wirtschaften ist durch die Fülle von Rechtsvorschriften und Ansprüchen Dritter zunehmend eingeengt. Umso wichtiger erscheint mir daher die Kenntnis und der Gesamtzusammenhang wesentlicher Bestimmungen: Für den, der lenkt, und noch mehr für den, der plant.

Wien, im Mai 2015

Stefanie Wieser

## Inhalt

### Vorworte

6

### Inhalt

10

### Einleitung

17

1. Allgemeine Benützungshinweise

17

2. Schild als Schutz vor Schaden?

18

### 1. Forstgesetz

20

1. Benützungsbeschränkungen nach dem Forstgesetz

20

2. Forststraßen

23

3. Was genau ist betretbar?  
Was ist sperrbar?

24

4. Die Forstliche Kennzeichnungsverordnung

26

5. Kennzeichnungspflichten

28

5.1. Nutzungsverbote

29

5.2. Forstliches Sperrgebiet

32

5.3. Befristetes forstliches Sperrgebiet

33

6. Wo sind Tafeln anzubringen?

37

7. Zusätzliche Vorschriften für dauernde forstliche Sperrgebiete

37

8. Wer ist zur Kennzeichnung berufen?

39

9. Bewilligungspflichten für Sperren

40

10. Schneller Überblick

41

11. Exkurs: Holzernte entlang öffentlicher Verkehrsflächen, Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung und des Bundesstraßengesetzes

43

12. Behördliche Überprüfungen von Benützungsbeschränkungen

46

13. Pilze und Beeren sammeln im Wald

49

14. Strafbestimmungen

52

### 2. Straßenverkehrsordnung

55

1. Straßenverkehrsordnung

55

1.1. Allgemein

55

1.2. Private Straßen und Wege außerhalb des Waldes

56

1.3. Forststraßen und Waldwege

57

1.4. Allgemeine Grundsätze der StVO

60

2. Anbringung von Straßenverkehrszeichen und Zuständigkeiten

62

3. Gefahrenzeichen

63

a) Querrinne oder Aufwölbung

64

b) Gefährliche Kurven

64

c) Gefährliches Gefälle, starke Steigung

64

d) Schleudergefahr

64

e) Steinschlag

65

f) Achtung Tiere

65

g) Achtung Wildwechsel

66

h) Andere Gefahren

66

|           |   |           |
|-----------|---|-----------|
| <b>4.</b> | <b>Vorschriftszeichen</b>   | <b>67</b> |
| a)        | Fahrverbot  | 67        |
| b)        | Fahrverbot für Fahrräder und Motorfahräder  | 67        |
| c)        | Reitverbot und Verbot für Fußgänger   | 68        |
| d)        | Lkw-Fahrverbote (Straßensperren) und Gewichtbeschränkungen  | 68        |
| e)        | Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge/Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit Anhänger                            | 69        |
| f)        | Fahrverbot für Fahrzeuge mit über ... t Gesamtgewicht/Fahrverbot für alle Fahrzeuge mit über ... t Achslast | 70        |
| <b>5.</b> | <b>Zuständige Behörde</b>   | <b>70</b> |
| <b>6.</b> | <b>Ausnahmen in Einzelfällen</b>  | <b>70</b> |
| <b>7.</b> | <b>Exkurs:</b>  | <b>72</b> |
| 7.1.      | Benützung von Straßen zu verkehrsfremden Zwecken  | 72        |
| 7.2.      | Werbungen und Ankündigungen außerhalb des Straßengrundes  | 73        |
| <b>3.</b> | <b>Naturschutzrecht</b>   | <b>74</b> |
| <b>1.</b> | <b>Wesentliche Rechtsgrundlagen</b>   | <b>74</b> |
| 1.1.      | International   | 74        |
| 1.1.1.    | Berner Konvention   | 74        |
| 1.1.2.    | Ramsar Konvention   | 75        |
| 1.1.3.    | Bonner Konvention   | 75        |
| 1.1.4.    | Welterbekonvention  | 75        |
| 1.1.5.    | Übereinkommen über die biologische Vielfalt   | 75        |
| 1.1.6.    | Alpenkonvention   | 76        |
| 1.2.      | Europäisches Naturschutzrecht   | 77        |
| 1.3.      | Naturschutzrecht in Österreich  | 77        |
| <b>2.</b> | <b>Naturschutzgesetze der Bundesländer</b>  | <b>78</b> |
| 2.1.      | Grundsätze und allgemeine Schutzbestimmungen  | 78        |
| 2.2.      | Pflanzen-, Pilz- und Tierschutz   | 80        |

|           |   |            |
|-----------|---|------------|
| 2.3.      | Naturdenkmale   | 83         |
| 2.4.      | Flächenschutz   | 85         |
| 2.4.1.    | Schutz von Lebensraum   | 86         |
| 2.4.2.    | Naturschutzgebiete  | 87         |
| 2.4.3.    | Landschaftsschutzgebiete  | 89         |
| 2.4.4.    | Geschützte Landschaftsteile und Ruhegebiete/Ruhezonen               | 90         |
| 2.4.5.    | Höhlenschutz  | 90         |
| 2.4.6.    | Europaschutzgebiete   | 91         |
| 2.4.8.    | Naturpark   | 91         |
| 2.4.9.    | Nationalpark  | 92         |
| 2.5.      | Vertragsnaturschutz – ein Instrument des freiwilligen Naturschutzes | 94         |
| 2.5.1.    | BIOSA   | 95         |
| <b>4.</b> | <b>Jagdrecht</b>  | <b>96</b>  |
| <b>1.</b> | <b>Jagdrechtliche Benützungsbeschränkungen</b>                      | <b>96</b>  |
| 1.1.      | Recht auf Betreten geht vor jagdlicher Sperre?                      | 97         |
| 1.2.      | Arten von Benützungsbeschränkungen                                  | 97         |
| <b>2.</b> | <b>Burgenland</b>   | <b>97</b>  |
| 2.1.      | Sperre von Zuchtgehegen   | 97         |
| 2.2.      | Wildschutzgebiete   | 98         |
| 2.3.      | Kennzeichnung   | 98         |
| <b>3.</b> | <b>Kärnten</b>  | <b>100</b> |
| 3.1.      | Zeitlich und örtlich beschränkte Sperren                            | 100        |
| 3.2.      | Wildschutzgebiete   | 101        |
| 3.3.      | Kennzeichnung   | 102        |
| 3.4.      | Betretungsverbot rund um Rotwildfütterungsanlagen                   | 102        |
| 3.5.      | Weitere Betretungsverbote und Benützungsbeschränkungen              | 103        |

|           |  |            |
|-----------|--|------------|
| 3.6.      | Exkurs: Jagd mit Fallen                            | 103        |
| 3.6.1.    | Aufstellen von Fanggeräten                         | 104        |
| 3.6.2.    | Kennzeichnung: Warnzeichen Fallen                  | 105        |
| <b>4.</b> | <b>Niederösterreich</b>                            | <b>106</b> |
| 4.1.      | Wildschutzgebiete                                  | 106        |
| 4.2.      | Betretungsverbot rund um Wildfütterungen           | 107        |
| 4.3.      | Sperre von umfriedeten Eigenjagdgebieten           | 107        |
| 4.4.      | Kennzeichnung                                      | 108        |
| 4.5.      | Wirkung der Sperre                                 | 108        |
| 4.6.      | Sperrgebiete während Treibjagden                   | 109        |
| <b>5.</b> | <b>Oberösterreich</b>                              | <b>111</b> |
| 5.1.      | Ruhezonen  | 111        |
| 5.3.      | Kennzeichnung                                      | 112        |
| 5.3.      | Wildwintergatter                                   | 112        |
| <b>6.</b> | <b>Salzburg</b>                                    | <b>114</b> |
| 6.1.      | Notfallsperren                                     | 114        |
| 6.2.      | Habitatschutzgebiete                               | 115        |
| 6.3.      | Wildbiotopschutzgebiete                            | 117        |
| 6.4.      | Futterplätze                                       | 117        |
| 6.5.      | Wildwintergatter                                   | 118        |
| 6.6.      | Kennzeichnung                                      | 119        |
| <b>7.</b> | <b>Steiermark</b>                                  | <b>120</b> |
| 7.1.      | Wildschutzgebiete                                  | 120        |
| 7.2.      | Kennzeichnung                                      | 121        |
| 7.3.      | Wildwintergatter                                   | 122        |
| 7.4.      | Genehmigte Fütterungsanlagen                       | 124        |
| 7.5.      | Betretungsverbot bei Treib-, Drück- und Lappjagden | 125        |
| <b>8.</b> | <b>Tirol</b>                                       | <b>126</b> |
| 8.1.      | Sperrflächen                                       | 126        |
| 8.2.      | Kennzeichnung                                      | 127        |

|            |   |            |
|------------|---|------------|
| <b>9.</b>  | <b>Vorarlberg</b>   | <b>128</b> |
| 9.1.       | Wildruhezonen   | 128        |
| 9.2.       | Sperrgebiete zur Erfüllung der Abschussverfügung  | 128        |
| 9.3.       | Betretungsverbot in Wildruhezonen und Sperrgebieten zur Erfüllung der Abschussverfügung | 129        |
| 9.4.       | Kennzeichnung   | 129        |
| <b>10.</b> | <b>Wien</b>   | <b>130</b> |
| 10.1.      | Sperrgebiete bei Zwangsabschuss   | 130        |
| 10.2.      | Kennzeichnung   | 131        |
| <b>11.</b> | <b>Sicherheitsvorkehrungen bei Gesellschaftsjagden allgemein</b>                        | <b>132</b> |
| <b>12.</b> | <b>Schneller Überblick</b>  | <b>134</b> |
| <b>13.</b> | <b>Übersicht Strafbestimmungen in den Landesjagdgesetzen</b>                            | <b>138</b> |
| <b>5.</b>  | <b>Wasserrecht</b>  | <b>146</b> |
| <b>1.</b>  | <b>Rechtliche Eigenschaft der Gewässer – Benutzung und Einschränkung</b>                | <b>146</b> |
| <b>2.</b>  | <b>Öffentliches Wassergut</b>   | <b>148</b> |
| <b>3.</b>  | <b>Benutzung der Gewässer und deren Einschränkung</b>                                   | <b>149</b> |
| 3.1.       | Gemeingebrauch an öffentlichen und privaten Gewässern                                   | 149        |
| 3.2.       | Besondere Wasserbenutzung an öffentlichen Gewässern und privaten Tagwässern             | 151        |
| 3.3.       | Benutzung des Grundwassers  | 151        |
| <b>4.</b>  | <b>Bewilligung der Wasserbenutzung</b>  | <b>153</b> |



|      |  |            |
|------|--|------------|
| 5.   | Nutzungseinschränkungen zum Schutz des Wassers     | 154        |
| 5.1. | Wasserschutz- und Schongebiete                     | 154        |
| 5.2. | Sicherung der künftigen Wasserversorgung           | 157        |
| 5.3. | Schutz von Heilquellen und Heilmooren              | 157        |
| 6.   | Wirtschaftsbeschränkungen im Bereich von Gewässern | 158        |
|      | <b>Abkürzungen</b>                                 | <b>159</b> |
|      | <b>Fußnoten</b>                                    | <b>163</b> |
|      | <b>Über die Autorin</b>                            | <b>167</b> |

## 1. Allgemeine Benützungshinweise

Das vorliegende Handbuch gliedert sich in die Bereiche **Forst, Straßenverkehr, Naturschutz, Jagd** und **Wasser**. Ziel ist es, die wesentlichen gesetzlich vorgesehenen Schilder für diese Themenkreise darzustellen.

Um zu vermeiden, dass der Leser „vor lauter Schildern und Paragraphen den Wald nicht mehr sieht“, werden nur die wesentlichen, in ihrem Anwendungsbereich und Aussehen gesetzlich normierten Schilder beschrieben. Eine vollumfängliche und abschließende Behandlung wäre weder dem Umfang nach möglich noch sinnvoll. Fragen rund um Wegemarkierungen und sonstige Tafeln im Wald, die Wanderwege, Radrouten etc. anzeigen, sowie Fragen einer allfälligen daraus resultierenden (Vertrags-)Haftung sind bewusst nicht Gegenstand der Darstellung.

Die Kapitel gliedern sich nach den behandelten Rechtsbereichen zum leichteren **Überblick farblich**. Die Spalten am Rand beinhalten Abbildungen der jeweils relevanten Schilder sowie die entsprechenden Rechtsgrundlagen zu den Erläuterungen. Sofern in den Spalten keine anderen Rechtsgrundlagen angeführt sind, basieren die Ausführungen auf den Bestimmungen des jeweiligen Gesetzes, welches das Kapitel bespricht. Fußnoten verweisen auf zitierte bzw. weiterführende Literatur und Rechtsprechung, die im Anhang jeweils kapitelweise gefunden werden können.

Alle Gesetzestexte und ausgewählten gerichtlichen Entscheidungen sind über das Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) im Volltext kostenlos abrufbar unter: [www.ris.bka.gv.at](http://www.ris.bka.gv.at)

## 2. Schild als Schutz vor Schaden?

Die behandelten **gesetzlichen Schilder** haben – wenn auch jeweils auf unterschiedliche Weise – **Schutzcharakter**. Eine Einschränkung des freien Betretungsrechts des Waldes wird in der Öffentlichkeit leider oft allgemein als „(Aus-)Sperrungen“ wahrgenommen. Tatsächlich sieht das Gesetz aber eben zum Schutz von Mensch und/oder Natur Grenzen in Form von Nutzungsbeschränkungen vor: Ganz offensichtlich ist dies bei befristeten forstlichen Sperrgebieten aufgrund von Waldarbeiten. Wild-, Natur- und Wasserschutzgebieten bspw ist der Schutzcharakter schon ihrem Namen nach innewohnend. Auch die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung (bzw des Kraftfahrzeuggesetzes) sollen vor Gefahren schützen.

Ein Schild allein schützt aber nicht vor einem Schadenseintritt, sondern vor allem das **entsprechende Verhalten**: Basierend auf der Voraussicht des Grundeigentümers/der Behörde und der Einsicht des Waldbesuchers, dass sein Betretungsrecht aus guten, gesetzlichen Gründen eingeschränkt ist.

Häufig tritt in der Praxis die Frage so auf: Es gibt da eine Gefahrenquelle. Kann/soll/muss ich ein Schild aufstellen? Und welches? Zunächst sagt uns der Blick ins Gesetz, dass zB ein Waldbereich während der Waldarbeit nach den Bestimmungen des ForstG zu sperren ist und welche Schilder wann, wie und wo dazu aufzustellen sind. Die Gefahr ist dann entsprechend erkennbar und die Haftung im Schadensfall auf Vorsatz eingeschränkt. Handelt es sich um **andere Gefahrenquellen**, deren Absicherung der Gesetzgeber nicht ausdrücklich geregelt hat, bleibt das Aufstellen eines allgemeinen Gefahrenzeichens/ Hinweisschildes. Die oberstgerichtliche

Rechtsprechung vertritt den Grundsatz, dass derjenige, der eine Gefahrenquelle schafft, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen hat, um eine Schädigung anderer abzuwenden. Die Möglichkeit einer Gefahr muss **erkennbar** sein und vom Sorgfaltspflichtigen mit **zumutbaren Maßnahmen** abgewendet werden können. Umfang und Intensität von Verkehrssicherungspflichten richten sich vor allem auch danach, in welchem Maß die Verkehrsteilnehmer selbst vorhandene Gefahren erkennen und ihnen begegnen können. Die Gefahrenabwehr muss zumutbar sein, die Verkehrssicherungspflicht darf nicht überspannt werden. Das einfache Aufstellen eines auf die Gefahr hinweisenden **Warnschilds** bedeutet keinesfalls eine Überspannung der Sorgfaltspflicht.<sup>1</sup>

ABER: Das Aufstellen solcher Warnhinweise befreit dann nicht, wenn die Beseitigung der Gefahr zumutbar ist. In diesem Sinne ist das Aufstellen von Warntafeln nur dann ausreichend, wenn ansonsten die konkrete Gefahrensituation in zumutbarer Weise nicht oder nicht sofort beseitigt werden kann. Allgemeine Hinweisschilder und Warnschilder entbinden also nicht automatisch von der Sicherungspflicht und einer möglichen Haftung im Schadensfall. Derartige Hinweise können sich jedoch auf die rechtliche Beurteilung des **Mitverschuldens** eines Geschädigten auswirken. Das Ausmaß bleibt anlassbezogen einer individuellen gerichtlichen Würdigung vorbehalten. Das Mitverschulden von Kindern ist nach ständiger Rechtsprechung stets geringer zu werten als dasjenige von Erwachsenen.

Zu Beweis Zwecken sollten aufgestellte Schilder **fotografisch** und mit Zeitvermerk **dokumentiert** werden.

### 1. Benützungsbeschränkungen nach dem Forstgesetz

Im Rahmen des gesetzlichen Betretungsrechts des Waldes darf jedermann Wald **zu Erholungszwecken betreten** und sich darin **aufhalten**. Eine darüber hinausgehende Nutzung bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Waldeigentümers.

Im Wald ist unter anderem nicht erlaubt:

- jede über das Betretungsrecht gemäß § 33 Abs 1 hinausgehende Tätigkeit wie zB Radfahren, Reiten, Zelten ohne Zustimmung des Grundeigentümers
- Betreten des Waldes aus anderen Gründen als der Erholung, zB zu kommerziellen oder beruflichen Zwecken, Schulungs- oder Ausbildungszwecken, zwecks Zugang zu einem Haus oder zu militärischen Übungen
- Befahren von Forststraßen und -wegen (egal, ob mit Kraftfahrzeug oder Fahrrad) ohne Zustimmung des Waldeigentümers/Straßenerhalters
- Anlegen oder Markieren von Wegen/Steigen ohne Zustimmung des Grundeigentümers
- Lagern nach Einbruch der Dämmerung
- Abstellen von Fahrzeugen auf Waldflächen
- Entzünden/Unterhalten von Feuer und unvorsichtiger Umgang mit feuergefährlichen Gegenständen (zB Zündhölzer, Zigaretten) durch nichtbefugte Personen – gilt auch im Gefährdungsbereich außerhalb des Waldes
- Betreten von Jungwaldflächen bis drei Meter Höhe
- Betreten von Waldflächen mit forstbetrieblichen Einrichtungen wie Forstgärten, Holz-, Material- und Gerätelagerplätze und Gebäude, Betriebsstätten von Bringungsanlagen (ausgenommen Forststraßen) einschließlich ihres Gefährdungsbereiches
- Betreten von forstlichen Sperrgebieten
- Betreten von jagdlichen Einrichtungen zB Hochständen
- Betreten von Flächen, die einem behördlichen Betretungsverbot wegen besonderer Waldbrandgefahr unterliegen
- jegliche Waldverwüstung, dazu gehört unter anderem auch das Ablagern und Wegwerfen von Müll, Gerümpel oder Klärschlamm
- Entfernung und Beschädigung von forstlichen oder jagdlichen Einrichtungen wie Hinweistafeln, Grenzzeichen, Zäunen, Hütten, Wildfutterstellen, Hochständen, Erholungseinrichtungen und dergleichen
- Sammeln von Pilzen im Ausmaß von mehr als zwei Kilogramm pro Tag oder von Früchten der im Anhang zum Forstgesetz angeführten Holzgewächse (Achtung: zusätzliche Bestimmungen/Verbote in manchen Bundesländern gem. Pilzschutzverordnung)
- Beschädigung oder Entfernung stehender Bäume, Baumteile, Sträucher und dergleichen

- Aneignung von Erde, Rasen oder sonstiger Bodenbestandteile in mehr als geringem Ausmaß sowie von stehendem und geerntetem Holz und Harz\*

Unter bestimmten Voraussetzungen kann der **Eigentümer** Waldflächen von der Benützung zu Erholungszwecken **befristet oder dauernd ausnehmen**. Zudem sieht das Forstgesetz in bestimmten Fällen **behördliche Sperrgebiete** vor, in denen neben dem Verbot der Benützung zu Erholungszwecken auch darüber hinausgehend das Betreten und der Verkehr eingeschränkt werden können.

Einige Benützungsverbote gelten ohne Ersichtlichmachung in der Natur, manche bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Kennzeichnung.

Woran ist nun für den Besucher erkennbar, dass die Benützung des Waldes eingeschränkt oder verboten ist?

**Keiner Kennzeichnung** etwa bedürfen **Wieder- und Neubewaldungsflächen**, deren **Bewuchs niedriger als 3 m** ist. Deren Betreten ist daher auch ohne „Tafel“ unzulässig. Ebenso nicht gekennzeichnet werden müssen Flächen, die von der Behörde aus Gründen des **Waldbrandschutzes** von der Benützung zu Erholungszwecken ausgenommen wurden.

\*) Straffrei bleiben nur Bagatelldelikte in tatsächlich vollkommen unbedeutendem Umfang. Dem Waldeigentümer steht es frei, sämtliche Sammeltätigkeiten (auch von Pilzen und Beeren) weitergehend zu beschränken oder ganz zu verbieten und dies durch entsprechende (aus Beweisgründen unbedingt nachweislich schriftliche) Mitteilung oder Kennzeichnung (Tafeln) kundzumachen. Diesfalls stellt jedes Zuwiderhandeln eine Besitzstörung dar. Angesichts dieser Rechtslage empfiehlt es sich, vor dem Sammeln das Einvernehmen mit dem Eigentümer bzw. Nutzungsberechtigten herzustellen.



Jungwald mit einer Bewuchshöhe unter 3 m darf nicht betreten werden.



Befristete oder dauernde Sperren von Waldflächen hingegen sind zu ihrer Gültigkeit entsprechend den Bestimmungen der Forstlichen Kennzeichnungsverordnung mittels der gesetzlich genau beschriebenen Tafeln zu kennzeichnen.

## 2. Forststraßen

**Forststraßen** gehören rechtlich zum Wald. Sie bedürfen keiner Kennzeichnung, um als solche zu gelten. Auch wenn keine Fahrverbotstafel vorhanden ist, darf eine Forststraße ohne ausdrückliche Zustimmung des Grundeigentümers bzw. Weggehalters nicht befahren werden.

Zur Vermeidung von Haftungsfällen wird jedoch dringend geraten, **Forststraßen an Verbindungsstellen zum öffentlichen Wegenetz entsprechend der Forstlichen Kennzeichnungsverordnung auszuschildern**, damit die unerlaubte Benützung auch eindeutig optisch erkennbar ist. Dies wird von der Rechtsprechung gefordert.



Abbildung 4  
der Anlage zur FKVO

**§ 1319a Abs 2  
ABGB**

## Rechtsprechung

Es ist Aufgabe des Waldbesitzers, durch entsprechende Beschilderung Forststraßen von sonstigen öffentlichen Wegen **eindeutig abzugrenzen**, dies kann aber **nur für die Verbindungen der Forststraßen mit öffentlichen Wegen** gelten und **nicht für das sonstige Umgebungsgelände**, das nicht für die Benützung mit dem Fahrrad vorgesehen ist, müssten Forststraßen sonst doch entweder zur Gänze eingezäunt oder abgeschränkt oder mit in kurzen Abständen aufzustellenden (zahllosen) Schildern „abgesichert“ werden.<sup>1</sup>

Zusatztafeln wie zB „Gilt auch für Radfahrer“ oder „Reiten verboten“ werden bei Forststraßenschildern in der Praxis häufig verwendet. Sie mögen noch ein zusätzlicher Hinweis für unkundige Waldbesucher sein, sind aber rein rechtlich eindeutig nicht notwendig. Ein Radfahrer oder Reiter kann sich definitiv nicht darauf berufen, dass er aufgrund der fehlenden Zusatztafel Grund zur Annahme hatte, die Forststraße benützen zu dürfen. Das Verbot, auf einer Forststraße ohne Zustimmung des Grundeigentümers zu fahren oder zu reiten, gilt unabhängig von einer solchen Zusatztafel.

### 3. Was genau ist betretbar? Was ist sperrbar?

## § 33

Das Betretungsrecht des Waldes und seine Einschränkungen im Rahmen der forstgesetzlichen Bestimmungen beziehen sich nur auf **Waldflächen im Sinne des Forstgesetzes**.

## § 1a

Wald sind demnach mit Holzgewächsen der im Anhang des Forstgesetzes angeführten Arten (forstlicher Bewuchs) bestockte Grundflächen, soweit die Bestockung mindestens eine Fläche von 1.000 m<sup>2</sup> und eine durchschnittliche Breite von 10 m erreicht.

Wald im Sinne des Forstgesetzes sind auch Grundflächen, deren forstlicher Bewuchs infolge Nutzung oder aus sonstigem Anlass vorübergehend vermindert oder beseitigt ist.

Unbeschadet ihrer besonderen Nutzung gelten auch dauernd unbestockte Grundflächen als Wald, insoweit sie in einem unmittelbaren räumlichen und forstbetrieblichen Zusammenhang mit Wald stehen und unmittelbar dessen Bewirtschaftung dienen (wie forstliche Bringungsanlagen, Holzlagerplätze, Waldschneisen und Rückewege).

Nicht als Wald gelten insbesondere

- Grundflächen, die nicht forstlich genutzt werden und deren Bewuchs mit einem Alter von wenigstens 60 Jahren eine Überschirmung von drei Zehntel nicht erreicht hat,
- bestockte Flächen, die infolge des parkmäßigen Aufbaues ihres Bewuchses überwiegend anderen als Zwecken der Waldwirtschaft dienen,
- forstlich nicht genutzte Strauchflächen mit Ausnahme solcher, die als Niederwald bewirtschaftet wurden oder für welche die Schutzwaldeigenschaft festgestellt oder die Bannlegung ausgesprochen wurde,
- Baumreihen, soweit es sich nicht um Windschutzanlagen handelt,
- Kurzumtriebsflächen, mit einer Umtriebszeit von bis zu 30 Jahren,
- Forstgärten, Forstsamenplantagen, Christbaumkulturen und bestimmte Plantagen.

**Der Waldeigentümer darf unter den gesetzlichen Voraussetzungen Wald von der Benutzung zu Erholungszwecken befristet oder dauernd ausnehmen (Sperr).** Das Forstgesetz zählt taxativ all jene Gründe auf, aufgrund derer eine Sperr verfügt werden kann. Das Gesetz konkretisiert nicht nur den Sperrgrund, sondern begrenzt auch den örtlichen und zeitlichen Bereich, in dem die Sperr wirksam werden darf.



Forstrechtlich sperrbar sind nur Waldflächen im Sinne des Forstgesetzes. Ein forstliches Sperrgebiet in einem Park kann nicht wirksam errichtet werden.



Forstrechtlich sperrbar gegen Betreten zu Erholungszwecken ist nur **Waldboden** im Sinne des Forstgesetzes in den gesetzlich vorgesehenen Fällen.

## § 27 Abs 2 lit g

Reicht die Art der Gefährdung beispielsweise über den Bereich der Holzfällung/-bringung und die Dauer von Holzernarbeiten hinaus, so besteht dafür nicht die Möglichkeit, ein befristetes forstliches Sperrgebiet wegen Gefahr durch Waldarbeit zu errichten. In so einem Fall bliebe zu erwägen, Bannlegung zur Abwehr von Gefahren, die sich aus dem Zustand des Waldes oder seiner Bewirtschaftung ergeben, zu beantragen.<sup>2</sup>

## 4. Die Forstliche Kennzeichnungsverordnung

Die **Forstliche Kennzeichnungsverordnung** wurde auf Grundlage des Forstgesetzes erlassen. Diese Verordnung enthält genaue Vorschriften über die Kennzeichnung von Benützungsbegrenzungen im Wald.

So wird etwa die Kennzeichnung von Waldflächen, die von der Benützung zu Erholungszwecken dauernd oder befristet ausgenommen sind (Forstliche Sperrgebiete), die Zulässigkeit einer über die Benützung zu Erholungszwecken hinausgehenden Benützung gem. § 33 Abs 3 ForstG (zB Zelten) oder die Zulässigkeit der allgemeinen Benützung von Forststraßen und sonstigen Wegen im Wald durch Radfahrer geregelt.



In der Anlage zur Verordnung finden sich die entsprechenden Mustertafeln. Die in der Verordnung näher beschriebenen Tafeln sind genau in der bezeichneten Art und im bezeichneten Umfang zur Kennzeichnung zu verwenden.



Abbildung 1



Abbildung 2



Abbildung 4



Abbildung 3



Abbildung 5

## Anlage zur FKVO

## 5. Kennzeichnungspflichten



Mit Ausnahme von zwei Fällen (Wieder- und Neubewaldungsflächen unter 3 m Bewuchshöhe, Betretungsverbot wegen besonderer Waldbrandgefahr) sind die forstrechtlichen Betretungsverbote und Sperren ausschließlich gemäß der Forstlichen Kennzeichnungsverordnung ab den angegebenen Stellen zu kennzeichnen!

### § 176 Abs 3

Die korrekte Kennzeichnung ist in der Praxis vor allem für die Haftungsfrage enorm wichtig. Wird im Zusammenhang mit Arbeiten im Zuge der Waldbewirtschaftung ein an diesen nicht beteiligter Mensch getötet, an seinem Körper oder an seiner Gesundheit verletzt oder eine ihm gehörige Sache beschädigt, so haftet der Waldeigentümer oder eine sonstige, an der Waldbewirtschaftung mitwirkende Person für den Ersatz des Schadens, sofern sie oder einer ihrer Leute den Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verschuldet haben. Ist der Schaden durch Leute des Haftpflichtigen verschuldet worden, haften auch sie nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. **Entsteht der Schaden in einer wirksam gesperrten Fläche, so wird nur für Vorsatz gehaftet.** Diese Haftungsbeschränkung auf forstrechtlich gesperrten Flächen gilt nicht gegenüber und zwischen den an den Arbeiten im Zuge der Waldbewirtschaftung beteiligten Personen, sonst aber **allgemein**, nicht nur gegenüber erholungssuchenden Waldbesuchern.<sup>3</sup>

Ein Betretungsverbot bzw eine Sperre ist nur dann wirksam, wenn sie auch **rechtmäßig** ist. Die gesetzliche Verpflichtung zur Kennzeichnung verpflichtet auch dazu, nach Wegfall oder Aufhebung des Rechtsgrundes für das Betretungsverbot/die Sperre die **Kennzeichnung** auch wieder zu **entfernen**.

Die Kennzeichnung durch die Behörde ist eine behördliche Anordnung in Form einer Verordnung oder auch eines

Bescheides (allgemeines, entsprechend ersichtlich zu machen des Betretungsverbot des Bannwaldes durch Unbefugte).

Eine Kennzeichnung durch den Waldeigentümer ist eine private, rechtserhebliche Willenserklärung. Nach allgemeiner Rechtsgeschäftslehre könnte der Waldeigentümer seinen Willen dem Waldbenützer auch auf andere Art und Weise wirksam erklären, etwa durch persönliche Mitteilung. Davon ist aber aus Beweissicherungsgründen abzuraten.<sup>4</sup>



Um Unfälle hintanzuhalten, für alle Beteiligten Rechtssicherheit herzustellen und im bedauerlichen Schadensfall Beweisprobleme zu vermeiden, wird dringlichst zur strikten Einhaltung der Kundmachungsformen der Forstlichen Kennzeichnungsverordnung geraten!

### 5.1. Nutzungsverbote

Von „Sperrgebieten“ zu unterscheiden sind Waldflächen, die **gesetzlich** von der **Benützung zu Erholungszwecken ausgeschlossen sind**. Dazu zählen insbesondere:

- Waldflächen mit forstbetrieblichen Einrichtungen wie Forstgärten, Holz-, Material- und Gerätelagerplätze und Gebäude, Betriebsstätten von Bringungsanlagen (ausgenommen Forststraßen) einschließlich ihres Gefährdungsbereiches. **Vom Waldeigentümer zu kennzeichnen.**
- Wieder- und Neubewaldungsflächen, solange deren Bewuchs eine Höhe von 3 m noch nicht erreicht hat. **Keine Hinweistafeln erforderlich. Das Betretungsverbot gilt ohne Kennzeichnung ex lege.**

### § 33 Abs 2



Für die Unerlaubtheit des Betretens ist die Kennzeichnung von Waldflächen mit forstbetrieblichen Einrichtungen zwar nicht entscheidend, weil an diesen Flächen von vornherein kein Recht auf Gemeingebrauch besteht.<sup>5</sup> Aus Absicherungsgründen wird aber jedenfalls eine entsprechende Kennzeichnung angeraten.



Waldflächen mit forstbetrieblichen Einrichtungen sind vom Waldeigentümer zu kennzeichnen.

Für Wieder- und Neubewaldungsflächen mit einer Bewuchshöhe unter 3 m bedarf es keiner Kennzeichnung, weil diese Flächen in der Natur von jedermann leicht erkennbar sind und der mit einer Kennzeichnung verbundene Aufwand unzumutbar hoch wäre.

Das Betretungsverbot gilt auch für alle Wieder- und Neubewaldungsflächen, selbst wenn diese nach § 4 Abs 1 noch nicht als Wald gelten.<sup>6</sup>

## Rechtsprechung

Der im Betretungsverbot liegende Schutzzweck betrifft auch die Gefährdung des forstlichen Bewuchses durch Schifahrer:

Der Umstand, dass einzelne Bäume die Schneedecke überragen, lässt für sich genommen noch nicht den Schluss zu, dass der durchschnittlich etwas über 1 m hohe Bewuchs der Wiederbewaldungsfläche im Tatzeitpunkt die Schneedecke, deren ungefähre Höhe nicht ermittelt worden ist, überragte bzw sich darunter so abzeichnete, dass für einen aufmerksamen Schifahrer die Vermutung nahe liegt, es handle sich um eine Verjüngungsfläche.<sup>7</sup>

Ist der Bewuchs wegen Überdeckung durch Schnee nicht erkennbar, empfiehlt es sich, die Verjüngungsfläche als solche zu kennzeichnen, damit der Schutz erfüllt und nicht wegen Unkenntnis gegen das Verbot verstoßen wird.

### TIPP:

Entlang von Schipisten oder Loipen kann auch dem Betreiber im Rahmen des Gestattungsvertrages eine solche Kennzeichnung aufgetragen werden.

Keiner Kennzeichnung in der Natur bedürfen die von der Behörde in Form einer Verordnung kundgemachten **Betretungsverbote wegen besonderer Waldbrandgefahr**. Der Waldeigentümer darf solche Verbote aber freiwillig und in einer von ihm gewählten Art und Weise ersichtlich machen. Es trifft ihn jedoch keinerlei Verpflichtung dazu, für eine wirksame Kundmachung ist die Behörde verantwortlich.

**Behördliche Betretungsverbote in Bannwaldflächen und Forstschädlingsbekämpfungsgebieten** erfolgen durch Verordnung und Ersichtlichmachung in der Natur durch die Behörde.

## Rechtsprechung

**§ 34 Abs 2 und 3  
§ 33 Abs 2 lit b  
§ 33 Abs 2 lit a**



In Bundes- oder Landesgesetzen können darüber hinaus **weitere Benützungsbeschränkungen** bestehen, die das freie Betretungsrecht im Wald aus jagdlichen (zB Habitatschutzgebiete, Wildfütterungen), wasserrechtlichen (zB Wasserschutzgebiete), militärischen (zB Truppenübungsplätze) Gründen sowie aus Gründen des Naturschutzes (zB Naturschutzgebiete) einschränken, die vom Forstgesetz unberührt gelten (zB Jagd, Naturschutz). Zu beachten ist, dass einige dieser Verbote auch ohne ein entsprechendes Hinweis- oder Verbotsschild in der Natur gelten.

## 5.2. Forstliches Sperrgebiet

### § 34 Abs 3

**Dauernde Sperren** sind nur zulässig für Waldflächen, die

- aus forstlichen Nebennutzungen entwickelten Sonderkulturen, wie der Christbaumzucht, gewidmet sind,
- der Besichtigung von Tieren oder Pflanzen, wie Tiergärten, Alpengärten, oder besonderen Erholungseinrichtungen\*, ohne Rücksicht auf eine Eintrittsgebühr, gewidmet sind,
- der Waldeigentümer sich oder seinen Beschäftigten im engeren örtlichen Zusammenhang mit ihren Wohnhäusern vorbehält und die insgesamt 5 % von dessen Gesamtwaldfläche, höchstens aber 15 ha, nicht übersteigen. Bei einer Gesamtwaldfläche unter 10 ha dürfen bis zu 0,5 ha gesperrt werden. Bei der Berechnung der zulässigen Sperrfläche wird auf das Waldeigentum abgestellt, **Pachtflächen sind daher nicht miteinzubeziehen.**<sup>8</sup>

<sup>8</sup>) Besondere Erholungseinrichtungen sind Sanatorien, Erholungsheime oder Sportanlagen. Besteht zwischen Waldflächen und solchen Einrichtungen ein entsprechender sachlicher und örtlicher Zusammenhang, so können sie in Form eines dauernden Sperrgebiets dem allgemeinen Zutritt entzogen werden.

### Rechtsprechung



Zur Kennzeichnung dieser Waldflächen, die von der Benützung zu Erholungszwecken **dauernd** ausgenommen werden, ist eine kreisrunde Tafel in gelber Farbe mit einem Durchmesser von mindestens 40 cm und einem in der Mitte der Tafel horizontal verlaufenden weißen Streifen, der eine Breite von ca. einem Fünftel des Durchmessers aufzuweisen hat, zu verwenden. Die Tafel hat in schwarzer Aufschrift die Worte „Forstliches Sperrgebiet Betreten verboten!“ zu enthalten.

## 5.3. Befristetes forstliches Sperrgebiet

**Befristete Sperren** sind nur zulässig für folgende Flächen:

- Baustellen von Bringungsanlagen und anderen forstbetrieblichen Hoch- und Tiefbauten
- Gefährdungsbereiche der Holzfällung und -bringung bis zur Abfuhrstelle auf die Dauer der Holzernerarbeiten
- Waldflächen, in denen durch atmosphärische Einwirkungen Stämme in größerer Zahl geworfen oder gebrochen wurden und noch nicht aufgearbeitet sind, bis zur Beendigung der Aufarbeitung
- Waldflächen, in denen Forstschädlinge bekämpft werden, solange es der Bekämpfungszweck erfordert
- Waldflächen, wenn und solange sie wissenschaftlichen Zwecken dienen und diese ohne Sperre nicht erreicht werden können



Abbildung 1  
der Anlage zur FKVO

### § 1 Abs 2 FVKO

### § 34 Abs 2

**Begriffsbestimmungen:****§ 59 Abs 2**

Unter „*Bringungsanlagen*“ versteht das Forstgesetz Forststraßen und forstliche Materialseilbahnen.

Eine „*Forststraße*“ ist eine

- für den Verkehr von Kraftfahrzeugen oder Fuhrwerken bestimmte nichtöffentliche Straße samt den in ihrem Zuge befindlichen dazugehörigen Bauwerken, die der Bringung und dem wirtschaftlichen Verkehr innerhalb der Wälder sowie deren Verbindung zum öffentlichen Verkehrsnetz dient und
- die für eine Dauer von mehr als einem Jahr angelegt wird und
- bei der die mit der Errichtung verbundenen Erdbewegungen eine Änderung des bisherigen Niveaus von mehr als einem halben Meter ausmachen oder mehr als ein Drittel der Länge geschottert oder befestigt ist.

Unter „*Materialseilbahn*“ versteht das Forstgesetz eine der Bringung dienende Seilförderanlage mit Tragseil ohne beschränkt öffentlichen Verkehr.

**§ 34 Abs 2 lit b**  
**§ 27 Abs 2 lit g**  
**§ 89 StGB**  
**§ 364 ABGB**

„*Gefährdungsbereich*“: Forstlich sperrbar gegen Betreten zu Erholungszwecken ist nur der betreffende Waldboden im Sinne des Forstgesetzes. Zu beachten sind aber auch das Verbot der Gefährdung der körperlichen Sicherheit, das Verbot der unerlaubten Einwirkung auf Fremdgrundstücke sowie spezielle Regeln, wie sie etwa die Straßenverkehrsordnung für die Verkehrssicherung von Straßen und Wegen vorschreibt.

„*Abfuhrstelle*“: Ist jener Ort, wo das Holz erstmals auf Transportmittel (idR LKW) verladen wird, die am öffentlichen Verkehr teilnehmen und von wo es mit diesen abgeführt wird. Dabei zählt der Ort der Verladung zum sperrbaren

Gefährdungsbereich. Nicht mehr umfasst ist aber die Abfuhrstrecke (Forststraße) im Wald.

Die neben der „*Holzernte*“ gesonderte Regelung der Sperrmöglichkeiten für Waldflächen, in denen und solange dort „*Forstschädlinge bekämpft*“ werden, umfasst neben den Fällungsarbeiten und anschließender Bekämpfung (zB Entrinden) auch andere Maßnahmen wie beispielsweise die chemische Bekämpfung an stehenden Bäumen.



© Anna Schreiner

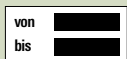


Abbildung 2  
der Anlage zur FKVO

§ 1 Abs 2 und 3 FKVO

Gefahr  
durch  
Waldarbeit

§ 1 Abs 10 FKVO

Zur **Kennzeichnung** eines befristeten forstlichen Sperrgebiets ist die Tafel gemäß Abs 2 zu verwenden, die zusätzlich entlang des oberen Randes das Wort „Befristetes“ zu enthalten hat.

Beginn und Ende der Frist sind

- mit gut lesbarer Schrift
- in mindestens halber Größe der Worte „Betreten verboten“
- im unteren Drittel der Sperrtafel oder auf einer unter der Sperrtafel angebrachten Zusatztafel
- nach TAG, MONAT und JAHR ersichtlich zu machen.

In Fällen einer Gefahr durch Waldarbeit ist durch eine Zusatztafel, welche die Worte „Gefahr durch Waldarbeit“ enthalten muss, darauf hinzuweisen.



So bitte nicht! Beginn und Ende der Frist fehlen. Das Sperrgebiet ist nicht wirksam errichtet.



## 6. Wo sind Tafeln anzubringen?



Unbeschadet sonstiger Möglichkeiten des Anbringens sind Tafeln jedenfalls an jenen Stellen anzubringen, wo öffentliche Straßen und Wege, markierte Wege und Forststraßen in die zu kennzeichnende Fläche führen (§ 34 Abs 6: auch wo markierte Schirouten, -pisten und -loipen in die zu kennzeichnende gesperrte Fläche führen oder an diese unmittelbar angrenzen).

Bei Forststraßen und sonstigen Wegen sind die Tafeln nach Möglichkeit senkrecht zu deren Trassenverlauf, gut sichtbar in einer Höhe von nicht weniger als 0,60 m und nicht mehr als 2,20 m über dem Boden anzubringen.

Es ist vorzusorgen, dass die Tafeln nicht durch Äste, Unterwuchs oder Gras verdeckt werden und Wind oder sonstigen Witterungseinflüssen möglichst standzuhalten vermögen.

## 7. Zusätzliche Vorschriften für dauernde forstliche Sperrgebiete

Im Fall einer dauernden Sperre hat der Waldeigentümer die **Umgehung** der gesperrten Fläche zu ermöglichen. Erforderlichenfalls sind geeignete Umgehungswege anzulegen. Ist dies nach der Lage der gesperrten Waldfläche nicht möglich, so hat der Waldeigentümer

- im Falle der Sperre durch Beschilderung die Möglichkeit der Benützung der durch die gesperrte Waldfläche führenden **Wege** durch **Hinweistafeln** zu kennzeichnen,

§ 1 Abs 2 bis 5 FKVO  
§ 2 FKVO  
§ 34 Abs 6

§ 34 Abs 3 und 8

- im Falle der Einzäunung der Waldfläche die Möglichkeit der Benutzung durch **Überstiege** oder **Tore** zu gewährleisten.

## § 1 Abs 6 FKVO

Die **Zusatztafeln** haben die Aufschrift „**Begehen des Weges gestattet**“ zu enthalten und finden sich ebenfalls in der Forstlichen Kennzeichnungsverordnung. Sie sind zusammen mit der Sperrtafel entlang des Weges so anzubringen, dass der freigegebene vom gesperrten Weg eindeutig unterschieden werden kann.

## § 1319a ABGB

Die notwendigen Überstiege und Tore sind in Hinblick auf die Verkehrssicherungspflicht grundsätzlich dort einzurichten, wo der Zaun von Wegen gekreuzt wird. Wenn keine Wege vorhanden sind an sonstigen geeigneten Stellen. Für den Umfang der Verkehrssicherungspflicht für Tore und Überstiege, zB bei Schnee oder Eis, besteht kein strengerer Maßstab als für die anschließenden Waldwege.

Überstiege und Tore müssen auch für ältere Personen gefahrlos begehbar sein. Das Mitführen von Kinderwägen und nicht motorisierten Rollstühlen bedarf keiner gesonderten Bewilligung nach § 33 Abs 3 ForstG. Es besteht aber kein Rechtsanspruch, dass Überstiege und Tore auch für den Gebrauch von Kinderwägen und Rollstühlen geeignet sein müssen.<sup>9</sup>

## 8. Wer ist zur Kennzeichnung berufen?

- Waldflächen mit forstbetrieblichen Einrichtungen wie Forstgärten und Saatkämpfe, Holzlager- und Holzausformungsplätze, Material- und Gerätelagerplätze, Gebäude, Betriebsstätten von Bringungsanlagen, ausgenommen Forststraßen, einschließlich ihres Gefährdungsbereiches **Waldeigentümer\***

- 
- Befristete und dauernde Sperren **Waldeigentümer\***
- 

- Behördliche Sperrgebiete **Behörde**
  - » Betretungsverbot des Bannwaldes für Unbefugte
  - » Betretungsverbot für nicht an der Waldbewirtschaftung beteiligte Personen wegen Waldbrandgefahr
  - » Sperre aus Gründen der Forstschädlingsbekämpfung

**Anbringen von Tafeln durch Unbefugte:**

Bringt eine dazu nicht ermächtigte Person eine Kennzeichnung an, die ein vom Waldeigentümer ersichtlich gemachtes Betretungsverbot, eine von ihm vorgenommene Sperre oder ein behördliches Betretungsverbot vortäuscht, verwirklicht dies den Straftatbestand der Täuschung.

---

\*) oder eine von ihm bevollmächtigte Person

**§ 34 Abs 6 und 10 FKVO**

**§ 33 Abs 2 lit b**

**§ 34 Abs 2 und 3**

**§ 33 Abs 2 lit a  
§ 28 Abs 3 lit d  
§ 41 Abs 2**

**§ 44 Abs 7**

**§ 108 StGB**

## 9. Bewilligungspflichten für Sperren

Der Waldeigentümer hat um **Bewilligung** bei der Behörde anzusuchen, wenn er

- eine **befristete Sperre** mit einer Dauer von **mehr als 4 Monaten** oder
- eine **dauernde Sperre** von Waldflächen, deren Ausmaß **5 ha übersteigt**, beabsichtigt.

Der Antrag muss die Grundstücksnummer, den Sperrgrund, die beabsichtigte Dauer der Sperre, die Größe der zu sperrenden Waldfläche beinhalten und eine Lageskizze enthalten.

Nach dem Willen des Gesetzgebers sollen örtlich getrennte Sperrflächen nicht zusammengerechnet werden. Wenn der Waldeigentümer mehrere Sperren vornehmen möchte, bedarf jede dieser Sperren für sich, ab der 5 ha Schwelle, einer Bewilligung. Bei der Berechnung der zulässigen Sperrfläche ist auf das Eigentum abzustellen. Pachtflächen sind laut VwGH daher nicht in die Berechnung miteinzubeziehen.<sup>10</sup>

Dem Antrag ist stattzugeben, wenn dies zur Erreichung des Zweckes der Sperre unumgänglich ist.

Eine jagdrechtliche Bewilligung zur Errichtung eines Wildgeheges macht eine forstrechtliche Bewilligung zur Errichtung einer Sperre nach § 34 nicht entbehrlich (Kumulationsprinzip).<sup>11</sup>

### Rechtsprechung

### Rechtsprechung § 34 Abs 3 lit c

## 10. Schneller Überblick

- Befristetes forstliches Sperrgebiet
- Dauerndes forstliches Sperrgebiet
- Waldflächen mit forstbetrieblichen Einrichtungen
- Behördlich angeordnete Sperrgebiete (Bannwald, Bekämpfungsgebiet Forstschädlinge)

**Kennzeichnung in der Natur erforderlich**

- Wieder- und Neubewaldungsflächen
- Schiabfahrten im Bereich von Aufstiegshilfen
- Behördlich angeordnete Betretungsverbote wegen besonderer Waldbrandgefahr

**Ohne Ersichtlichmachung in der Natur**

- Behördliche Betretungsverbote (Bannwald, Bekämpfungsgebiet Forstschädlinge, besondere Waldbrandgefahr)

**Verbot der Benützung zu Erholungszwecken & Verbot des Betretens und Verkehrs im jeweils angeordneten Umfang**

- Befristetes forstliches Sperrgebiet
- Dauerndes forstliches Sperrgebiet
- Waldflächen mit forstbetrieblichen Einrichtungen
- Wieder- und Neubewaldungsflächen

**Verbot der Benützung zu Erholungszwecken**

**Grundsätzlich keine Änderung für das Betreten zu anderen Zwecken\***

\*) Bringt der Waldeigentümer eine Sperrkennzeichnung entsprechend den Vorgaben im Forstgesetz und der Forstlichen Kennzeichnungsverordnung an, ... (weiter auf S 43)

**§ 34 Abs 2 und 3  
§ 33 Abs 2 lit b  
§ 33 Abs 2 lit a**

**§ 33 Abs 2 lit c  
§ 33 Abs 3 Satz 2**

**§ 41 Abs 3  
§ 34 Abs 5**

Forstrechtliche Betretungsverbote und Sperren können nur für Waldflächen im Sinne des Forstgesetzes angeordnet werden.



Soweit und solange sich Forststraßen oder sonstige Waldwege in einem gültigen forstlichen Sperrgebiet befinden, ist dort ihre allgemeine Benützung ausgeschlossen (ansonsten ja durch Fußgänger gem. § 33 Abs 3) und die StVO außer Geltung gesetzt.

Forststraßen können definitionsgemäß aus dem Wald heraus bis ans öffentliche Verkehrsnetz führen. Ist jedoch der für die Waldeigenschaft geforderte unmittelbare Zusammenhang mit dem Wald nicht mehr gegeben, so kann die Verkehrsregelung nur mehr über die Bestimmungen der StVO erfolgen bzw. wenn die allgemeine Benützung der Straße ausgeschlossen ist, liegt die Anordnungsbefugnis privatrechtlich beim jeweiligen Eigentümer.

§ 1a Abs 3  
§ 44 Abs 7  
§ 27

Für öffentliche Straßen und Wege (definiert im Bundesstraßengesetz und in den Landesstraßengesetzen) sowie nicht zum Wald gehörende nicht-öffentliche Straßen und Wege (zB Privatwege ohne forstbetrieblichen Zusammenhang, Güterwege nach GSVG) besteht keine forstgesetzliche Ermächtigung zu Betretungsverböten und Sperren.

Davon ausgenommen sind nur Verkehrsbeschränkungen wegen Forstschädlingsbekämpfungsmaßnahmen. Für jene Verkehrsflächen muss eine der Gefahrensituation angepasste Verkehrsregelung entsprechend den Bestimmungen der StVO vorgenommen werden. Allenfalls kommt auch Bannlegung in Betracht.<sup>13</sup>



## 11. Exkurs: Holzernte entlang öffentlicher Verkehrsflächen, Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung und des Bundesstraßengesetzes

Holzerntearbeiten entlang öffentlicher Verkehrsflächen sind besonders gefahrgeneigt, insbesondere im Steilgelände, und sind daher unter straßenpolizeilicher Kontrolle durchzuführen.

Gemäß der Straßenverkehrsordnung muss für Holzerntearbeiten neben öffentlichen Straßen eine behördliche Bewilligung vorliegen, wenn dadurch der Straßenverkehr beeinträchtigt wird. Für Landes- und Bundesstraßen ist die Bezirksverwaltungsbehörde zuständig, für Gemeindestraßen die Gemeinde.

Für die Praxis bedeutet dies, rechtzeitig (mindestens eine Woche vor geplantem Arbeitsbeginn) bei der zuständigen Behörde einen Antrag auf Bewilligung zu stellen. Inhaltlich sollte darin genau beschrieben werden, WANN WO WELCHE Waldarbeiten geplant sind. Bestehen Zweifel, ob die Arbeiten die öffentliche Straße betreffen, sollte jedenfalls ein Bewilligungsantrag gestellt werden.

Der Bewilligungsbescheid ist in der Regel befristet und mit Auflagen (Abspernungen, Umleitungen, Geschwindigkeitsbeschränkungen und Aufstellen von Hinweistafeln/Gefahrenzeichen) versehen. Gleichzeitig mit dem Bewilligungsbescheid verfügt die Behörde auch die entsprechenden

(Fortsetzung von Seite 41) ... so wird dies insbesondere bei Verwendung der Zusatztafel „Gefahr durch Waldarbeit“ richtigerweise auch als Betretungsverbot bzw. Warnung gegenüber jenen Personen anzuerkennen sein, welche die betreffenden Waldflächen innerhalb der angegebenen Sperrdauer zu anderen als Erholungszwecken betreten.<sup>12</sup>



Verkehrsregelungen. Die Kosten für die erforderlichen Einrichtungen zur Verkehrssicherung trägt der Antragsteller. Auch für die Anbringung der entsprechenden Verkehrszeichen muss in der Regel der Antragsteller bzw. die ausführende Person sorgen. Dringend empfohlen wird, mit der Straßenmeisterei das Einvernehmen zu suchen, die auch über die entsprechenden Verkehrszeichen verfügt.

## § 22 BStG

Wenn Baumfällungen und Holzbringungen auf den der Straße benachbarten Grundstücken nach den örtlichen Verhältnissen den Bestand oder Erhaltungszustand einer Bundesstraße unmittelbar oder mittelbar gefährden, kann die Behörde über Antrag des Bundes (Bundesstraßenverwaltung) auch durch Verordnung für ein bestimmtes Gebiet anordnen, dass die Arbeiten nur mit Bewilligung ausgeführt werden dürfen. Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn eine Gefährdung der Straße oder der Straßenbenützer durch die beabsichtigten Arbeiten ausgeschlossen ist oder bei Einhaltung der gleichzeitig festzusetzenden Bedingungen hintangehalten werden kann.



Für die Sperre öffentlicher Straßen und Wege dürfen die Sperrtafeln „Befristetes Forstliches Sperrgebiet – Betreten verboten; Gefahr durch Waldarbeit“ also keinesfalls verwendet werden!

Wird die Holzernte rechtswidrig ohne Bewilligung und entsprechende Sicherung durchgeführt, droht neben Verwaltungsstrafen vor allem zivil- und strafrechtliche Haftung für Sach- und Personenschäden! Strafrechtlich etwa ist der Tatbestand der Gefährdung der körperlichen Sicherheit von Menschen bereits dann erfüllt, wenn die Holzarbeiten nach allgemeiner Erfahrung zu einer sehr hohen Unfallwahrscheinlichkeit führen. Auch wenn es vom Zufall abhängt, ob tatsächlich ein Personenschaden eintritt. Kommt es zu einem Personenschaden, drohen Verurteilungen wegen fahrlässiger (schwerere) Körperverletzung, fahrlässiger Tötung oder fahrlässiger Tötung unter besonders gefährlichen Verhältnissen.

Näheres zu Fragen der Straßenverkehrsordnung und Verkehrssicherheit ist dem Kapitel Straßenverkehrsordnung zu entnehmen.

## 12. Behördliche Überprüfungen von Benützungsbeschränkungen

„Abgesperrt ist' ...“

Nach der Judikatur des VwGH ist unter einer **„Sperreinrichtung“** jede (technische) Einrichtung zu verstehen, die ihrer Art nach geeignet ist und dazu dient, das allseitige freie Betreten auszuschließen oder zumindest zu behindern. Damit im Zusammenhang steht der Begriff der **„Sperre“** eines Waldes und zwar so, dass das Bestehen einer Sperreinrichtung das Vorliegen einer Sperre impliziert, dh dass bei Vorliegen einer Sperreinrichtung immer und ausnahmslos auch eine Sperre gegeben ist.

Unter einer Sperre ist nämlich die Herausnahme einer Waldfläche von der allgemeinen Benützung zu Erholungszwecken durch eine nach außen in Erscheinung tretende Willenserklärung zu verstehen, wobei dies entweder ausdrücklich – etwa durch Hinweistafeln (vgl § 34 Abs 6) – oder konkludent – durch Errichtung einer Sperreinrichtung – erfolgen kann.

Ein Zaun ist auch dann als „Sperreinrichtung“ anzusehen, wenn seine Überwindung unschwer möglich ist und Durchlässe vorhanden sind, weil auch in einem solchen Fall davon auszugehen ist, dass die allseitige, freie Begehbarkeit des Waldes zumindest behindert wird.<sup>14</sup> Auch ein linear verlaufender Hochwildzaun (rund 3.500 lfm ohne Zusammenschluss der Enden, durchschnittliche Höhe 2,30 m) wurde vom VwGH als „Sperreinrichtung“ qualifiziert.<sup>15</sup>

### Rechtsprechung

#### § 35

Die Behörde hat Sperren

- im Fall von Zweifeln an deren Zulässigkeit von Amts wegen,
- im Fall eines Antrags auf Überprüfung eines Berechtigten oder

#### § 34 Abs 4

- im Fall eines Antrags auf Bewilligung einer befristeten Sperre von Waldflächen, deren Dauer 4 Monate übersteigt oder einer dauernden Sperre mit einem Flächenausmaß von mehr als 5 ha

auf ihre Zulässigkeit zu überprüfen.

Antragsberechtigt sind

- der Waldeigentümer,
- die Gemeinde, in der die gesperrte Fläche liegt,
- die nach den landesgesetzlichen Vorschriften zur Wahrnehmung der Interessen des Fremdenverkehrs berufene Stelle, Organisationen, deren Mitglieder bisher die gesperrte Fläche regelmäßig begangen haben. In Frage kommen alpine Vereine, Touristenvereine etc. Jedenfalls muss es sich um eine juristische Person handeln und nicht bloß um eine schlichte Personenmehrheit.

Nach den jagdgesetzlichen Bestimmungen gebildeten Jagdgesellschaften stehen betreffend die Überprüfung von Waldsperrern nach dem Forstgesetz weder Rechte noch Pflichten zu.

Die Sperre ist nach den forstgesetzlichen Bestimmungen **unzulässig**, wenn

- Gründe gemäß den Voraussetzungen für befristete oder dauernde Sperren, die genannten gesetzlichen Betretungsverbote von behördlich verfügten Sperrgebieten, Waldflächen mit forstbetrieblichen Einrichtungen, Wieder- und Neubewaldungsflächen mit Bewuchshöhe unter 3 m nicht vorliegen,

#### § 35

#### § 35



- in den Fällen des § 34 Abs 4 durch sie der nach den örtlichen Verhältnissen nachweisbare Bedarf für Erholung nicht mehr gedeckt und dies auch durch Gestaltungseinrichtungen (§ 36 Abs 5) nicht ausgeglichen werden kann,
- die Behörde festgestellt hat, dass der Waldeigentümer Vorschriften betreffend die Möglichkeit der Benützung dauernd gesperrter Flächen nicht entsprochen hat (zB Überstiege, Tore, erforderlichenfalls Umgehungswege).

### §§ 33 Abs 2 oder 34 Abs 2 oder 3

#### Ergebnis der Überprüfung: Folgen per Bescheid:

Zulässigkeit der Sperre

**Bei Überprüfung von  
Amts wegen oder auf  
Antrag: Feststellung  
der Zulässigkeit**

**Bei Antrag auf befristete Sperre über vier Monate oder dauernde Sperre von mehr als 5 ha: Erteilung der Bewilligung**

Unzulässigkeit der Sperre

**Feststellung der Unzulässigkeit und**

**Auftrag zur Beseitigung der Sperre oder Sperreinrichtung**

Kommt die Behörde zum Ergebnis, dass die Sperre auf einem **anderen Bundesgesetz oder Landesgesetz** beruht, kann sie dem Waldeigentümer die **Errichtung von Toren oder**

**Überstiegen** mit Bescheid auftragen, soweit dies mit dem Zweck und dem Rechtsgrund der Sperre vereinbar ist.

Wurde nur das Ausmaß der gesperrten Fläche **überschritten**, so hat die Behörde das **zulässige Ausmaß mit Bescheid festzulegen** und dem Waldeigentümer mit Bescheid aufzutragen, bestehende Sperreinrichtungen, soweit sie der Sperre über das festgelegte Ausmaß hinaus dienen, zu **beseitigen**.

Die Pflicht zur Beseitigung trifft den Waldeigentümer, im Falle des Bestehens von (ideellen) Miteigentumsanteilen somit alle Miteigentümer.<sup>16</sup>

## 13. Pilze und Beeren sammeln im Wald

Grundsätzlich darf jedermann den Wald zu Erholungszwecken betreten und sich dort aufhalten. Es gibt aber **kein Recht** auf das **Sammeln von Pilzen und Beeren**.

Jene Mindermeinung in der österreichischen Lehre und Forschung, auch wenn sie von einigen namhaften Professoren vertreten wird, die das Sammeln von Pilzen als ein gewohnheitsrechtlich entwickeltes Grundrecht sehen, ist schlichtweg falsch und entspricht auch nicht der Judikatur. Auch wenn man das Gewohnheitsrecht als solches anerkennt, kann es nur dort eingreifen, wo ein rechtsfreier Raum zur Verfügung steht. Ein solcher ist beim Sammeln von Pilzen nicht gegeben, was auch dazu führt, dass sich keinesfalls ein allgemeines Recht zum Sammeln von Pilzen entwickelt haben kann.

Zivilrechtlich ist nämlich klargestellt, dass die Früchte des Waldes dem Grundeigentümer gehören und er darüber frei verfügen kann. Was für Früchte im Garten gilt, gilt auch für die Früchte im Wald. Dies bedeutet, dass der Grundeigentümer jederzeit und ohne Angabe von Gründen das Sammeln von Pilzen und Beeren **untersagen** kann. Er kann für die Erlaubnis auch ein Entgelt verlangen.

## Rechtsprechung

### § 33

### §§ 354 und 405 ABGB



Das Sammeln von Pilzen wird stillschweigend geduldet, sofern keine anders lautenden erkennbaren Willensäußerungen des Waldeigentümers vorliegen. Eine solche sind etwa **Verbotstafeln** oder **persönliche Verständigung**. Der Waldeigentümer kann so das Sammeln verbieten bzw. einschränken, zB durch Bindung an Sammellizenzen.



## § 174 Abs 3 lit b Z 2

Das Forstgesetz **verbietet**

- sich unbefugt Pilze in einer Menge von mehr als 2 kg pro Tag und Person anzueignen,
- Pilz- und Beerensammelveranstaltungen durchzuführen oder daran teilzunehmen sowie
- die unbefugte Aneignung von Früchten oder Samen der im Anhang des ForstG angeführten Holzgewächse zu Erwerbszwecken.

Über eine Aneignung von Pilzen unter 2 kg trifft das Forstgesetz keine Aussage, sodass dies keine forstrechtliche Verwaltungsübertretung darstellt, sofern es nicht zu Erwerbszwecken oder bei Sammelveranstaltungen geschieht. Der Waldeigentümer kann aber natürlich aufgrund seines Eigentumsrechts die Aneignung verbieten.

Es ist auch darauf zu achten, dass das Sammeln von Pilzen und Beeren womöglich durch **Waldbetretungsverbote** unzulässig sein kann, denn bevorzugt wachsen Pilze auf Wieder- oder Neubewaldungsflächen. Das freie Betretungsrecht zu Erholungszwecken erfasst aber gerade diese Gebiete nicht, denn Wiederbewaldungsflächen sowie Neubewaldungsflächen die eine Höhe von 3 m noch nicht erreicht haben, dürfen nicht betreten werden.

Weiter eingeschränkt können diese Bestimmungen durch **landesgesetzliche Regelungen** werden. Bestimmungen zum Schutz von Pflanzen (auch Pilzen) finden sich in den Naturschutzgesetzen und speziell in Form von **Pilzverordnungen** (siehe Kapitel Naturschutz).

Während das Sammeln von mehr als 2 kg Pilzen eine Verwaltungsübertretung darstellt und in diesem Fall Organe der öffentlichen Aufsicht für die Überwachung zuständig sind, kann das verbotswidrige Sammeln von Pilzen bis zu 2 kg nur vom Grundeigentümer selbst auf dem Zivilrechtsweg verfolgt werden.



## 14. Strafbestimmungen

| Verwaltungsübertretung  | Sanktion   |
|---|--|
| <b>§ 174 Abs 1<br/>lit a Z 17</b><br>Wer den im § 41 zum Zwecke der Vorbeugung gegen Waldbrände vorgesehenen Verboten, Anordnungen und sonstigen Vorschriften zuwiderhandelt                                    | <b>Geldstrafe bis € 7.270<br/>oder bis 4 Wochen<br/>Arrest</b> |
| <b>§ 174 Abs 1<br/>lit a Z 18</b><br>Unterlassung der gemäß § 44 Abs 1 bis 3 und 6 erster Satz vorgeschriebenen Bekämpfung von Forstschädlingen oder Zuwiderhandeln gegen eine gemäß Abs 7 getroffene Anordnung | <b>Geldstrafe bis € 7.270<br/>oder bis 4 Wochen<br/>Arrest</b> |
| <b>§ 174 Abs 2<br/>lit b Z 5</b><br>Durchführung von Sperren entgegen § 34 Abs 2 bis 4  | <b>Geldstrafe bis € 3.630<br/>oder bis 2 Wochen<br/>Arrest</b> |
| <b>§ 174 Abs 2<br/>lit b Z 6</b><br>Sperren von Wegen über die Bestimmungen des § 34 Abs 7 und 8 hinaus   | <b>Geldstrafe bis € 3.630<br/>oder bis 2 Wochen<br/>Arrest</b> |
| <b>§ 174 Abs 2<br/>lit b Z 7</b><br>Nichtnachkommen der in § 34 Abs 8 oder 10 festgelegten Verpflichtungen  | <b>Geldstrafe bis € 3.630<br/>oder bis 2 Wochen<br/>Arrest</b> |
| <b>§ 174 Abs 2<br/>lit b Z 8</b><br>Aufrechterhaltung einer Sperre entgegen § 35 Abs 2 und 3 oder Nichtbeseitigung von Sperranlagen entgegen dieser Bestimmung  | <b>Geldstrafe bis € 3.630<br/>oder bis 2 Wochen<br/>Arrest</b> |

| Verwaltungsübertretung  | Sanktion   |
|---|--|
| Benützung des Waldes zu Erholungszwecken entgegen dem Verbot des § 33 Abs 2 oder ohne die gemäß Abs 3 vorgesehene Zustimmung, entgegen deren Inhalt oder unter Außerachtlassung der nötigen Vorsicht, Benützung gemäß § 34 Abs 1 gesperrter Waldflächen oder gemäß Abs 7 gesperrter Wege oder wer entgegen dem Verbot des Abs 9 von Wegen abweicht oder den Wald trotz gemäß § 112 lit a erfolgter Ausweisung innerhalb von 24 Stunden wieder betritt | <b>Geldstrafe bis € 150</b>                                    |
| Unbefugte Befahrung einer für das allgemeine Befahren erkennbar gesperrten Forststraße, Abstellen von Fahrzeugen, wer Tore oder Schranken von Einfriedungen nicht wieder schließt oder neue Steige bildet   | <b>Geldstrafe bis € 730<br/>oder bis zu 1 Woche<br/>Arrest</b> |
| Unbefugte Aneignung von Früchten oder Samen der im Anhang angeführten Holzgewächse zu Erwerbszwecken oder Pilzen in einer Menge von mehr als zwei Kilogramm pro Tag   | <b>Geldstrafe bis € 150</b>                                    |

**§ 174 Abs 3  
lit a**

**§ 174 Abs 3  
lit b Z 1**

**§ 174 Abs 3  
lit b Z 2**

|                          | Verwaltungsübertretung   | Sanktion   |
|--------------------------|--|--|
| § 174 Abs 3<br>lit b Z 5 | Unbefugte Entfernung, Zerstörung oder Beschädigung von Kennzeichnungen von Schonungsflächen, Bezeichnungen mit dem behördlichen Waldhammer, Grenzzeichen, Verbots- oder Hinweistafeln, Forststraßen, Zäunen, Hütten oder sonstigen betrieblichen Einrichtungen, Maschinen oder Geräten; wer liegendes Holz oder Steine in Bewegung setzt | <b>Geldstrafe bis € 3.630<br/>oder bis 2 Wochen<br/>Arrest</b> |
| § 174 Abs 3<br>lit b Z 6 | Beschädigung von Aufforstungs- oder sonstigen Verjüngungsflächen   | <b>Geldstrafe bis € 3.630<br/>oder bis 2 Wochen<br/>Arrest</b> |
| § 174 Abs 3<br>lit d     | Durchführung von Pilz- und Bienen-sammelveranstaltungen oder Teilnahme daran   | <b>Geldstrafe bis € 730<br/>oder bis zu 1 Woche<br/>Arrest</b> |
| § 174 Abs 3<br>lit e     | Benützung von Wald entgegen dem Verbot des § 33 Abs 3 im Bereich von Aufstiegshilfen außerhalb markierter Pisten oder Schirouten   | <b>Geldstrafe bis € 730<br/>oder bis zu 1 Woche<br/>Arrest</b> |

## 1. Straßenverkehrsordnung

Durch die „Öffnung des Waldes“ und die Gesetze über die Wegfreiheit im Bergland mit dem darin verankerten Betretungsrecht sind Forststraßen, Waldwege und Bergstraßen Straßen mit öffentlichem Verkehr (Fußgänger), auf denen die Straßenverkehrsordnung (StVO) und das Kraftfahrzeuggesetz (KFG) mit ihren ergänzenden Vorschriften gelten. Für einen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb stellen sich in diesem Zusammenhang häufig Fragen wie: Gelten alle Bestimmungen der StVO? Kann sie der Straßenerhalter ändern? Welche Auswirkungen gibt es für Personen, die auf und dank dieser Straßen die Arbeiten verrichten können, für die sie angelegt worden sind? Was gilt auf gesperrten Wegen und Straßen? Muss mein Fahrzeug zugelassen und versichert sein, wenn ich damit nur auf meinen Forststraßen unterwegs bin?

### 1.1. Allgemein

Unter **Straße** versteht die Straßenverkehrsordnung eine für den Fußgänger- oder Fahrzeugverkehr bestimmte Landfläche.

Das ABGB definiert einen **Weg** als eine Landfläche, die von jedermann unter den gleichen Bedingungen für den Verkehr jeder Art oder für bestimmte Arten des Verkehrs benützt werden darf. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Verkehrsfläche angelegt wurde oder durch bloße Benützung entstanden ist. Zu einem Weg gehören auch die in seinem Zug befindlichen und dem Verkehr dienenden Anlagen wie besonders Brücken, Stützmauern, Futtermauern, Durchlässe, Gräben und Pflanzungen. Ob der Zustand eines Weges mangelhaft ist und allenfalls im Schadensfall eine Haftung auslösen kann, richtet sich danach, was nach der Art des Weges, besonders nach seiner Widmung, für seine Anlage und Betreuung angemessen und zumutbar ist. Eine **Forststraße** dient der Bewirtschaftung der Wälder und muss daher für den Fußgängerverkehr nicht wie ein Parkweg instandgehalten werden. Für **sonstige Wege im Wald** trifft den Waldeigentümer eine Haftung für

## 2. STRASSEN-VERKEHRS-ORDNUNG

§ 2 Abs 1 Z 1

§ 1319a ABGB

§ 176 Abs 4 ForstG

den Zustand des Weges nur, wenn er einen Weg durch eine entsprechende Erklärung für die Benützung durch die Allgemeinheit ausdrücklich gewidmet hat.

Eine wichtige Unterscheidung, die im üblichen Sprachgebrauch oft untergeht, ist jene zwischen „Straße mit öffentlichem Verkehr“ und „öffentliche Straße“. Letztere sind Straßen iS des Bundesstraßengesetzes bzw der Landesstraßengesetze, also Straßen, die zum öffentlichen Gut gehören.



„Straße mit öffentlichem Verkehr“ bedeutet, dass sie von jedermann unter den gleichen Bedingungen genutzt werden kann, bspw Forststraßen und Waldwege von Fußgängern aufgrund ihres forstgesetzlich verankerten Betretungsrechts. Auch nicht öffentliche Straßen (Privatstraßen) können also Straßen mit öffentlichem Verkehr sein. Eine Straße mit öffentlichem Verkehr liegt ganz allgemein auch dann vor, wenn der Verfügungsberechtigte (Straßenerhalter) auf ihr den allgemeinen – wenn auch uU auf bestimmte Personengruppen (zB Jagdgäste) beschränkten – Fahrzeug- oder Fußgängerverkehr zulässt. Behält er sich hingegen die individuelle Zulassung bestimmter Personen zum Fahrzeug- und/oder Fußgängerverkehr auf der Straße für jedermann erkennbar vor (zB durch Hinweistafeln, Schranken, bauliche Hindernisse) und stellt er diese individuelle Erlaubnis auch iSd Ausschlusses anderer Personen von dieser Benützung durch bestimmte Maßnahmen regelmäßig sicher (Überwachung, Einbringung von Besitzstörungs- oder Eigentumsfreiheitsklagen), so handelt es sich um eine Straße ohne öffentlichen Verkehr.<sup>1</sup>

## 1.2. Private Straßen und Wege außerhalb des Waldes

Auf privaten Straßen und Wegen **außerhalb des Waldes** (zB Wiesen- und Feldwege) gibt es kein gesetzliches Betretungsrecht und **keinen Gemeingebrauch**. Der Eigentümer entscheidet ganz allein über Nutzung und Gebrauch der Straße,

sofern kein Servitutsrecht besteht. Vielfach werden solche privaten Straßen (auch irrtümlich) begangen oder sogar befahren.

Es empfiehlt sich daher auch im Lichte der Rechtsprechung zur unerlaubten Benützung von Wegen, jene Straßen und Wege mit einer entsprechenden Verbotstafel mit Zusatz: „Privatstraße“ (allenfalls Zusatz: „Begehen und Befahren nur für Berechtigte“) eindeutig als solche **erkennbar** zu machen.<sup>2</sup> Dies gilt insbesondere an Stellen, an denen diese in öffentliche Straßen und Wege abzweigen bzw münden.

Sollte der Eigentümer bzw Straßenerhalter die Straße/den Weg zur Benützung freigeben, liegt öffentlicher Verkehr vor – auch wenn es nur eine bestimmte Kategorie von Benützern ist, zB Fußgänger – und es gelten StVO und KFG.

## 1.3. Forststraßen und Waldwege

**Forststraßen und Waldwege** sind, soweit sie weder forstrechtlich noch nach anderen gesetzlichen Bestimmungen gegen allgemeines Begehen effektiv gesperrt und in diesem Sinne für den Fußgängerverkehr offen sind (Betretungsrecht des Waldes), **Straßen mit öffentlichem Verkehr**, für welche also die **StVO und das KFG Anwendung finden, und zwar auch dann, wenn die Straße für das allgemeine Befahren gesperrt ist.**<sup>3</sup> Vereinfacht gesagt: Ist allgemeiner Fußgängerverkehr zulässig, gelten auch StVO und KFG. Auf nicht wirksam gesperrten Forststraßen kommt daher dem Forststraßenerhalter keine eigene Regelungsbefugnis zu. Da von der Straßenverkehrsordnung keine bestimmte Breite für eine Straße im Sinne dieses Gesetzes gefordert ist und Fußgängerverkehr reicht, sind nicht nur Forststraßen, sondern auch Waldwege Straßen im Sinne der StVO.<sup>4</sup>

Achtung, bei nicht gesperrten Forststraßen und Wegen gilt:

- Die Geltung der StVO kann **nicht abbedungen** werden, indem der Straßenerhalter mit den potentiellen Benützern (Spaziergänger, Jagdgäste, Hüttenbesitzer etc) das

## §1319a ABGB



## §§ 33 und 34 ForstG

## Rechtsprechung

## § 89

## § 1304 ABGB

## § 1 Abs 1 KFG

„vereinbart“. Werden sodann zB Sicherungspflichten (zB Gefahrenzeichen „Andere Gefahren“ bei Gegenständen, die auf der Straße stehen oder liegen) verletzt, so bleibt die Strafbarkeit nach der StVO aufrecht. Bei Schadenersatzansprüchen könnte man allenfalls maximal Mitverschulden einwenden, welches die Ersatzpflicht mindern kann, aber idR nicht aufhebt. Volle Verantwortung bleibt gegenüber Personen, die von der Abmachung keine Kenntnis haben und die Straße/den Weg rechtmäßig benützen.<sup>5</sup>

- Es gilt das **KFG** und damit die Pflicht, nur **zugelassene** und daher auch **versicherte Fahrzeuge** zu verwenden!

Durch eine im Forstgesetz (zB befristetes forstliches Sperrgebiet wegen Gefahr durch Waldarbeit) oder in einem anderen Gesetz vorgesehene effektive Sperre fällt der öffentliche Verkehr weg und es wird die Geltung der StVO und des KFG auf die Dauer der Sperre ausgeschlossen.



Der Einhaltung der Straßenverkehrsregeln der StVO auf Forststraßen kommt in der Regel besonders auch dann größere praktische Bedeutung zu, wenn solche Straßen vom Grundeigentümer auch für den Fahrzeugverkehr oder Radfahrverkehr frei gegeben werden. Fußgänger haben aber auch bei im Allgemeinen ausgeschlossenen Fahrzeugverkehr gegenüber forstwirtschaftlich genutzten Fahrzeugen die Regeln der StVO zu beachten und umgekehrt.

## Rechtsprechung

Die Anwendung der StVO gilt im gleichen Maße auch für **Alm- und Güterwege**, sofern sie nicht dermaßen abgeschränkt sind, dass ein öffentlicher Verkehr unmöglich ist.<sup>6</sup>

Auch eine rechtens nur von Fußgängern benutzte Land(verkehrs)fläche dient dem öffentlichen Verkehr und ist deshalb als Straße mit öffentlichem Verkehr nach der StVO zu qualifizieren (Anm: hier Wanderweg mit eingeschränktem Fahrzeugverkehr).<sup>7</sup>

Für die Auslegung der Begriffsbestimmung „Straßen mit öffentlichem Verkehr“ im Sinne des § 1 Abs 1 StVO sind **nicht die Besitz- und Eigentumsverhältnisse am Straßengrund** (dh also zB ob die betreffende Landfläche ganz oder teilweise im Privateigentum steht), sondern die **tatsächlichen Verhältnisse** maßgebend.<sup>8</sup> Es kommt darauf an, ob die Straße der Öffentlichkeit zur Benützung freisteht oder ob diese Benützung – sichtbar – ausgeschlossen ist.<sup>9</sup> Auch ein Widmungsakt oder langer Gemeingebrauch ist für die Wertung des Vorliegens einer Straße mit öffentlichem Verkehr nicht entscheidend, sondern das Merkmal des Fußgänger- und Fahrzeugverkehrs.<sup>10</sup>

Aus dem Umstand, dass eine (Forst-)Straße nur von einer bestimmten Gruppe von (Verkehrs-)Teilnehmern benützt werden kann (zB Aufschrift „Privatweg“ oder Verbotstafel „Forststraße“), darf nicht geschlossen werden, dass es sich um eine Straße ohne öffentlichen Verkehr handelt.<sup>11</sup>

Auch eine Straße, die nur gegen Entrichtung einer von jedermann unter den gleichen Bedingungen verlangten Maut benützt werden darf, ist als Straße mit öffentlichem Verkehr anzusehen.<sup>12</sup>

Die volle Geltung der Bestimmungen der **Straßenverkehrsordnung** – aber auch des **Kraftfahrzeuggesetzes** – bewirkt die **gänzliche Anwendbarkeit** der hier festgeschriebenen Regelungen, sofern keine speziellen Ausnahmetatbestände zum Tragen kommen.

Selbst wenn, wie bereits vorhin erwähnt, dem Bereich der Forst- und Güterwege im Hinblick auf die Einhaltung der Straßenverkehrsregeln in der Regel dann größere Bedeutung zukommt, wenn solche Straßen vom Grundeigentümer auch für den Fahrzeugverkehr oder den Radfahrverkehr freigegeben werden, so spielen doch allgemeine Grundsätze, bestimmte Fahrregeln, besonders aber spezielle Schutznormen eine gewisse Rolle. Fußgänger haben aber auch bei im Allgemeinen ausgeschlossenen Fahrzeugverkehr gegenüber



land-/forstwirtschaftlich genutzten Fahrzeugen die Regeln der StVO zu beachten und vice versa.<sup>13</sup> Insbesondere im Schadensfall kann die Geltung der StVO und des KFG Einfluss auf die Beurteilung des Verschuldens und Wirkung auf die Schadenersatzpflicht, auf den Entfall der Leistungspflicht des Haftpflichtversicherers, allenfalls auch auf eine strafrechtliche Verfolgung (zB wegen fahrlässiger Körperverletzung oder Gefährdung der körperlichen Sicherheit) haben.

#### 1.4. Allgemeine Grundsätze der StVO

sind ua:

- § 3 • **Der Vertrauensgrundsatz** („die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme, dessen ungeachtet darf jeder Straßenbenützer darauf vertrauen, dass andere Personen die für die Benützung der Straße maßgeblichen Rechtsvorschriften befolgen“), weiters die
- § 4 • **Regeln bei Verkehrsunfällen** („alle Personen, deren Verhalten am Unfallsort mit einem Verkehrsunfall in ursächlichem Zusammenhang steht, haben das Fahrzeug sofort anzuhalten und die zur Vermeidung von Schäden notwendigen Maßnahmen zu treffen“) und die
- § 5 • **besonderen Sicherungsmaßnahmen gegen Beeinträchtigung durch Alkohol** („wer sich in einem durch Alkohol beeinträchtigten Zustand befindet, darf ein Fahrzeug weder lenken noch in Betrieb nehmen“).

Hinsichtlich der Fahrregeln und der Schutznormen sind die Sicherheitsforderungen bezüglich des

- § 10 • **Ausweichens,**
- § 15 • **Überholens,**
- § 17 • **Vorbeifahrens**

und vor allem die Forderung nach einem **Sicherheitsabstand**, die auf den schmalen Forststraßen bei Fahrzeuggegenverkehr kaum erfüllbar sind und zu untragbaren Erschwernissen und Verzögerungen des Wirtschaftsverkehrs führen, zu erwähnen.

Auch das **Halte- und Parkverbot**, das die Rechtsprechung überall dort annimmt, wo neben dem haltenden Fahrzeug nicht ein Fahrstreifen von 2,5 m Breite frei bleibt, spielt eine bedeutende Rolle.

Der **Vertrauensgrundsatz** gilt auch gegenüber einzelnen Fußgängern und Fußgängergruppen.<sup>14</sup>

Auch kraftfahrrechtliche Vorschriften sind für die Benützung der Straße maßgebliche Rechtsvorschriften. Daraus folgt, dass ein Straßenbenützer (Fußgänger, Radfahrer, PKW) auch darauf **vertrauen** darf, dass ein **LKW nicht in einer für ihn nicht erkennbaren Weise über seine Länge und Breite hinaus beladen ist**.<sup>15</sup>

Für die **Verpflichtung zum sofortigen Anhalten bei einem Ereignis** macht es keinen Unterschied, ob bei dem Unfall ein Haustier oder ein Wild zu Schaden gekommen ist; im ersteren Fall wäre der Sachschaden im Vermögen des Eigentümers des Tieres, im letzteren Falle wäre der Schaden im Vermögen des Jagdberechtigten eingetreten.<sup>16</sup>

Bei **engen und unübersichtlichen Straßen** kommt der **strengen Einhaltung des Fahrens** auf der rechten Fahrbahnseite erhöhte Bedeutung zu, sodass ein Verstoß gegen diese Regel besonders schwer wiegt.<sup>17</sup>

Auf einer lediglich 2,6 m breiten Fahrbahn widerspricht die Beibehaltung einer bestimmten Geschwindigkeit durch einen Pkw-Lenker beim Passieren eines **entgegenkommen den Radfahrers** der Vorschrift des § 10 StVO im Bezug auf das **Ausweichen**.<sup>18</sup>

§ 24 Abs 1 lit b

Rechtsprechung

Die Aufforderung zur Vornahme einer Atemluftuntersuchung setzt nicht voraus, dass sich der Aufgeforderte oder das von ihm gelenkte Fahrzeug auf einer Straße mit öffentlichem Verkehr befindet; entscheidend ist nur, ob die **vermutete Alkoholbeeinträchtigung beim Lenken eines Kfz auf einer Straße mit öffentlichem Verkehr (also auch Forststraße)** gegeben war.<sup>19</sup>

## 2. Anbringung von Straßenverkehrszeichen und Zuständigkeiten



### § 32 Abs 1

Das Aufstellen von Straßenverkehrszeichen (Gefahrenzeichen, Vorschriftenzeichen ua) an **Forststraßen und Güterwegen ist, sofern den Straßen und Wegen nicht Öffentlichkeitscharakter zukommt, an keine besonderen Bewilligungen** durch die Bezirksverwaltungsbehörden gebunden. Sie dürfen **vom Straßenerhalter auf seine Kosten jederzeit angebracht werden.**

Sie dienen – überhaupt dort, wo der Straßenerhalter bzw Eigentümer allgemeinen Fahrzeug- und Radfahrverkehr zulässt – zur Regelung und Sicherung des Verkehrs und zur Vermeidung von Unfällen.

### § 48 Abs 1 § 50 § 52

Straßenverkehrszeichen (Gefahrenzeichen, Vorschriftenzeichen) sind als

- Schilder aus festem Material
- unter Bedachtnahme auf die Art der Straße und unter Berücksichtigung der üblichen Verkehrsverhältnisse,
- in einer solchen Art und Größe anzubringen, dass sie von den Lenkern herannahender Fahrzeuge und den Straßenbenützern leicht und rechtzeitig erkannt werden können.

- Anbringung auf der rechten Straßenseite oder oberhalb der Fahrbahn
- Zusätzliche Anbringung an anderen Stellen ist zulässig
- Auf einer Anbringungs Vorrichtung (zB Träger für Straßenverkehrszeichen) dürfen **nicht mehr als zwei Straßenverkehrszeichen** angebracht werden.

## 3. Gefahrenzeichen

Gefahrenzeichen kündigen an, dass sich in der Fahrtrichtung auf der Fahrbahn Gefahrenstellen befinden. Die Lenker von Fahrzeugen haben sich in geeigneter Weise, erforderlichenfalls durch Verminderung der Geschwindigkeit, der angekündigten Gefahr entsprechend zu verhalten.

Auf Straßen sind die Gefahrenzeichen idR 150 m bis 250 m vor der Gefahrenstelle anzubringen, sofern sich aus dem Gesetz nichts anderes ergibt. Wenn es jedoch der Verkehrssicherheit besser entspricht, sind die Gefahrenzeichen in einer anderen als dieser bezeichneten Entfernung anzubringen. In einem solchen Fall ist auf Freilandstraßen unter dem Zeichen auf einer Zusatztafel die Entfernung bis zur Gefahrenstelle anzugeben.

### § 49 Abs 1



### Wo sind Gefahrenzeichen aufzustellen?

Gefahrenzeichen werden in der Regel dort aufzustellen sein,

- wo die Forststraße oder der Güterweg für den allgemeinen Verkehr zugelassen ist oder
- wo den Straßen (teilweise) Öffentlichkeitscharakter zukommt.





Querrinne/Aufwölbung



Rechtskurve



Linkskurve

Doppelkurve rechts  
beginnendDoppelkurve links  
beginnend

### Rechtsprechung

#### a) Querrinne oder Aufwölbung

Dieses Zeichen zeigt Hindernisse wie Querrinnen und Aufwölbungen oder aufgewölbte Brücken an. Schutzzweck ist es, auf auf Dauer bedingte Niveauunterschiede der Fahrbahnoberfläche hinzuweisen. Es verpflichtet den Nutzer zur entsprechenden Geschwindigkeitsbeschränkung.

#### b) Gefährliche Kurven

Es sind dies Kurven, die wegen ihrer Beschaffenheit oder Unübersichtlichkeit gefährlich sind. Sie sind dem Verlauf der Kurve entsprechend anzubringen.

#### c) Gefährliches Gefälle, starke Steigung

Diese Zeichen kündigen ein starkes Gefälle oder eine starke Steigung der Straße an. Das Gefälle bzw. die Steigung ist in Prozenten anzugeben und hat sich auf den steilsten Teil der Strecke zu beziehen.

Ein Gefälle von 100 % entspricht einer Höhendifferenz von 100 m auf einer Strecke von 100 m und damit einem Winkel von 45°; 10 % sind 10 m auf 100 m und damit 5,71°.

#### d) Schleudergefahr

Dieses Zeichen zeigt Stellen an, auf denen auf der Fahrbahn unter besonderen Verhältnissen Gleitgefahr besteht. Auf einer Zusatztafel kann die Ursache der Gleitgefahr angekündigt werden.

Die besonderen Verhältnisse, unter denen die Schleudergefahr besteht, sind im Gesetz nicht angeführt. Jedem Straßenbenutzer muss aber so viel Erfahrung zugemutet werden, um zu wissen, dass etwa bei Schnee- oder Eisglätte, nasser Fahrbahn ua besondere Schleudergefahr besteht.

Auf einer unübersichtlichen Straßenkrümmung, die mit **losem Schotter** bedeckt ist, ist **die Fahrgeschwindigkeit stark zu reduzieren**.<sup>20</sup>

Bei **vereister Fahrbahn und Schneelage** stellt die Bildung von **Rillen kein außergewöhnliches Ereignis** dar und muss daher von Fahrzeuglenkern jedenfalls in Betracht gezogen werden.<sup>21</sup>

**Schnee- und Eisrillen auf winterlichen Forststraßen** stellen Umstände dar, die bei der Wahl der **Fahrgeschwindigkeit** zu berücksichtigen sind.<sup>22</sup>

#### e) Steinschlag

Dieses Zeichen kündigt einen Straßenabschnitt an, wo mit Steinschlag und daher auch mit Steinen auf der Straße zu rechnen ist. Auch beim Zeichen Steinschlag hat sich der Lenker eines Fahrzeuges in geeigneter Weise der angekündigten Gefahr entsprechend zu verhalten. Eine allgemeine Verhaltensweise bei der Gefahr von herabfallenden Steinen kann es nicht geben, denn sowohl derjenige, der schnell fährt, als auch derjenige, der langsam fährt, kann von herabfallenden Steinen getroffen werden. Es kommt vielmehr darauf an, dass der Lenker sich auf bereits herabgefallene oder bereits auf der Fahrbahn liegende Steine einstellt.

#### f) Achtung Tiere

Dieses Zeichen zeigt den Beginn eines Gebietes an, in dem mit unbegleiteten Weidetieren zu rechnen ist. Es ist insbesondere in Alpgebieten und in Gebieten, in denen der unbeaufsichtigte Weidegang nach altem Herkommen üblich ist, anzubringen.

In einem Gebiet, in dem auch das Warnzeichen „Achtung Tiere“ auf die Möglichkeit des Auftauchens von Vieh auf der Straße hinweist, gilt ein **den ortsüblichen Bedingungen entsprechender und in ordnungsgemäßem Zustand gehaltener Zaun** als ausreichende **Vorkehrung iSd § 1320 ABGB**.<sup>23</sup>

Die Aufstellung eines **Gefahrenzeichens „Achtung Tiere“ reicht nicht** aus, um eine geeignete Aufsicht des Weideviehs auf **nicht abgezaunten Grundstücken zu ersetzen**.<sup>24</sup>



Gefährliches Gefälle



Starke Steigung



Schleudergefahr



Steinschlag

### Rechtsprechung



Achtung Tiere

Der Fahrzeuglenker muss innerhalb der auf dem Gefahrenzeichen „Achtung Tiere“ angegebenen Strecke mit dem Auftauchen **unbeaufsichtigter Weidetiere**, die in typischen Alpregionen auch nicht durch einen Zaun abgesperrt sein müssen, **rechnen** und sich der **angekündigten Gefahr entsprechend verhalten**.<sup>25</sup>

#### g) Achtung Wildwechsel

Dieses Zeichen zeigt ein Gebiet an, wo damit zu rechnen ist, dass Wild die Straße überquert. Diese Tafel verpflichtet grundsätzlich zur Herabsetzung der Fahrgeschwindigkeit und ist besonders bei Treibjagden entlang von Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen anzubringen.

Die **Haftung für den Zustand des Weges** nach § 1319a ABGB ist als Haftung für die Verkehrssicherheit im weitesten Sinn zu verstehen. Dazu gehören auch die **zur Vermeidung von Wildunfällen erforderlichen Maßnahmen des Aufstellens von Gefahrenzeichen**.<sup>26</sup>

Das Gefahrenzeichen „Achtung Wildwechsel“ dient nicht nur dem Schutz der Verkehrsteilnehmer, sondern auch dem Schutz des Jagdberechtigten bzw dem Eigentümer der Tiere. Das Vorhandensein dieses Gefahrenzeichens verpflichtet den Kraftfahrer zu einer **erhöhten Reaktionsbereitschaft**.<sup>27</sup>

#### h) Andere Gefahren

Dieses Zeichen kündigt alle anderen bisher nicht angeführten Gefahrenstellen an. Auf einer Zusatztafel unter diesem Zeichen kann die Gefahr näher bezeichnet werden wie etwa Bankett nicht befahrbar, Holzbringung, Lawinengefahr, Wasserschutzgebiet udgl.

Auch bei stärkeren Rollsplittauflagen wird dieses Gefahrenzeichen mit der Zusatztafel „Rollsplitt“ anzubringen sein.

Der Schutzzweck dieses Gefahrenzeichens mit der Zusatztafel **„Wintersperre“**, die darauf hinweist, dass keine



Achtung Wildwechsel

#### Rechtsprechung



Andere Gefahren

#### Rechtsprechung

Schneeräumung erfolgt, besteht darin, Gefahren zu vermeiden, die durch hängen gebliebene Fahrzeuge auf schneebedeckten Fahrbahnen und das damit verbundene Wegschaffen derselben entstehen.<sup>28</sup>

## 4. Vorschriftenzeichen



Vorschriftszeichen sind Verbots- oder Beschränkungszeichen, Gebotszeichen oder Vorrangzeichen. Sie sind vor jener Stelle, für die sie gelten, anzubringen.

#### a) Fahrverbot

Dieses Zeichen zeigt an, dass das Fahren in beiden Fahrtrichtungen verboten ist, während das Schieben eines Fahrrades erlaubt ist.

Bei **Forststraßen** wird man das **Fahrverbotsschild nach der forstlichen Kennzeichnungsverordnung** verwenden (siehe Kapitel Forstgesetz).

Dieses Zeichen verbietet nur das Fahren mit Fahrzeugen im Sinne des § 2 Abs 1 Z 19 StVO („ein zur Verwendung auf Straßen bestimmtes oder auf Straßen verwendetes Beförderungsmittel“). Ist die Zufahrt nicht gestattet, ist auch das Halten und Parken verboten (§ 24 Abs 1 lit n StVO).

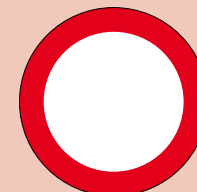
#### b) Fahrverbot für Fahrräder und Motorfahräder

Dieses Zeichen zeigt an, dass das Fahren mit Fahrrädern und mit Motorfahrrädern verboten ist. Das Schieben dieser Fahrzeuge ist gestattet, bei Motorfahrrädern jedoch ohne laufenden Motor.

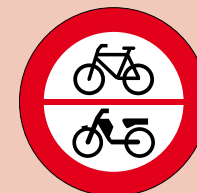
Hinsichtlich der Nutzung von Forststraßen und Güterwegen zu Radfahrzwecken wird auf die Ausführungen zu § 33 Forstgesetz verwiesen.

§ 51

§ 52



Fahrverbot



Fahrverbot für  
Fahrräder und Motor-  
fahräder



Reitverbot



Verbot für Fußgänger

### c) Reitverbot und Verbot für Fußgänger

Diese Zeichen zeigen an, dass das Reiten und das Betreten für Fußgänger verboten sind.

Diese zwei völlig neuen Verkehrszeichen entspringen einem dringlichen Wunsch der Länder, weil sich in der Praxis immer wieder die Notwendigkeit für eine Verordnung von Reitverboten oder Fußgängerverboten auf bestimmten Straßenstrecken ergeben hat.

### d) Lkw-Fahrverbote (Straßensperren) und Gewichtsbeschränkungen

Besonders im Zusammenhang mit dem **Holztransport** gibt es bezüglich der Nutzung öffentlicher Straßen in der Straßenverkehrsordnung iVm dem Kraftfahrgesetz zahlreiche Einschränkungen.

Beispielsweise seien genannt:

- Fahrverbote für Lastkraftfahrzeuge nach § 42 StVO,
- Verkehrsverbote nach § 43 StVO

und entsprechend kundzumachende Verordnungen nach § 44 StVO und entsprechende Tonnagebeschränkungen.

Diese sind jedoch bundesländerweise höchst unterschiedlich, besonders restriktiv werden sie in den Ländern Kärnten und Steiermark gehandhabt.

## § 30

Von den Holztransporten mittels Lkw zu unterscheiden sind so genannte „**Wirtschaftsfahren**“. Als Wirtschaftsfuhre gilt die Beförderung von Gütern im Betriebe eines land- und forstwirtschaftlichen Unternehmens innerhalb seines örtlichen Bereiches, insbesondere zwischen den zu diesem Unternehmen gehörenden Liegenschaften mit Fahrzeugen eines land- und forstwirtschaftlichen Unternehmens. Weitere und detailliertere Vorschriften über diese land- und forstwirtschaftlichen Wirtschaftsfahren sind im **Kraftfahrgesetz** enthalten.

## § 101 Abs 2 KFG

Grundsätzlich kennt die StVO folgende **Vorschriftszeichen** einer Beschilderung:

### e) Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge/

#### Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit Anhänger

Diese Zeichen zeigen an, dass das Fahren mit Lastkraftfahrzeugen oder mit Lastkraftfahrzeugen mit Anhänger verboten ist.

Grundsätzlich ist an Samstagen von 15.00 Uhr bis 24.00 Uhr und an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen von 00.00 Uhr bis 22.00 Uhr das Befahren von Straßen mit Lastkraftwagen mit Anhänger verboten, wenn das höchste zulässige Gesamtgewicht des Lastkraftwagens oder des Anhängers mehr als 3,5 t beträgt (§ 42 Abs 1 StVO). In der im Abs 1 angeführten Zeit ist ferner das Befahren von Straßen mit Lastkraftwagen, Sattelkraftfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 7,5 t verboten (§ 42 Abs 2 StVO).



**Achtung: Ausnahmen sind möglich!**

Von den im § 42 Abs 2 StVO angeführten **Fahrverboten** können für den kombinierten Verkehr im Sinne des § 2 Abs 1 Z 40 KFG mittels Verordnung ebenso Ausnahmen getroffen werden wie mit Bescheid der Bezirksverwaltungsbehörde wegen eines **besonderen wirtschaftlichen Interesses** (§ 45 Abs 2 StVO). Solche sind zB für den sofortigen Abtransport von **Windwurf- oder Kalamitätsholz** (Borkenkäferbefall) zu erteilen. Ein erhebliches wirtschaftliches Interesse an der Erteilung einer Ausnahmegewilligung liegt dann vor, wenn die Nichterteilung der Ausnahmegewilligung den Antragsteller wirtschaftlich und finanziell außergewöhnlich hart treffen würde.

Ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge gilt auch für Sattelkraftfahrzeuge.<sup>29</sup>



Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge

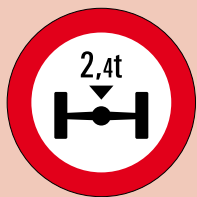


Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge mit Anhänger

## Rechtsprechung



Fahrverbot für Fahrzeuge mit über 5,5 t Gesamtgewicht



Fahrverbot für Fahrzeuge mit über 2,4 t Achslast

§ 43 Abs 1

#### f) Fahrverbot für Fahrzeuge mit über ... t Gesamtgewicht/ Fahrverbot für alle Fahrzeuge mit über ... t Achslast

Dieses Zeichen zeigt an, dass das Fahren mit Fahrzeugen, deren Gesamtgewicht das im Zeichen angegebene Gewicht überschreitet, verboten ist.

Dieses Zeichen zeigt an, dass das Fahren mit Fahrzeugen, deren Achslast die im Zeichen angegebene Achslast überschreitet, verboten ist.

## 5. Zuständige Behörde

Die **Bezirksverwaltungsbehörde** hat für bestimmte Straßen oder Straßenstrecken oder für Straßen innerhalb eines bestimmten Gebietes durch **Verordnung dauernde oder vorübergehende Verkehrsbeschränkungen oder Verkehrsverbote**, insbesondere Maß-, Gewichts- oder Geschwindigkeitsbeschränkungen, Halte- oder Parkverbote udgl zu erlassen.

Solche Verordnungen werden über Anträge von Gemeinden, Straßenbauämtern und anderen Straßenbehörden erlassen und nehmen Bezug auf Gewichts- und Geschwindigkeitsbeschränkungen während der Tauperiode, mangelnder Tragfähigkeit (zB Brücken) oder in Folge zu geringer Straßenbreite. Es kann sich hierbei also um eine ständige oder auch nur vorübergehende Verkehrsbeschränkung oder um ein gänzlich Verbot handeln.

## 6. Ausnahmen in Einzelfällen

Für alle Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsverbote – insbesondere im Hinblick auf Tonnagebeschränkungen und wegen eines Anhängerverbotes – gibt es wieder Ausnahmen in Einzelfällen. Praktisch bedeutsam sind die

- „Ausnahmebewilligung von Gewichtsbeschränkungen während der Tauwetterperiode“,
- „Ausnahmebewilligung von bestehenden Gewichtsbeschränkungen und von bestehendem Anhängerverbot“.

Besonders schwierig und kompliziert gestaltet sich die Rechtslage beim Holztransport mit Kraftwagen mit Anhängern und der Summe des zulässigen Gesamtgewichtes.

Bei Kraftwagen mit Anhängern darf die Summe der Gesamtgewichte sowie die Summe der Achslasten 40 t und beim Transport von Rundholz aus dem Wald bis zum nächstgelegenen technisch geeigneten Verladebahnhof oder zu einem Verarbeitungsbetrieb, höchstens jedoch 100 km Luftlinie, wenn die hintere Achse des Anhängers mit Doppelbereifung oder einer der Doppelbereifung gleichwertigen Bereifung ausgerüstet ist oder beide Fahrzeuge jeweils mehr als zwei Achsen haben, 44 t nicht überschreiten. Die größte Länge von Kraftwagen mit Anhängern darf 18,75 m, von Sattelkraftfahrzeugen jedoch 16,5 m nicht überschreiten.

Bei der Begriffsbestimmung „**Transport von Rundholz aus dem Wald**“ kommt es immer wieder zu Beanstandungen, wenn Rundholz im Wald zwischengelagert und zu einem späteren Zeitpunkt weitertransportiert wird (Umladeprozess).

In einem ministeriellen Erlass ist jedoch festgehalten, dass eine Zwischenlagerung im Wald (Waldlichtungen, Waldwiesen und angrenzende land- und forstwirtschaftliche Grundstücke) aus kraftfahrrechtlicher Sicht die Begriffsbestimmung im § 4 Abs 7a KFG („aus dem Wald“) umfasst und die **privilegierte Regelung nur bei einer Zwischenlagerung außerhalb des Waldes NICHT zum Tragen kommt**. Dies deshalb, da die gesetzliche Maßnahme ausschließlich für eine rasche Beförderung des Rundholzes aus dem Wald geschaffen wurde.

§ 4 Abs 7a KFG

**Erlass des BMVIT vom 12.1.2010 (GZ. BMVIT-179.342/0001-II/ST4/2010)**

§ 45 iVm § 49b

Mit dem angeführten Erlass wurde auch zur Frage der **Gleichwertigkeit von sog „Super Single Tires“** mit einer Doppelbereifung Stellung bezogen.

Super Single Reifen in den Dimensionen 425/55 R19.5, 435/50 R19.5, 425/65 R22.5, 445/65 R22.5, 455/40 R22.5, 455/45 R22.5, 495/45 R22.5 werden als technisch gleichwertig angesehen. Bereifungen in den Dimensionen 385/55 R22.5 und 385/65 R22.5 werden nur dann als der im KFG geforderten Doppelbereifung technisch gleichwertig angesehen, wenn das Fahrzeug mit einer Luftfederung ausgestattet ist.

#### § 4 Abs 7a KFG

#### Rechtsprechung

Die **Gewichtsangabe** in einem Zeichen bezieht sich, wie der gesetzlichen Beschreibung des Zeichens eindeutig zu entnehmen ist, nicht auf einen ganzen Lastkraftwagenzug, sondern bedeutet, dass das angegebene Gewicht **weder vom höchsten zulässigen Gesamtgewicht des Zugfahrzeuges noch von dem des Anhängers überschritten werden darf**.<sup>30</sup>

Die **Tragfähigkeit einer Brücke ohne angezeigte Beschränkungen** des Gesamtgewichtes oder der Achslast muss so sein, dass die Brücke für Fahrzeuge mit nach kraftfahrrechtlichen Vorschriften zulässigem Gesamtgewicht und zulässiger Achslast in der gesamten Fahrbahnbreite und nicht nur bei Einhaltung einer für die Lastverteilung optimalen Fahrlinie gefahrlos befahrbar ist.<sup>31</sup>

Ein **Sattelkraftfahrzeug** stellt eine **Einheit** dar, für die eine angeordnete Gewichtsbeschränkung für das gesamte Kraftfahrzeug gilt.<sup>32</sup>

## 7. Exkurs:

### 7.1 Benützung von Straßen zu verkehrsfremden Zwecken

#### § 82

Für die Benützung von Straßen einschließlich des darüber befindlichen, für die Sicherheit des Straßenverkehrs in Betracht

kommenden Luftraumes zu anderen Zwecken als zu solchen des Straßenverkehrs, zB zu gewerblichen Tätigkeiten und zur **Werbung**, ist unbeschadet sonstiger Rechtsvorschriften eine **Bewilligung** nach der StVO erforderlich. Das Gleiche gilt für Tätigkeiten, die geeignet sind, **Menschenansammlungen** auf der Straße herbeizuführen oder die **Aufmerksamkeit** der Lenker von Fahrzeugen **zu beeinträchtigen**. Das Aufstellen von Kisten, Brettern, Tafeln udgl auf Parkflächen ist verboten.

### 7.2 Werbungen und Ankündigungen außerhalb des Straßengrundes

#### § 84

Außerhalb von Ortsgebieten sind Werbungen und Ankündigungen an Straßen innerhalb einer Entfernung von 100 m vom Fahrbahnrand verboten. Die Behörde hat Ausnahmen zu bewilligen, wenn das Vorhaben einem vordringlichen Bedürfnis der Straßenbenützer dient oder für diese immerhin von erheblichem Interesse ist und vom Vorhaben eine Beeinträchtigung des Straßenverkehrs nicht zu erwarten ist. Ist eine Werbung oder Ankündigung bewilligungslos angebracht worden, so hat die Behörde nach den gesetzlichen Bestimmungen die Entfernung ohne weiteres Verfahren zu veranlassen. Die Kosten für die Entfernung sind vom Besitzer oder Verfügungsberechtigten zu tragen und werden ihm mit Bescheid vorgeschrieben.



Werbeeinrichtungen sowie nichtamtliche Bekanntmachungen/Ankündigungen sind außerhalb des geschlossenen Ortsgebietes in der Regel auch nach dem jeweiligen **Naturschutzgesetz bewilligungspflichtig** (siehe Kapitel Naturschutz).

Unter Naturschutz versteht man allgemein die Erhaltung der Biodiversität, dh die Erhaltung der heimischen Arten und Lebensräume in ihrer ganzen Vielfalt. Während im 20. Jahrhundert der Naturschutz konservierende Ziele verfolgte, steht nun der Prozessnaturschutz im Vordergrund. Verfolgte man einst eher punktuellen Schutz von bedrohten Tieren oder Pflanzen, gehen die Bestrebungen heute Richtung flächigem Naturschutz.

In den 70er Jahren entwickelte sich ein breites gesellschaftliches Interesse am Naturschutz und er wurde somit auch zu einem Thema von internationaler Bedeutung. Natur und deren Schutz macht nicht an den Staatsgrenzen halt. Daher wurden neben zahlreichen nationalen viele internationale Schutzziele formuliert.

Auf EU-Ebene sind vor allem die Vogelschutzrichtlinie und die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie zu nennen. Auf nationaler Ebene sind die Naturschutzgesetze der Länder maßgeblich, die durch zusätzliche Rechtsnormen der Länder (zB ArtenschutzVO oder SchutzgebietsVO) ergänzt bzw konkretisiert werden. Viele diesbezügliche Einschränkungen oder Sperren sind gesetzlich grundgelegt und nicht durch den Grundeigentümer beeinflussbar.

## 1. Wesentliche Rechtsgrundlagen

### 1.1. International

Viele naturschutzrechtliche Rahmenbedingungen sind durch Staatsverträge bestimmt, die der Bund auch im Kompetenzbereich der Länder abschließen kann.

#### 1.1.1. Berner Konvention

1983 trat Österreich dieser Konvention des Europarats bei, die „streng geschützte Pflanzen- und Tierarten“ und „geschützte Tierarten“ auflistet.

#### 1.1.2. Ramsar Konvention

Im selben Jahr trat Österreich dem 1971 unterzeichneten internationalen Übereinkommen zum Schutz von „Feuchtgebieten, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung“ bei.

Gesetzlicher Schutz für Feuchtgebiete ist seitens der Landesnaturschutzgesetze und auf Bundesebene über das Wasserrechtsgesetz gegeben. Über den Vertragsnaturschutz werden Möglichkeiten der partnerschaftlichen Zusammenarbeit geschaffen. Dabei werden Verträge zwischen öffentlichen Institutionen oder Vereinen und den Grundeigentümern abgeschlossen. Österreich hat 23 Ramsar-Gebiete.

#### 1.1.3. Bonner Konvention

Dieses „Übereinkommen zur Erhaltung wandernder wild lebender Tierarten“ hat zum Ziel, länderübergreifend koordinierte Schutzmaßnahmen für wandernde Tierarten (zB Zugvögel) international zu etablieren. Österreich ist seit 2005 Mitglied der Bonner Konvention.

#### 1.1.4. Welterbekonvention

1972 von der UNESCO geschaffen, zielt diese Konvention auf den Schutz von Kulturgütern, aber auch des „Naturerbes“ (Art 2). Zu den UNESCO Welterbestätten in Österreich zählen unter anderem die Kulturlandschaften Wachau und Hallstatt – Dachstein/Salzkammergut.

#### 1.1.5. Übereinkommen über die biologische Vielfalt

Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity/CBD) beinhaltet den Schutz der biologischen Vielfalt der Ökosysteme, der Arten bzw. Populationen und deren genetische Differenzierung und ihrer Ressourcen. Gemäß Art 6 soll „jede Vertragspartei (...) nationale

Strategien, Pläne oder Programme zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt entwickeln oder zu diesem Zweck ihre bestehenden Strategien, Pläne und Programme anpassen.“

Seit 2011 liegt die **Biodiversitätsstrategie der EU** für das Jahr **2020** vor: Bis dahin sollen in der EU der Verlust an biologischer Vielfalt sowie die Verschlechterung von Ökosystemdienstleistungen angehalten werden. Gleichzeitig soll der Beitrag der Europäischen Union zur Verhinderung des Verlustes an biologischer Vielfalt weltweit erhöht werden. Zur Umsetzung dieser Verpflichtungen wurde unter der Federführung des BMLFUW unter Einbindung von Stakeholdern im Rahmen einer nationalen **Biodiversitätskommission** eine neue **Biodiversitätsstrategie** für Österreich entwickelt und beschlossen.

#### 1.1.6. Alpenkonvention

Das Übereinkommen zum Schutz der Alpen ist ein internationaler völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Alpenstaaten Österreich, der Schweiz, Deutschland, Frankreich, Liechtenstein, Italien, Monaco, Slowenien und der Europäischen Gemeinschaft. Die Alpenkonvention, die als Rahmenvertrag konzipiert ist, wird durch eine Reihe von Durchführungsprotokollen, die spezifische Maßnahmen zur Umsetzung der in der Rahmenkonvention festgelegten Grundsätze enthalten, weiter ausgestaltet. Die Protokolle sind wieder rechtsverbindliche Normen für die Vertragsstaaten, die sie ratifiziert haben, und sollen eine gemeinsame, alpenweite Politik zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung der Alpen gewährleisten. Die Protokolle sind teilweise unmittelbar anwendbares Recht und umfassen die Themen Berglandwirtschaft, Bergwald, Bodenschutz, Energie, Naturschutz und Landschaftspflege, Raumplanung und nachhaltige Entwicklung, Tourismus und Verkehr.

## 1.2. Europäisches Naturschutzrecht

Die **Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie** bildet zusammen mit der **Vogelschutzrichtlinie** die zentrale Rechtsgrundlage für den Naturschutz auf Ebene der Europäischen Union.

Ziel ist die Erhaltung der Artenvielfalt. Die FFH-RL sieht dazu ein besonderes kohärentes Netzwerk von europaweiten Schutzgebieten vor, das zur Bewahrung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes von bestimmten gefährdeten Lebensräumen sowie Tier- und Pflanzenarten beitragen soll. Für bestimmte Arten und Lebensräume werden FFH-Schutzgebiete ausgewiesen. Diese bilden zusammen mit den Gebieten der Vogelschutzrichtlinie das Netzwerk Natura 2000 (sog. „**Natura 2000-Gebiete**“). Für die Schutzgebiete besteht ein Verschlechterungsverbot des bestehenden Zustands (Art 6 Abs 2 FFH-RL). Die Mitgliedsstaaten haben nicht nur dieses **Verschlechterungsverbot** zu beachten, sondern sie sind auch angehalten, „geeignete Maßnahmen rechtlicher, administrativer oder vertraglicher Art“ zur Entwicklung dieser Schutzgebiete festzulegen (Art 6 Abs 1 FFH-RL). Die Entscheidung, wie dies in der Praxis umgesetzt wird, liegt beim jeweiligen Mitgliedsstaat. Dies kann durch gesetzlichen (VO) Schutz geschehen, jedoch sind auch Vertragsnaturschutz oder Verwaltungsvereinbarungen mögliche Mittel der Umsetzung. Für Pläne und Projekte, die einzeln oder in Zusammenwirkung mit anderen Plänen und Projekten potenziell geeignet sind, ein Natura 2000-Gebiet erheblich zu beeinträchtigen, ist eine Prüfung auf Verträglichkeit mit den für dieses Gebiet festgelegten Erhaltungszielen durchzuführen (**Naturverträglichkeitsprüfung**).

## 1.3. Naturschutzrecht in Österreich

Naturschutzrechtliche Maßnahmen fallen in Österreich in Gesetzgebung und Vollziehung in die **Zuständigkeit der Bundesländer**, soweit nicht in Teilbereichen eine Bundeskompetenz Naturschutzaspekte beinhaltet (zB Schutz des Waldes im

**FFH-Richtlinie:**  
**RL 92/43/EWG**  
**des Rates vom**  
**21. Mai 1992 zur**  
**Erhaltung der na-**  
**türlichen Lebens-**  
**räume sowie der**  
**wildlebenden Tiere**  
**und Pflanzen**

**Vogelschutzricht-**  
**linie: RL 2009/147/**  
**EG des Europäi-**  
**schon Parlamentes**  
**und des Rates**  
**über die Erhaltung**  
**der wildlebenden**  
**Vogelarten vom**  
**30. November 2009**

**Art 15 B-VG**



ForstG, Gewässerschutz im WRG).<sup>1</sup> Daher gibt es neun Landesnaturschutzgesetze.

Auch die **Umsetzung** der einzelnen **EU-Richtlinien** zum Naturschutz – wie zB die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, die Vogelschutzrichtlinie und die Wasserrahmenrichtlinie – findet in erster Linie in den Landesnaturschutzgesetzen statt.

#### Art 15a B-VG

Bundesgesetzliche Bestimmungen regeln die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den betreffenden Bundesländern bei der Errichtung und Erhaltung der **Nationalparks**.

## 2. Naturschutzgesetze der Bundesländer

### 2.1. Grundsätze und allgemeine Schutzbestimmungen

Das Naturschutzrecht der Länder hat sich in den letzten Jahren von einem punktuellen Schutz einzelner bedrohter Tier- und Pflanzenarten, wie man ihn seit Anfang des 20. Jahrhunderts kennt, zu einem umfassenden flächenbezogenen Schutzregime entwickelt. Zurückzuführen ist dies vor allem auch auf den Einfluss des europäischen Rechtsrahmens. Zunehmend an Bedeutung gewinnen dabei auch diverse Planungselemente und -instrumente wie Managementpläne.<sup>2</sup>

Nach den Landesnaturschutzgesetzen besteht teilweise eine **allgemeine Verpflichtung** zum Schutz und zur Pflege der Natur als Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. In manchen Bundesländern gilt auch generell eine Pflicht für jeden einzelnen zu **naturverträglichem Verhalten**, insbesondere auch bei der Ausübung von Freizeitbetätigungen.

Konkrete Verbote, die sich an die Allgemeinheit richten, sind zB auch das Verbot, Kraftfahrzeuge in der freien Landschaft abzustellen oder dort mit ihnen zu fahren. Ausnahmen gibt es für Tätigkeiten im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft, für Zwecke der Hege des Wildes etc.

Naturschutz bezieht sich nicht nur auf spezielle Schutzgebietskategorien, sondern in vielen Bundesländern wird allgemein auf die „**freie Landschaft**“ abgestellt. Welche Flächen sind damit gemeint?

Darunter versteht man Gebiete, deren äußeres Erscheinungsbild nicht überwiegend von einer größeren Ansammlung von Bauwerken einschließlich der sie etwa umgebenden Grünanlagen geprägt wird und auch nicht von einem räumlichen Zusammenschluss einer Vielzahl von Bauwerken gesprochen werden kann.<sup>3</sup> Unerheblich sind dabei Ortstafeln nach der Straßenverkehrsordnung.<sup>4</sup>

So ist bspw in Kärnten jede „Verunstaltung der freien Landschaft“ verboten. Häufig gibt es in den Naturschutzgesetzen einen Katalog von Maßnahmen und Bauführungen, die von der Naturschutzbehörde zu bewilligen sind, auch wenn sie außerhalb von geschützten Gebieten umgesetzt werden sollen. Dazu zählen zB Wegebau, Sportplätze, Flugplätze, Campingplätze, große Parkplätze, Schottergruben, Anlagen an naturnahen Oberflächengewässern oder die Aufstellung von Werbeeinrichtungen. Teilweise werden daneben noch **anzeigepflichtige Maßnahmen** aufgezählt, welche die Naturschutzbehörde unter bestimmten Voraussetzungen zu untersagen hat.



**Werbeeinrichtungen sowie nichtamtliche Bekanntmachungen/Ankündigungen sind außerhalb des geschlossenen Ortsgebietes in der Regel nach dem jeweiligen Naturschutzgesetz bewilligungspflichtig. Zu beachten sind auch allfällige Bestimmungen der StVO (siehe Kapitel StVO).**

Auch Strohballen, die mit Planen umhüllt sind, die Aufschriften tragen, stellen Werbeeinrichtungen dar, selbst wenn der Hauptzweck der Planen im Schutz des Stroh vor Wettereinflüssen besteht.<sup>5</sup>

#### Rechtsprechung

#### § 13 Ktn

#### Rechtsprechung



## 2.2. Pflanzen-, Pilz- und Tierschutz

Zu unterscheiden ist beim Pflanzen- und Tierschutz zwischen einem allgemeinen und einem besonderen Schutz.

§ 17 NÖ

§ 26 OÖ

§ 17 Ktn

§ 30 Sbg

Nach den allgemeinen Schutzbestimmungen in den Landesgesetzen dürfen wildwachsende Pflanzen **nicht mutwillig beschädigt** werden. In Salzburg beispielsweise braucht es für das Sammeln von wildwachsenden Pflanzen oder deren Teilen eine Bewilligung der Naturschutzbehörde, wenn es in großen Mengen und auf fremdem Grund geschieht.

In manchen Bundesländern ist die Landesregierung ermächtigt, im Verordnungsweg noch weitere bzw. konkretere Schutzbestimmungen zu erlassen. In manchen Bundesländern gibt es solche beispielsweise für Waldfrüchte wie Beeren und Pilze.

### Beispiel **Kärntner Pilzverordnung**:

Nach der Kärntner Pilz-VO darf nur zum Eigengebrauch gesammelt werden: 2 kg pro Person und Tag, in der Zeit von 7.00 Uhr bis 18.00 Uhr. Eierschwammerl und Steinpilze darüber hinaus nur im Zeitraum vom 15. Juni bis 30. September. Neben sonstigen Beschränkungen sind das Sammeln wildwachsender Pilze in Naturschutzgebieten, Europaschutzgebieten, Kernzonen eines Nationalparks und Naturzonen eines Biosphärenparks verboten sowie organisierte Veranstaltungen zum Sammeln generell.

Beim Sammeln von Pilzen sind aber auch sonstige Rechtsvorschriften, insbesondere die Beschränkungen des Forstgesetzes zu beachten. Nach dem Forstgesetz begeht eine Verwaltungsübertretung, wer sich unbefugt Pilze in einer Menge von mehr als zwei Kilogramm pro Tag aneignet. Es ist verboten, Pilz- und Beerensammelveranstaltungen durchzuführen oder daran teilzunehmen.

Zivilrechtlich kann der Grundstückseigentümer das Sammeln von Pilzen generell, also auch unter der 2 kg Grenze, verbieten

(Verbotstafel, persönliche Verständigung). Näheres dazu auch im Kapitel Forstgesetz (13. Pilze und Beeren sammeln im Wald).

Die Naturschutzgesetze sehen vor, dass die Landesregierung wildwachsende Pflanzenarten und wildlebende Tiere, die in ihrem Bestand allgemein oder in bestimmten Gebieten gefährdet sind, per Verordnung **unter Schutz** stellen kann. Zumeist wird zwischen **geschützten und streng geschützten Arten** unterschieden.



© BMLFUW/Rita Newman

Für **streng geschützte Pflanzen** gilt ein vollkommener Schutz. Das bedeutet, dass jene Pflanzen (inklusive deren Samen und Entwicklungsstufen) nicht gepflückt, gesammelt, ausgegraben, abgeschnitten, vernichtet, besessen, gehandelt oder getauscht werden dürfen.  
*Beispiele: Edelweiß, Seerose, bestimmte Enzianarten*

Sonstige **geschützte Pflanzen** dürfen nur für den persönlichen Bedarf gepflückt, abgeschnitten und gesammelt werden. Darunter zu verstehen ist das Pflücken einzelner Stücke und Zweige bzw. ein „Handstrauß“. Das ist jene Menge, deren



© BMLFUW/Andreas Hollinger

Stängel von Daumen und Zeigefinger einer Hand vollständig umfasst werden können. Es ist verboten, unterirdische Teile der Pflanze zu entfernen.  
*Beispiele: Maiglöckchen, Alpenrose, Zykame*

Für **wildlebende Tiere** sind ebenso **allgemeine und besondere Schutzbestimmungen** vorgesehen. Manche

### § 10 Abs 2 Wien

§ 174 Abs 3 lit b Z 2  
und lit d ForstG

Bundesländer kennen ein allgemeines naturschutzrechtliches Verbot, wildlebende Tiere – auch wenn sie nicht geschützt sind – mutwillig zu beunruhigen, zu verfolgen, ohne gerechtfertigten Grund zu fangen sowie ihre Brutstätten und Nester ohne gerechtfertigten Grund zu entfernen, zu beschädigen oder zu zerstören.



Mancherorts wird auf mögliche besondere Begegnungen aufmerksam gemacht.

Bestandgefährdete Tiere können von der Landesregierung per Verordnung ganz oder teilweise geschützt werden. Ausgenommen davon sind teilweise jagdbare Tiere. Hinsichtlich der jagdbaren Tiere sehen aber idR die Landesjagdgesetze zT ganzjährige Schonzeiten vor.

Ausnahmen:

- Die Bestimmungen über den Tier- und Pflanzenschutz gelten für wildlebende Arten und finden daher keine Anwendung auf **gezüchtete Tiere, Pflanzen und Pilze**. Zu beachten gilt, dass derjenige, der behauptet, dass ein Exemplar aus einer Züchtung stammt, dies auch zu beweisen hat. Aus diesem Grund sind genaue Aufzeichnungen über die Zucht erforderlich.

- Unbeschadet besonderer Regelungen nach den Bestimmungen des Naturschutzgesetzes oder der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen und Bescheide bleiben Maßnahmen im Zusammenhang mit einer **zeitgemäßen und nachhaltigen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung** von Grundstücken im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes grundsätzlich unberührt. Diese Ausnahmeklausel gilt ua nicht, wenn Pflanzen- und Tierarten, die in Anhang IV FFH-RL oder Art 1 Vogelschutz-RL erfasst sind, absichtlich beeinträchtigt oder getötet werden. Die Ausnahmeklausel gilt weiters nicht, wenn vom Aussterben bedrohte Pflanzen und Tiere von Maßnahmen betroffen sind.

Als „zeitgemäß und nachhaltig“ gilt eine land- und forstwirtschaftliche Nutzung, wenn die Tätigkeiten in einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb der Hervorbringung oder Gewinnung pflanzlicher oder tierischer Produkte dienen und nach Verfahren organisiert sind, wie sie in einer bestimmten Gegend und zu einer bestimmten Zeit oder auf Grund überlieferter Erfahrungen üblich sind und die auf naturräumliche Voraussetzungen abgestimmte Nutzung in einem funktionierenden System dauerhaft Leistungen gewährleistet, ohne dass die Produktionsgrundlagen erschöpft und Natur und Landschaft ungebührlich belastet werden.

### 2.3. Naturdenkmale

Naturgebilde, die sich durch ihre Eigenart, Seltenheit oder besondere Ausstattung auszeichnen, der Landschaft ein besonderes Gepräge verleihen oder die besondere wissenschaftliche oder kulturhistorische Bedeutung haben, können mit Bescheid der Behörde (idR die Bezirksverwaltungsbehörde; in OÖ die LReg; in Sbg die Gemeinde bei Naturgebilden von bloß örtlicher Bedeutung) zum Naturdenkmal erklärt werden.

Bsp: § 21 Abs 3 NÖ

§ 27 Bgld  
§ 28 Ktn  
§ 12 NÖ  
§ 16 OÖ  
§ 6 Sbg  
§ 10 Stmk  
§ 27 Tir  
§ 28 Vlbgl  
§ 28 Wien

Häufig sind daher insbesondere Klammen, Schluchten, Wasserfälle, Quellen, Bäume, Hecken, Alleen, Baum- oder Gehölzgruppen, Felsbildungen, erdgeschichtliche Aufschlüsse oder Erscheinungsformen, fossile Tier- oder Pflanzenvorkommen sowie Fundorte seltener Gesteine oder Mineralien Gegenstände des Naturdenkmalschutzes. Soweit die Umgebung eines Naturgebildes für dessen Erscheinungsbild oder dessen Erhaltung mitbestimmende Bedeutung hat, kann diese in den Naturdenkmalschutz einbezogen werden.



Eigenartig, schön, selten: Schutzkategorie Naturdenkmal.

Das Verfahren zur Erklärung zum Naturdenkmal weist einige Abweichungen zu einem gewöhnlichen Verwaltungsv erfahren auf. Bereits die **Einleitung** des Verfahrens beginnt idR mit einem Bescheid. Dies hat zur Konsequenz, dass bereits ab diesem Zeitpunkt ein **vorläufiges Eingriffsverbot** gilt.

Wird das Naturgebilde bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzung schließlich zum Naturdenkmal erklärt, geschieht dies dem Eigentümer gegenüber in Bescheidform. Darüber hinaus wird die Unterschutzstellung in den meisten Bundesländern ortsüblich kundgemacht und das Naturdenkmal durch eine **Tafel** gekennzeichnet. Die Erklärung zum Naturdenkmal ist insoweit auch eine Verordnung.<sup>6</sup> Darüber hinaus sind die Er-sichtlichmachung im Grundbuch (Gutsbestandsblatt) sowie

die Eintragung in ein Naturdenkmalbuch bzw Naturschutz-buch vorgesehen. Die Eingriffsverbote richten sich somit nicht nur an den Eigentümer oder sonstigen Verfügungsbe-rechtigten, sondern auch an die Allgemeinheit: Die endgültige Erklärung zum Naturdenkmal hat zur Folge, dass **jeder den Bestand oder das Erscheinungsbild beeinträchtigen-de Eingriff verboten** ist. Den Eigentümer trifft eine Erhaltungspflicht. Teilweise kommt für die Kosten der im Bescheid vorgeschriebenen positiven Erhaltungsmaßnahmen oder für Aufwendungen, die über den normalen Erhaltungsaufwand hinausgehen, das Land auf.

In manchen Landesgesetzen ist gesetzlich explizit vorge-schrieben, dass der Verfügungsberechtigte des Naturdenk-mals jede Veränderung, Gefährdung oder Vernichtung des Naturdenkmales sowie die Veräußerung, Verpachtung oder Vermietung der in Betracht kommenden Grundflächen der Behörde bekanntzugeben hat.

Für die Praxis empfiehlt sich dringend, bei sämtlichen Situ-ationen von Gefahr in Verzug – sei es für das Naturdenkmal selbst oder durch das Naturdenkmal für Dritte (zB Astbruch) – unverzüglich und nachweislich die Behörde von der akuten Gefahrensituation in Kenntnis zu setzen, selbst wenn dies so nicht ausdrücklich naturschutzgesetzlich vorgesehen sein sollte, sowie die zur Abwehr von Gefahren von Personen oder Sachen notwendigen Vorkehrungen am oder um das Natur-denkmal unter möglicher Schonung seines Bestandes zu treffen.

## 2.4. Flächenschutz

Schutzgebiete sollen neben den klassischen Instrumenten des Naturschutzes in Form von Pflanzen- und Tierschutz im engeren Sinn deren **Lebensräume** erhalten. Das Spektrum an Maßnahmen im Bereich des Flächenschutzes wird nicht zuletzt aufgrund internationaler Vorgaben immer größer und das gezielte Management von Schutzgebieten gewinnt

§ 31 Abs 4 Bgld  
§ 12 Abs 5 NÖ

§ 31 Abs 2 Ktn

## Rechtsprechung

zunehmend an Bedeutung. Dies vor allem auch vor dem Hintergrund, dass auch Schutzgebiete immer wieder und öfter ins Spannungsfeld unterschiedlicher Nutzungsinteressen geraten.

Die verschiedenen Schutzgebietskategorien weichen in ihren konkreten Schutzziele und -bestimmungen zum Teil erheblich voneinander ab.

Ausnahmen von Eingriffsverboten bestehen ua für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen (sog „Agrarklausel“). Damit ist aber in erster Linie die Nutzung selbst gemeint, also zB das Säen, Ernten, Fällen. Maßnahmen wie Wegebau und Errichtung von Betriebsgebäuden, die für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung notwendig sind<sup>7</sup>, die Haltung von Reitpferden<sup>8</sup> oder Geländeaufschüttungen<sup>9</sup> sind je nach landesgesetzlicher Rechtslage bzw Verordnungsinhalt bewilligungspflichtig.

#### 2.4.1. Schutz von Lebensraum

In manchen Bundesländern ist ex lege, das heißt ohne weiteren Akt der Vollziehung (Bescheid, VO), ein landesweiter Schutz von Lebensräumen vorgesehen. Dieser Art geschützt sind je nach betreffendem Bundesland beispielsweise Sümpfe, Moore, Quellfluren und Gewässer, das alpine Ödland einschließlich der Gletscher und deren Umfeld. Maßnahmen, die Eingriffe in diese Lebensräume bewirken können, sind idR bewilligungspflichtig. Teilweise ist neben dem gesetzlichen „automatischen“ Schutz dieser Lebensräume auch deren Eintragung in öffentliche Bücher/Register vorgesehen, beispielsweise in den Salzburger Biotopkataster.

Eine solche Ersichtlichmachung hat zwar nur deklarative Wirkung,<sup>10</sup> bedeutet aber mE, wie der ex lege-Schutz an sich, für den betreffenden Grundeigentümer ein erhebliches Rechtsschutzdefizit, weil er idR nicht eingebunden ist, ihm keine ordentlichen Rechtsmittel dagegen zur Verfügung stehen

und er nachteilige Folgen in Form von Erschwerissen in der Bewirtschaftung bis Wertminderung seiner Flächen zu gewärtigen hat.

Ein ähnlicher gesetzlicher Lebensraumschutz ist auch vielfach für Gewässer vorgesehen. Die Naturschutzgesetze legen etwa Streifen bis zu 200 m entlang von Seeufern oder 50 m entlang von Flüssen und Bächen fest. Geschützt werden soll dadurch nicht das Wasser selbst (vgl Bestimmungen des WRG zur Reinhaltung der Gewässer), sondern die Ursprünglichkeit der Landschaft entlang dieser Gewässer.

#### 2.4.2. Naturschutzgebiete

Naturschutzgebiete sind Gebiete außerhalb geschlossener Ortschaften, die geprägt sind von völliger oder weitgehender Ursprünglichkeit, die seltene oder gefährdete Tier- und Pflanzenarten oder Lebensgemeinschaften von Tier- und Pflanzenarten beherbergen.



Im Naturschutzgebiet Almsee (OÖ) wurden auch Vertragsnaturschutz-Lösungen umgesetzt.

§ 21 Bgld  
§ 23 Ktn  
§ 11 NÖ  
§ 25 OÖ  
§ 19 Sbg  
§ 5 Stmk  
§ 21 Tir  
§ 26 Vlbj  
§ 23 Wien



Der Schutzgebietstyp Naturschutzgebiet zählt zu den häufigsten Kategorien des Flächenschutzes in Österreich. Das Verfahren zur Unterschutzstellung beginnt idR mit der Kundmachung der Absicht der LReg, ein Naturschutzgebiet zu verordnen. Bereits diese Kundmachung bewirkt ein vorläufiges Veränderungsverbot. In weiterer Folge wird der Verordnungsentwurf zumeist vier Wochen zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt. Stellungnahmerechte sind in den Landesgesetzen unterschiedlich geregelt. In Salzburg bspw können Grundeigentümer binnen einer Frist von sechs Wochen schriftlich Stellung nehmen. Die Erklärung zum Schutzgebiet erfolgt schließlich durch **Verordnung** der Landesregierung.

In Naturschutzgebieten sind zumeist alle Arten von Eingriffen **bewilligungspflichtig**. Eine Ausnahmbewilligung kann nach Vornahme einer Interessenabwägung erteilt werden.



Eine Bewilligungspflicht besteht auch dann, wenn der optische Eindruck der Landschaft nicht verändert wird.<sup>11</sup>

Auch Eingriffe außerhalb des Naturschutzgebietes sind bewilligungspflichtig, wenn sie Auswirkungen auf dieses Gebiet haben. In diesem Fall müssten richtigerweise aber auch die Entschädigungsregelungen auf Flächen außerhalb des Schutzgebietes Anwendung finden.<sup>12</sup>

#### Beschränkungen von Aktivitäten in Naturschutzgebieten:

Je nach Schutzgebiet können verschiedene Arten von Eingriffsverboten allgemeiner und touristischer Art gelten. Betretungsverbote können von einem generellen Verbot bis zu einem Wegegebot reichen, bei dem das Betreten des Gebietes nur auf bestimmten Wegen erlaubt ist. „Betretungsverbote“



gelten dabei sowohl für Fußgänger als auch für Skitourengeher. Sie können sowohl örtlich als auch zeitlich (zB für die Dauer der Brut- und Setzzeit) beschränkt sein. Auch das Sammeln von Pilzen kann in einem Naturschutzgebiet verboten sein. Solche Regelungen sieht bspw die Kärntner Pilz-VO vor. Auch das Mitnehmen von Hunden kann verboten sein, so wie auch jede Art von Lärmerzeugung.

#### 2.4.3. Landschaftsschutzgebiete

Landschaftsschutzgebiete sind Gebiete, die wegen ihrer landschaftlichen Schönheit oder Eigenart, einer besonderen Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung, den Tourismus oder wegen des Vorliegens historisch besonders bedeutsamer Landschaftsteile schutzwürdig sind. Die Erklärung zum Landschaftsschutzgebiet erfolgt durch Verordnung der Landesregierung. Je nach Schutzzweck der Unterschutzstellung sind in der Verordnung jene Maßnahmen angeführt, die an eine Bewilligung gebunden sind. Das Schutzniveau ist in einem Landschaftsschutzgebiet vergleichsweise weniger streng als im Naturschutzgebiet.

§ 23 Bgld  
§ 25 Ktn  
§ 8 NÖ  
§ 11 OÖ  
§ 16 Sbg  
§ 6 Stmk  
§ 10 Tir  
§ 26 Vlbgl  
§ 24 Wien

#### 2.4.4. Geschützte Landschaftsteile und Ruhegebiete/Ruhezonen

§ 24 Bgld  
§ 12 OÖ  
§ 12 Sbg  
§ 11 Stmk  
§ 13 Tir  
§ 25 Wien

Kleinräumige Flächen mit besonderer kleinklimatischer, ökologischer, kulturgeschichtlicher oder Erholungsbedeutung können per Verordnung der BVB oder LReg zum **geschützten Landschaftsteil** erklärt werden, was ein Eingriffsverbot bewirkt. In Frage kommen dafür zB kleine Moore, Baumgruppen oder Fundorte von Mineralien und Fossilien. Das Verfahren ist grundsätzlich wie bei Naturschutzgebieten ausgestaltet. Ausnahmebewilligungen sind vorgesehen (vgl auch Agrarklausel). Der Schutz von solchen Flächen muss deutlich niedriger gestuft sein im Vergleich zu einem Naturschutzgebiet oder Nationalpark.

§ 27 Abs 3 Sbg

Darüber hinaus können in manchen Bundesländern Ruhegebiete bzw. Ruhezonen eingerichtet werden. In Salzburg etwa kann die LReg durch Verordnung im Grünland **Ruhezonen** ausweisen, in denen die Ausübung bestimmter, insbesondere das Landschaftsbild, den Erholungswert der Landschaft oder den Naturhaushalt beeinträchtigende sportliche, touristische oder sonstige Aktivitäten zum Schutz der Natur oder zum Schutz besonderer Erholungsräume ganz oder für bestimmte Bereiche untersagt oder nur unter gewissen Voraussetzungen zugelassen ist.

#### 2.4.5. Höhlenschutz

Der Höhlenschutz in Österreich unterstand ursprünglich dem Bundesdenkmalamt. Höhlen wurden daher anfangs unter Denkmalschutz gestellt. Erst später ging die Kompetenz in das Naturschutzrecht und damit in die Landeshoheit über. Einige Länder haben eigene Höhlenschutzgesetze geschaffen, in anderen Ländern regeln die NSchG den Schutz von Naturhöhlen.

Diese sind entweder ex lege geschützt oder können per Bescheid oder Verordnung zur „geschützten Höhle“ erklärt

werden. Der Höhlenschutz verbietet die Zerstörung und die substanzielle Veränderung der Naturhöhle und ihres Eingangsbereichs ohne behördliche Genehmigung.

#### 2.4.6. Europaschutzgebiete



Zur Umsetzung der **FFH-RL** und der **Vogelschutz-RL** haben die meisten Länder für jene Gebiete, die unter diese RL fallen, eine neue Schutzkategorie geschaffen: **Europaschutzgebiete**. In ihnen können auch Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiete enthalten sein. Mit der Errichtung von Europaschutzgebieten soll ein einheitliches europäisches Schutzniveau festgelegt werden, zB bezüglich der von der FFH-RL geforderten

Naturverträglichkeitsprüfung. Das UVP-G sieht für Vorhaben, die einer Umweltverträglichkeitsprüfungspflicht unterliegen, in Europaschutzgebieten niedrigere und damit strengere Schwellenwerte vor.

#### 2.4.8. Naturpark

Europaschutzgebiete, Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete können von der LReg durch Verordnung zum Naturpark erklärt werden. Ein Naturpark ist eigentlich keine eigene Schutzkategorie, sondern es treten der Aspekt der Erholung der Bevölkerung, Vermittlung von Wissen über die Natur und nicht zuletzt touristische Interessen hinzu. In Österreich gibt es derzeit 48 Naturparke, die zusammen eine Fläche von rund 500.000 ha umfassen.<sup>13</sup>

§ 22b Bgld  
§ 24a Ktn  
§ 9 NÖ  
§ 4 OÖ  
§ 22a Sbg  
§ 13a Stmk  
§ 14 Tir  
§ 26 Vlb  
§ 22 Wien

§ 25 Bgld  
§ 26 Ktn  
§ 13 NÖ  
§ 23 Sbg  
§ 8 Stmk  
§ 12 Tir

2.4.9. Nationalpark

Vom Naturpark streng zu unterscheiden ist die strengste Form des Naturschutzes, der **Nationalpark**, der anders als die bereits genannten Schutzgebietskategorien nicht durch Verordnung, sondern durch ein eigenes Gesetz eingerichtet wird. Alle österreichischen Nationalparkgesetze orientieren sich in ihrer Ausgestaltung an den internationalen Richtlinien für Nationalparke, welche die IUCN (The World Conservation Union) herausgibt.

Ein Nationalparkgebiet wird zumeist in Zonen mit unterschiedlicher Schutzintensität eingeteilt. In der **Außen- oder Randzone** gelten strenge Bewilligungspflichten, etwa für die Errichtung von Straßen und anderen baulichen Anlagen. Es kann dort weiterhin Land- und Forstwirtschaft betrieben werden, allerdings nur in wesentlich eingeschränktem Ausmaß. Managementpläne legen strenge ökologische Kriterien fest. In der von der Außenzone umschlossenen **Kernzone** soll die Natur möglichst ursprünglich bleiben, entsprechend höher ist dort auch das Schutzniveau. In **Sonderschutzgebieten** kann jeder Eingriff bis hin zum Betreten ausgeschlossen werden. Ein Sonderschutzgebiet besteht derzeit zB in Teilen der Gemeinde Fusch an der Glocknerstraße.



| Nationalpark               | Bundesländer  | Fläche in km²<br>(gerundet) |
|----------------------------|---------------|-----------------------------|
| Donau-Auen                 | NÖ, Wien      | 93                          |
| Hohe Tauern                | Ktn, Sbg, Tir | 1.857                       |
| Neusiedler See – Seewinkel | Bgld          | 91                          |
| Thayatal                   | NÖ            | 13                          |
| Kalkalpen                  | OÖ            | 209                         |
| Gesäuse                    | Stmk          | 110                         |
| Summe <sup>14</sup>        |               | 2.373                       |



## 2.5. Vertragsnaturschutz – ein Instrument des freiwilligen Naturschutzes

Zur Umsetzung von naturschutzrechtlichen Zielen und Vorhaben sehen die Landesnaturschutzgesetze neben den behördlichen Instrumenten des Naturschutzes zunehmend den sogenannten **Vertragsnaturschutz** vor: Anstatt einseitiger hoheitlicher Unterschutzstellung werden mit dem Grundstückseigentümer auf privatrechtlicher Vertragsbasis bestimmte Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen (zB Förderung einer bestimmten Baumart) oder Vergütungen für die Unterlassung einer Nutzung vereinbart. Diese Vertragsnaturschutzmaßnahmen sind darauf ausgerichtet, den Erhaltungszustand von Arten und Lebensräumen zu verbessern oder die Erreichung von Zielen im Rahmen von Natura 2000 zu unterstützen.

### § 32a Stmk

Die gesetzlichen Grundlagen zum Vertragsnaturschutz sind in den Bundesländern unterschiedlich ausgestaltet. Einige Bundesländer wie zB die Stmk normieren einen Vorrang des Vertragsnaturschutzes vor dem behördlichen Naturschutz. Vor Erlassung von Verordnungen hat die Behörde in dem Fall zu prüfen, ob der Zweck der angestrebten Maßnahme nicht ebenso durch Vereinbarungen des vertraglichen Naturschutzes erreicht werden kann.

Vereinbarungen des Vertragsnaturschutzes haben in Österreich **privatrechtlichen Charakter**. Die Behörde kann solche Vereinbarungen schließen, selbst wenn ausdrückliche Regelungen zum Vertragsnaturschutz im jeweiligen Landesgesetz fehlen. Es bedarf dazu nämlich keiner besonderen gesetzlichen Ermächtigung, nachdem Bund, Länder und Gemeinden aufgrund der Verfassung privatwirtschaftlich tätig sein dürfen.<sup>15</sup>

### Art 17 B-VG Art 116 Abs 2 B-VG

### 2.5.1. BIOSA

Die Naturschutzplattform BIOSA-Biosphäre Austria ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Eigentümern land- und forstwirtschaftlicher Flächen, die sich auf privater Basis bereit erklären, ausgewählte Flächen für Naturschutzprojekte zur Verfügung zu stellen.

Hauptaufgabe der BIOSA ist es, aktiv zum Erhalt der Artenvielfalt von Fauna und Flora beizutragen. Diese Vielfalt spiegelt sich auch in den Projekten wider: So gehören zu den ausgewählten Gebieten seltene Waldgesellschaften genauso wie Moore, Seen, Wasserfälle, Höhlen und Feuchtwiesen in ganz Österreich.

Alle Projekte werden mit den Grundeigentümern und für die Gemeinschaft durchgeführt. Dieses Modell des Vertragsnaturschutzes gewährleistet, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse der Gesellschaft in partnerschaftlicher Zusammenarbeit und ohne Konflikte gelöst werden können.



Derzeit betreut die BIOSA mehr als 3.000 Hektar Vertragsnaturschutzflächen. Die Vertragsnaturschutzmaßnahmen haben idR eine Laufzeit von 10 bis 20 Jahren.

### 1. Jagdrechtliche Benützungsbeschränkungen

Die Jagdgesetze der Bundesländer sehen zum Schutz des Wildes und seines Lebensraumes Sperrmöglichkeiten und andere Benützungsbeschränkungen von Grundflächen vor.

Manche dieser Flächen können im Wald liegen, wo bekanntlich das Betreten und der Aufenthalt im Rahmen des § 33 ForstG grundsätzlich erlaubt sind. Der Landesgesetzgeber kann aber basierend auf dem Jagdgesetz auch Waldflächen sperren, weil Regelungen über die Jagdausübung gemäß der österreichischen Bundesverfassung in den Kompetenzbereich der Länder fallen. Die Länder haben dabei allerdings auf Rechtsvorschriften des Bundes Rücksicht zu nehmen. Läuft ein Landesgesetz einem Bundesgesetz zuwider oder umgekehrt, so wäre dies verfassungswidrig.



Auch wenn keine Tafel darauf hinweist: Jagdfremden Personen ist jede Verfolgung oder Beunruhigung des Wildes verboten. Insbesondere ist das Berühren und Aufnehmen von Jungwild untersagt. Auch das Durchstreifenlassen eines Jagdgebietes von Hunden ist verboten.

### 1.1. Recht auf Betreten geht vor jagdlicher Sperre?

In Österreich gilt nicht die Regel „Bundesrecht bricht Landesrecht“ oder umgekehrt. Bund wie auch Länder dürfen gemäß der Verfassung in ihren Gesetzen zwar kompetenzfremde Bereiche berücksichtigen, dabei darf aber nicht in die jeweils fremde Zuständigkeit eingegriffen werden.

Das heißt im konkreten Fall von jagdlichen Sperrgebieten in Waldflächen, dass diese sowohl den jagdrechtlichen Vorschriften des jeweiligen Bundeslandes als auch den forstrechtlichen Bestimmungen entsprechen müssen.

### 1.2. Arten von Benützungsbeschränkungen

Die Landesjagdgesetze sehen in jeweils unterschiedlicher Form Einschränkungen des Betretungsrechts vor: Beispielsweise in Wildschutzgebieten, auf Brut- und Setzplätzen, in Einstandsgebieten, Ruhezonen, Wildwintergattern, umfriedeten Eigenjagdgebieten, bei bestimmten Reviereinrichtungen oder während Treibjagden.

## 2. Burgenland

### 2.1. Sperre von Zuchtgehegen

Zuchtgehege können von der Eigentümerin oder dem Eigentümer gesperrt werden, wenn dies aus Gründen des Zuchterfolges, der Sicherheit von Personen oder für wissenschaftliche Zwecke erforderlich ist. Die Sperre bedarf einer Bewilligung der Bezirksverwaltungsbehörde. Ist eine Sperre während bestimmter Zeiträume regelmäßig erforderlich, kann die Bewilligung zur Sperre zugleich mit der Bewilligung der Zuchtgehege erteilt werden.



## § 102 Bgld



## 2.2. Wildschutzgebiete

Die Bezirksverwaltungsbehörde kann über Antrag des oder der Jagdausübungsberechtigten im Bereich von Fütterungsanlagen und dazugehörigen Einstandsgebieten sowie im Bereich von Setz-, Brut- und Nistplätzen für vom Aussterben bedrohte Wildarten die zeitlich und örtlich auf das notwendige Ausmaß zu beschränkende Sperre von Grundflächen verfügen, wenn dies zum Schutz der Lebensgrundlagen des Wildes und zur Vermeidung von Wildschäden als Folge der Beunruhigung des Wildes durch den Menschen unerlässlich ist.

Anhörungsberechtigt sind in so einem Verfahren der oder die Eigenjagdberechtigten bzw. der Jagdausschuss bei Genossenschaftsjagden, der Bezirksjägermeister und die Burgenländische Landwirtschaftskammer. Anderen Institutionen, Organisationen oder Einzelpersonen kommt kein Anhörungsrecht zu.

Wildschutzgebiete dürfen außerhalb der zur allgemeinen Benützung bestimmten Straßen und Wege einschließlich der örtlich üblichen Wanderwege nicht betreten oder befahren werden. Von diesem Verbot ausgenommen sind die Grundeigentümer, Nutzungsberechtigte, Jagdausübungsberechtigte und deren Beauftragte.

## 2.3. Kennzeichnung

Die oder der Jagdausübungsberechtigte hat Wildschutzgebiete mit **Hinweistafeln** ausreichend zu kennzeichnen und die Hinweistafeln, auf denen die zeitliche Begrenzung der Sperre ersichtlich sein muss, nach Beendigung der Sperre unverzüglich zu entfernen.



Das Bestehen von Wildschutzgebieten ist außer im **Landesamtsblatt für Burgenland** auch an den **Amtstafeln der Bezirksverwaltungsbehörde** und der **betroffenen Gemeinde** unter genauer Anführung der zeitlichen und örtlichen Begrenzung der Sperre kundzumachen.

Die Landesregierung hat durch Verordnung Größe, Form und Ausgestaltung der Hinweistafeln folgend festgelegt:

Die Hinweistafeln für die Kennzeichnung der Wildschutzgebiete sind nach dem Muster der Verordnung zu gestalten. Sie müssen aus witterungsbeständigem Material mit den Ausmaßen 50 x 25 cm bestehen.

Die Tafeln haben Angaben über die örtlich zuständige Bezirksverwaltungsbehörde, die Geschäftszahl des Bescheides, mit dem das Wildschutzgebiet verfügt wurde, und die zeitliche Begrenzung der verfügten Sperre zu enthalten. Darüber hinaus ist durch die Aufschrift „Wildschutzgebiet“ auf den Zweck dieser Sperre hinzuweisen.



**Unvollständig beschriftete Tafeln stellen keinen verbindlichen Hinweis auf ein bestehendes Wildschutzgebiet dar.**

Die oder der Jagdausübungsberechtigte ist verpflichtet, auf den Tafeln unauslöschbar und unverwischbar die entsprechenden Eintragungen vorzunehmen.

Die Tafeln sind jedenfalls an jenen Stellen anzubringen, wo öffentliche Straßen und Wege, markierte Wege und Forststraßen, Schi-abfahrten und Langlaufloipen in das Wildschutzgebiet führen.

Die Tafeln müssen gut sichtbar und nicht höher als 3 m über dem Boden angebracht sein. Es ist vorzusorgen, dass sie durch Gras, Äste und Unterwuchs nicht verdeckt werden.

## § 97 Bgld JagdVO

## Anlage 27 der VO

## § 98 Bgld JagdVO



§ 70 Ktn

### 3. Kärnten

#### 3.1. Zeitlich und örtlich beschränkte Sperren

Zur Vornahme von **Abschüssen**, die aus außerordentlichen Gründen, wie der Häufung von Wildschadensfällen, Seuchen u.dgl., notwendig sind, kann vom Jagdausübungsberechtigten und wenn der Abschuss abgesehen vom Abschussplan behördlich bewilligt oder durch die Behörde angeordnet wird, von dieser eine Sperre von Teilen des Jagdgebietes im örtlich und zeitlich unbedingt erforderlichen Ausmaß verfügt werden, wenn dies die besonderen Umstände, insbesondere Sicherheitsgründe, bedingen.

Der Jagdausübungsberechtigte kann solche Sperren auch verfügen, wenn außerordentliche Verhältnisse den **Bestand einer Wildart gefährden** und dies die besonderen Umstände bedingen.

Der Jagdausübungsberechtigte hat die Sperre der Bezirksverwaltungsbehörde unverzüglich **anzuzeigen**, die diese bei Fehlen der Voraussetzungen aufzuheben hat.



Soll die Sperre **länger als 1 Woche** dauern oder **mehr als 20 ha** zusammenhängender Fläche umfassen oder für die Festlegung eines Wildschutzgebietes (Abs 1b) dienen, so darf sie nur durch die Bezirksverwaltungsbehörde verfügt werden. Das Gleiche gilt auch für die Verlängerung der Sperre oder ihre Wiederholung im selben Jagdjahr.

Vor der Verfügung, der Verlängerung oder der Wiederholung einer Sperre durch die Bezirksverwaltungsbehörde sind der Bezirksjagdbeirat, die Gemeinden, in denen die Sperrgebiete liegen, und die durch die Sperre betroffenen Vereine, deren Vereinsziel die Förderung der Belange einer kultur- und

landschaftsverbundenen Freizeitgestaltung oder der Erholung der Menschen ist, zu hören.

Soweit eine Sperre nur durch die Bezirksverwaltungsbehörde verfügt werden darf, darf die forstrechtliche Wegefreiheit nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Darüber hinaus ist die Zustimmung des Grundeigentümers erforderlich. Bei der Festlegung einer Sperre, die für die Festlegung eines Wildschutzgebietes dient, darf ein Ausmaß von **10 %** der Fläche des Jagdgebietes nicht überschritten werden. Sperren, die für die Festlegung eines Wildschutzgebietes dienen, dürfen überdies nur im Einklang mit dem wildökologischen Raumplan festgelegt werden.

#### 3.2. Wildschutzgebiete

Darunter versteht das Kärntner Landesjagdgesetz Flächen, die als besonders bevorzugte Einstandsgebiete Ruhezonen für das Wild sind, oder Flächen, die zum Brüten oder Setzen bevorzugt angenommen werden. In Wildschutzgebieten darf nur Wild erlegt oder gefangen werden, das infolge einer Verletzung großen Qualen oder einem Siechtum ausgesetzt oder krank oder seuchenverdächtig ist.

In Wildschutzgebieten dürfen jagdfremde Personen das gesperrte Gebiet abseits von den zur allgemeinen Benutzung bestimmten Straßen und Wegen, einschließlich der örtlich üblichen Wanderwege, sowie abseits von zur allgemeinen Benützung bestimmten Schipisten, Schitourenrouten und Loipen nicht betreten.

Ausgenommen von den Wirkungen dieser Sperre in Wildschutzgebieten sind der oder die Grundeigentümer, sonstige Nutzungsberechtigte und deren Beauftragte sowie Personen in amtlicher Stellung.

§ 70 Abs 1b Ktn



Die Sperre gilt abseits von den zur allgemeinen Benutzung bestimmten Straßen und Wegen einschließlich der örtlich üblichen Wanderwege, sowie abseits von zur allgemeinen Benutzung bestimmten Schipisten, Schitourenrouten und Loipen.

Die Sperre gilt abseits von den zur allgemeinen Benutzung bestimmten Straßen und Wegen einschließlich der örtlich üblichen Wanderwege, sowie abseits von zur allgemeinen Benutzung bestimmten Schipisten, Schitourenrouten und Loipen.



### 3.3. Kennzeichnung

Form und Gestaltung einschließlich des Wortlautes der Hinweistafeln werden durch Verordnung der Landesregierung festgelegt, wobei zum Ausdruck zu bringen ist, dass die Sperre nur abseits von den zur allgemeinen Benutzung bestimmten Straßen und Wegen einschließlich der örtlich üblichen Wanderwege sowie abseits von zur allgemeinen Benutzung bestimmten Schipisten, Schitourenrouten und Loipen gilt.

Unbeschadet sonstiger Möglichkeiten sind die Tafeln jedenfalls an jenen Stellen anzubringen, wo öffentliche Straßen und Wege, zur allgemeinen Benutzung bestimmte Straßen und Wege einschließlich der örtlich üblichen Wanderwege, zur allgemeinen Benutzung bestimmte Schipisten, Schitourenrouten und Loipen sowie Forststraßen in die gesperrte Fläche führen.

Die Hinweistafeln sind nach Beendigung der Sperre unverzüglich zu beseitigen.

Jagdstatistische Daten über zeitliche und örtliche Sperren werden im Jagdkataster zusammengestellt.

### 3.4. Betretungsverbot rund um Rotwildfütterungsanlagen

Abseits von den zur allgemeinen Benützung bestimmten Straßen und Wegen, einschließlich der örtlich üblichen Wanderwege, sowie abseits von zur allgemeinen Benützung bestimmten Schipisten, Schitourenrouten und Loipen ist unbefugten Personen das Betreten eines Bereiches im **Umkreis von 400 m** um eine **beschickte Rotwildfütterungsanlage** untersagt.



Das gesperrte Gebiet ist – wie die Wildschutzgebiete – vom Jagdausübungsberechtigten mittels **Hinweistafeln** an jenen Stellen zu kennzeichnen, wo öffentliche Straßen und Wege, zur allgemeinen Benutzung bestimmte Straßen und Wege einschließlich der örtlich üblichen Wanderwege, zur allgemeinen Benutzung bestimmte Schipisten, Schitourenrouten und Loipen sowie Forststraßen in die gesperrte Fläche führen.

### 3.5. Weitere Betretungsverbote und Benützungsbeschränkungen

Unbefugten ist das **Besteigen von Hochsitzen und Hochständen verboten**.

**Während der Brut- und Setzzeit** des Wildes oder bei einer **Schneelage**, die eine **Flucht des Wildes erschwert**, kann die Bezirksverwaltungsbehörde nach Anhörung der Landwirtschaftskammer und des Bezirksjägermeisters mit **Verordnung** für den gesamten Bezirk oder für Teile davon Hundehalten auftragen, dass **Hunde an der Leine zu führen oder sonst tierschutzgerecht zu verwahren sind**.

### 3.6. Exkurs: Jagd mit Fallen

Nach dem Kärntner Jagdgesetz ist es verboten, in Jagdgebieten Fanggeräte, die nicht unversehrt fangen oder nicht sofort töten, zu verwenden oder erlaubte Fanggeräte zu verwenden, die sich nicht in einem einwandfreien, funktionsfähigen Zustand befinden. Abzugeisen sind verboten, Ausnahmen werden nur in geringfügigem Ausmaß und unter strengen Voraussetzungen erteilt.

Fanggeräte, die unversehrt fangen, sind die Kasten- und Wippfallen für Raubwild, der Norwegische Krähenfang, die

**§ 11 Abs 2 und 3  
DurchführungsVO  
zum Ktn JagdG**

Eichelhäherfalle und der lebendfangende Habichtskorb. Fanggeräte, die das gefangene Raubwild sofort töten, sind die Prügel-, Scheren- und die Conibearfalle.

**3.6.1. Aufstellen von Fanggeräten**

**§ 68 Abs 1 Z 5 Ktn**

Beim Aufstellen ist mit höchster Vorsicht und Umsicht vorzugehen. Gesetzlich ist es verboten, Fanggeräte so aufzustellen, dass eine Gefährdung von Menschen oder Nutztieren, einschließlich Haustieren, eintreten kann.



**§ 11 Abs 6 und 7  
DurchführungsVO  
zum Ktn JagdG**

Fangeisen dürfen in der Nähe von Straßen und Wegen sowie an Orten, die von Menschen und Nutztieren, einschließlich der Haustiere, aufgesucht werden, nicht aufgestellt werden. Der Köder muss so verblendet (abgedeckt) werden, dass er nicht sichtbar ist. Ein für den Marder bestimmtes unverblendetes Ei soll nicht von einem Spaziergänger aufgehoben werden!

Wie immer, wenn jemand zu Schaden kommt und es um die Frage des Schadenersatzes geht, wird vom Gericht geprüft, ob dieser Schaden vorhersehbar war. Unterlässt man jede Vorsicht beim Aufstellen einer Falle nahe einem dicht besiedelten Gebiet, findet sich wahrscheinlich in Kürze eine Hauskatze oder ein kleiner Hund in der Falle. Dies wäre ein typischer Fall für die Vorhersehbarkeit eines Schadenseintritts. Geschieht derselbe Unfall fernab jeder Zivilisation in der tiefsten Dichtung eines erfahrungsgemäß nicht von jagdfremden Personen frequentierten Waldstücks und zudem außerhalb jeder Saison für Beeren oder Pilze, war der Schadenseintritt vergleichsweise nicht vorhersehbar.

**3.6.2. Kennzeichnung: Warnzeichen Fallen**



Gemäß dem Kärntner Jagdgesetz muss auf das Vorhandensein von Fallen durch Anbringung von **Warnzeichen** aufmerksam gemacht werden. Diese Warnzeichen müssen von jedermann unschwer wahrgenommen und als solche erkannt werden können.

**§ 68 Abs 3c Ktn**

Konkret heißt das also, dass je nach den Umständen des Einzelfalls der Anbringungsort eines Warnzeichens so gewählt werden muss, dass es unschwer ersichtlich ist und jagdfremde Personen nicht gefährdet werden können, wenn sie das Warnzeichen beachten.



Der Anbringungsort für Warnzeichen ist so vorausschauend zu wählen, dass jagdfremde Personen die Tafeln unschwer erkennen können und nicht gefährdet werden.





§ 94a NÖ



## 4. Niederösterreich

### 4.1. Wildschutzgebiete

Flächen, die als besonders bevorzugte Einstandsgebiete Ruhe- zonen für das Wild sind, oder solche, die zum Brüten oder Setzen bevorzugt angenommen werden. Diese Gebiete können vom Jagdausübungsberechtigten zur Verhinderung einer Beunruhigung des Wildes und der daraus entstehenden Wildschäden befristet oder unbefristet zu Wildschutzgebieten erklärt werden.

Die Erklärung zum Wildschutzgebiet bedarf der **Bewilligung** durch die Bezirksverwaltungsbehörde. Diese ist zu erteilen, wenn

- der Grundeigentümer zustimmt,
- die Gesamtfläche höchstens 10 % der Fläche des Jagdgebietes beträgt,
- nicht sonstige öffentliche Interessen, wie insbesondere die forstrechtliche Wegfreiheit, unverhältnismäßig eingeschränkt werden.

Die Bezirksverwaltungsbehörde kann die Bewilligung befristen, soweit es zur Erreichung der oben genannten Ziele aus wildbiologischer Sicht erforderlich ist.

Wildschutzgebiete dienen der Verhinderung der Wildbeunruhigung. Solche Ruhe- zonen gewährleisten damit eine verminderte Wildschadensgefahr, welche ein öffentliches Interesse darstellt. Dieses öffentliche Interesse an einer möglichst geringen Wildschadenssituation ist höher einzuschätzen als das Interesse an einer Aufrechterhaltung der forstrechtlichen Wegfreiheit.<sup>1</sup>



### 4.2. Betretungsverbot rund um Wildfütterungen

Während der Fütterungsperiode dürfen jagdfremde Personen den Bereich im **Umkreis von 200 m** von Wildfütterungen abseits von öffentlichen Wegen und Straßen, Wegen im Sinne des NÖ Tourismusgesetzes sowie sonstigen öffentlichen Anlagen nicht betreten.



### 4.3. Sperre von umfriedeten Eigenjagdgebieten

Diese Flächen können vom Jagdausübungsberechtigten ausschließlich während bestimmter Zeiten wie etwa der Setz- oder der Brunftzeit gesperrt werden, wenn dies aus Gründen der Sicherheit von Personen vor Gefahren, die ihre Ursache in dem dort gehaltenen Wild und seiner Lebensweise haben, oder zur Vermeidung von Schäden an dem in der Einfriedung gehaltenen Wild durch übermäßige Beunruhigung erforderlich ist.

Die Sperre bedarf der Bewilligung durch die Bezirksverwaltungsbehörde.

§ 94 Abs 4 NÖ

§ 14 Abs 1  
NÖ Tourismusgesetz

§ 94b Abs 2 NÖ





## § 94 b Abs 3 NÖ

## 4.4. Kennzeichnung

Die Sperre von Wildschutzgebieten, Wildfütterungsbereichen und umfriedeten Eigenjagdgebieten ist vom Jagdausübungsberechtigten durch Hinweise an den in diese Flächen führenden Straßen, Wegen und Steigen sowie durch Hinweise an der Umfriedung kundzumachen.



§ 34 NÖ Jagd VO  
Anlage 21 NÖ  
JagdVO

Das Aussehen der Tafeln hat die NÖ Landesregierung durch Verordnung folgend bestimmt:

Die kreisrunden Tafeln sind in grüner Farbe mit einem in der Mitte horizontal verlaufenden weißen Streifen auszuführen. Der Durchmesser hat 40 bis 45 cm zu betragen, während der weiße Streifen eine Breite von etwa einem Fünftel des Durchmessers aufzuweisen hat. Die Tafeln haben in schwarzer Aufschrift die Worte „Jagdliches Sperrgebiet Betreten verboten“ bzw. „Befristetes jagdliches Sperrgebiet Betreten verboten“ bzw. „Wildschutzgebiet Betreten verboten“ zu enthalten.

## 4.5. Wirkung der Sperre

Jagdfremde Personen dürfen Wildschutzgebiete und gesperrte umfriedete Eigenjagdgebiete abseits von öffentlichen Wegen und Straßen, Wegen im Sinne des § 14 Abs 1 NÖ Tourismusgesetz und sonstigen öffentlichen Anlagen nicht betreten. Selbes gilt für den Umkreis von 200 m rund um Wildfütterungsbereiche während der Fütterungsperiode.

Personen, die entgegen diesen Bestimmungen in einem Wildschutzgebiet oder in einem gesperrten umfriedeten Eigenjagdgebiet angetroffen werden, haben dieses über Aufforderung unverzüglich zu verlassen. Nicht berechtigte Personen begehen jedoch bereits beim Betreten der gesperrten Fläche eine Verwaltungsübertretung.

## § 94b Abs 1 NÖ

**Die Strafbarkeit des Betretens setzt also keine Aufforderung zum Verlassen voraus!**

Vom Betretungsverbot ausgenommen sind die Grundeigentümer, die sonst Nutzungsberechtigten sowie deren Beauftragte und überdies Personen, deren Berechtigung oder Verpflichtung zum Betreten in einer amtlichen Stellung oder amtlichen Ermächtigung gelegen ist.

Die Jagdausübung in Wildschutzgebieten hat sich auf den Jagdschutz und auf den Abschuss kranker oder seuchenverdächtiger Tiere zu beschränken.

Einen Weg nach Bewilligung eines Wildschutzgebietes zum Tourismusweg zu erklären, läuft nicht nur dem Sinn bzw. Schutzzweck eines solchen Gebiets zuwider, sondern ist auch rechtswidrig.<sup>2</sup>

## 4.6. Sperrgebiete während Treibjagden

Mit den Vorschriften über **Treibjagdsperrgebiete** soll die **Gefährdung** von Personen während Jagden weitgehend ausgeschlossen werden. Bei jeder Art von Treibjagd ist der **Sicherheit** höchste Aufmerksamkeit zu schenken.

Unter Treibjagd versteht das niederösterreichische Jagdgesetz Jagden, an denen mindestens zehn Personen teilnehmen (Jäger und Treiber). Treibjagden an Sonn- und Feiertagen sind verboten, außer die bejagten Gebiete sind so gelegen, dass eine Störung des Gottesdienstes ausgeschlossen ist.

Treibjagden – ausgenommen auf Schwarzwild – sind nicht in der Zeit vom 1. Februar bis 15. September abzuhalten. In umfriedeten Eigenjagdgebieten besteht ein Treibjagdverbot von 1. Februar bis 15. September.

Auf der gleichen Fläche (in umfriedeten Eigenjagdgebieten auf der Gesamtfläche) dürfen Treibjagden an nicht mehr als acht Tagen des Jagdjahres durchgeführt werden.

## § 94 Abs 3 NÖ

## § 95 Abs 1 Z 6 NÖ



Zur Überprüfung der jagdrechtlichen Bestimmungen kann die örtlich zuständige Bezirksverwaltungsbehörde verlangen, dass ihr eine Treibjagd drei Werktage vorher schriftlich angezeigt wird. Es besteht jedoch keinerlei generelle Anmeldepflicht von Treibjagden.

**Während Treibjagden** sind die betreffenden Flächen mit der Wirkung **gesperrt**, dass jagdfremde Personen das betreffende Gebiet abseits von öffentlichen Wegen und Straßen, Wegen iSd NÖ Tourismusgesetzes und sonstigen öffentlichen Anlagen nicht betreten dürfen. Personen, die in einem solchen Gebiet angetroffen werden, haben dieses über Aufforderung unverzüglich zu verlassen. Auch während Treibjagden ist die Strafbarkeit bereits beim Betreten gegeben und nicht erst, wenn die Person sich auch nach Aufforderung weigert, die betreffenden Flächen zu verlassen.

§ 14 Abs 1  
NÖ TourismusG

§ 135 Abs 1 Z 24 NÖ



Gilt am: \_\_\_\_\_  
von: \_\_\_\_\_  
bis: \_\_\_\_\_ Uhr



Aus Sicherheitsgründen sollten Warntafeln („Befristetes jagdliches Sperrgebiet“ – gilt am Datum von XX – XX Uhr) und/oder Gefahrenzeichen („Andere Gefahren“ in Verbindung mit dem Zusatz „Jagdbetrieb“ oder „Treibjagd“) auf den wichtigsten von Trieben betroffenen Straßen und Wegen aufgestellt werden. Anrainer, Spaziergänger und Freizeitsportler können so von einem aktuell stattfindenden Trieb informiert werden.

## 5. Oberösterreich

### 5.1. Ruhezonen

Zum Schutz des Rotwildes vor Beunruhigung kann der Jagd ausübungsberechtigte bei der Bezirksverwaltungsbehörde eine Ruhezone beantragen.

In einer solchen Zone kann die Behörde während der Notzeit das Betreten von Grundflächen in einem Umkreis bis zu 300 m von Futterplätzen verbieten, wenn dies zur Vermeidung waldgefährdender Wildschäden notwendig ist.

Durch das Verbot darf nach dem Wortlaut des Gesetzes die Benützung des Waldes zu Erholungszwecken nicht unzumutbar eingeschränkt werden. Darum hat die Behörde die Möglichkeit, das Verbot auf bestimmte Benützungszeiten einzuschränken. Dem Schutzzweck des Wildes vor Beunruhigung und der Vermeidung von Wildschäden im Wald soll dadurch freilich nicht zuwider gelaufen werden.

Parteien im Verfahren sind der Jagd ausübungsberechtigte und die Eigentümer der betroffenen Grundflächen. Anzuhören sind der Bezirksjagdbeirat und die Gemeinde, in der die beantragte Ruhezone liegt, sowie jene durch das Vorhaben betroffenen Vereine, deren Vereinsziel die Förderung der Belange einer natur- und landschaftsverbundenen Freizeitgestaltung und Erholung der Menschen ist. Diesen kommt jedoch kein subjektives Recht, sondern lediglich ein Anhörungsrecht zu, was bedeutet, dass die Betroffenen zwar inhaltliche Stellungnahmen abgeben können, die Behörde diese aber nicht berücksichtigen muss. Die Frist zur Abgabe von Stellungnahmen beträgt vier Wochen.

Den Anhörungsberechtigten steht nur ein eingeschränktes Beschwerderecht gegen den die Ruhezone betreffenden Bescheid zu, etwa wenn sie nicht gehört wurden oder nur



§ 56a OÖ



betreffend einer allfälligen ungerechtfertigten Einschränkung der Benützung zu Erholungszwecken.

Ruhezonen dürfen nicht betreten und nicht befahren werden. Ausgenommen von diesem Verbot sind der Grundeigentümer, der Nutzungsberechtigte und der Jagdausübungsberechtigte oder von diesen ermächtigte Personen sowie Organe der Behörden in Ausübung ihres Dienstes.

### 5.3. Kennzeichnung



Der Jagdausübungsberechtigte hat Ruhezonen durch entsprechende Hinweistafeln, die von jedermann leicht wahrgenommen werden können und auf denen das Betretungsverbot deutlich zum Ausdruck kommt, zu kennzeichnen. Er hat die Hinweistafeln nach Ablauf der für die Ruhezone festgelegten Frist unverzüglich zu entfernen.

### 5.3. Wildwintergatter

#### § 56b OÖ

Ein Wildwintergatter ist eine eingezäunte Fläche eines Jagdgebietes, die aus Gründen des Schutzes land- und forstwirtschaftlicher Kulturen vor Wildschäden zur vorübergehenden Haltung von Wild im Winter bestimmt ist.



Die Errichtung eines Wildwintergatters bedarf der Bewilligung der Bezirksverwaltungsbehörde. Ist der Bewilligungswerber nicht selbst Eigentümer der betreffenden Grundflächen, so hat er dessen Zustimmung nachzuweisen.

Die Bewilligung ist zu erteilen, wenn der Zweck des Wildwintergatters sichergestellt ist, wenn ungünstige Auswirkungen,

insbesondere auf außerhalb des Wildwintergatters bestehende Wildwechsel, ausgeschlossen werden können und wenn die freie Begehrbarkeit von Wanderwegen, Steigen undgl sowie im Fall der Waldinanspruchnahme die Erholungswirkung des Waldes nicht unzumutbar eingeschränkt werden. Erforderlichenfalls ist die Bewilligung unter Bedingungen, befristet oder mit Auflagen, insbesondere über die Größe, die Wilddichte, die zeitliche Begrenzung, die Einzäunung und die Fütterung zu erteilen.

Die Bewilligung ist zu widerrufen, wenn der Zweck des Wildwintergatters weggefallen oder nicht mehr sichergestellt ist oder im Bewilligungsbescheid enthaltene Bedingungen und Auflagen nicht eingehalten werden.

Parteien, Anhörungsberechtigte und Stellungnahmefristen sind wie im Verfahren über Ruhezonen geregelt.



© shutterstock.com/Wolfgang Kruck



## § 101 Abs 4 Sbg

## § 66 Abs 5 und 6 Sbg

## § 106 Sbg



## 6. Salzburg

Grundsätzlich schickt das Salzburger Jagdgesetz ausdrücklich voraus, dass jagdfremde Personen ohne Zustimmung des Jagdinhabers ständige Ansitze, Hochsitze, Fütterungsanlagen udgl nicht benützen oder betreten dürfen. Über dieses grundsätzliche Verbot – das auch ohne Kennzeichnung gilt – sind noch andere Sperrgebiete zu beachten. So dürfen nicht nur Fütterungsanlagen selbst nicht betreten werden, es gilt beispielsweise bei Rotwildfutterplätzen während der Fütterungsperiode, einen Abstand von 200 m (auf bis zu 400 m von der Behörde erstreckbar) einzuhalten.

## 6.1. Notfallsperren

Die Jagdbehörde kann auf Ansuchen des Jagdinhabers die Sperre von Teilen des Jagdgebietes im zeitlich oder örtlich unbedingten erforderlichen Ausmaß bewilligen,

- wenn bei **außerordentlichen Verhältnissen** (Notzeiten) ansonsten der örtliche **Bestand** einer Wildart **gefährdet** wäre oder
- wenn dies zur Vornahme von **Abschüssen**, die aus **außerordentlichen Gründen**, wie bei Häufung von Wildschadensfällen, Seuchen udgl, notwendig sind oder die von der Jagdbehörde bewilligt oder angeordnet wurden, erforderlich ist und dies die besonderen Umstände, insbesondere die Sicherheit von Personen und Sachen erfordern.

**Ausnahme bei Gefahr im Verzug: Vor der Bewilligung darf eine Notfallsperre vom Jagdinhaber nur verfügt werden, wenn bei Vorliegen der vorgenannten Voraussetzungen und Gefahr im Verzug die Bewilligung nicht rechtzeitig erlangt werden konnte.**



Solche Sperren sind jedoch unverzüglich der Jagdbehörde anzuzeigen und sogleich nach Wegfall des Grundes oder der Aufhebung durch die Jagdbehörde, jedenfalls spätestens eine Woche nach ihrer Verfügung zu beseitigen.

Sie dürfen nur Gebiete bis zu 10 ha zusammenhängender Grundfläche erfassen und sich nicht auf Grundflächen beziehen, die innerhalb des Jagdjahres bereits Gegenstand einer solchen Sperre waren.

## 6.2. Habitatschutzgebiete

Folgende Gebiete können von der Landesregierung im Verordnungsweg zu Habitatschutzgebieten erklärt werden:

- Aufenthaltsgebiete von heimischem Wild, das im Land Salzburg vom Aussterben bedroht und ganzjährig geschont ist, soweit dies zur Erhaltung der Wildpopulation erforderlich ist und
- Gebiete in Kernzonen, die der jeweiligen Wildart als Setz-, Einstands- und Äsungsgebiete dienen, soweit dies erforderlich ist, um waldgefährdende Wildschäden zu verhindern und geeignete Lebensräume für das betreffende Wild zu erhalten.

Vor Erlassung der Verordnung sind die betroffenen Jagdinhaber, Grundeigentümer, Gemeinden, Fremdenverkehrsverbände, der Alpenverein Landesverband Salzburg und die Landesleitung Salzburg der Naturfreunde Österreich zu hören.

In Habitatschutzgebieten ist das Betreten oder Befahren mit Fahrzeugen aller Art durch jagdfremde Personen außerhalb von öffentlichen Straßen und Wegen sowie sonstigen Wegen, die für die allgemeine Benützung bestimmt sind (zB Wanderwege und -steige, Schipisten, Tourenrouten, Schitourenaufstiege und -abfahrten, Langlaufloipen), untersagt.

## § 107 Sbg



In der Verordnung kann auch die befristete Sperre solcher Straßen und Wege vorgesehen werden, wenn dies zum Erreichen des Schutzzweckes unumgänglich ist. Bei einer solchen Sperre ist nach Möglichkeit ein entsprechender Umgehungsweg festzulegen.

Bei Kletterrouten können Einschränkungen durch die Festlegung bestimmter Zugänge angeordnet werden. Die Verordnung hat alle Straßen und Wege sowie Kletterrouten, die befahren oder betreten werden dürfen, zu beinhalten.

Darüber hinaus kann in einem Habitatschutzgebiet die Verwendung von Luftfahrzeugen zu Sportzwecken untersagt oder nur mit bestimmten Luftfahrzeugen oder unter Einhaltung bestimmter Flughöhen, Flugzeiten oder Flugrouten für zulässig erklärt werden.

Die Bejagung des Wildes kann in der Verordnung im Schutzgebiet oder in Teilen davon ganzjährig oder auf bestimmte Jahreszeiten auf den Abschuss kranker oder seuchenverdächtiger Tiere beschränkt werden, wenn anzunehmen ist, dass dadurch keine waldgefährdenden Wildschäden ausgelöst werden.

Soweit es sich bei einem Schutzgebiet um Flächen in Kernzonen handelt, die der jeweiligen Wildart als Setz-, Einstands- und Äsungsgebiete dienen, kann die Landesregierung, soweit es zur Erreichung der im Gesetz genannten Ziele (Lebensraum-erhaltung für das betreffende Wild, Verhinderung waldgefährdender Schäden) erforderlich ist, dem Jagdinhaber mit Bescheid die Durchführung von besucherlenkenden Maßnahmen sowie die Beobachtung der Wildschadensentwicklung einschließlich ihrer Ursachen (Wildschadenmonitoring) vorschreiben.

### 6.3. Wildbiotopschutzgebiete

Von den Habitatschutzgebieten zu unterscheiden sind die sogenannten Wildbiotopschutzgebiete.

Darunter versteht das Salzburger Jagdgesetz kleinräumige Landschaftsflächen, die zum Schutz von in diesem Gebiet seltenen oder bedrohten, erhaltungswürdigen Wildarten von besonderer Bedeutung sind. Insbesondere sind dies Aufzucht-, Brut- und Nistgelegenheiten sowie Balzplätze.

Jene Flächen können mit Zustimmung der betroffenen Grundeigentümer, des Jagdinhabers und der sonst Nutzungsberechtigten sowie nach Anhörung der betroffenen Gemeinde, des Alpenverein Landesverbands Salzburg und der Landesleitung Salzburg der Naturfreunde Österreich durch Verordnung der Landesregierung zu Wildbiotopschutzgebieten erklärt werden.

In der Wildbiotopschutzgebiets-Verordnung können Eingriffe in die Natur untersagt und ein allgemeines Wegegebot angeordnet werden, soweit dies der Schutzzweck erfordert.

Maßnahmen im Rahmen der ordnungsgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung sowie der Jagd und Fischerei können nur untersagt werden, wenn der Schutzzweck nicht anders erreicht werden kann.

### 6.4. Futterplätze

Jagdfremde Personen dürfen Futterplätze für Rotwild während der Fütterungsperiode im Bereich mit einem Radius von 200 m um den Futterplatz nicht betreten oder befahren.

Dieser Bereich kann von der Jagdbehörde durch Verordnung auch abweichend festgelegt werden, wenn dies die besondere Lage eines Futterplatzes erfordert. Der

#### § 108 Sbg



#### § 107 Abs 1 lit b und Abs 6 Sbg



größte Durchmesser des Bereiches darf jedoch 400 m nicht überschreiten.

Das Verbot gilt nicht für Verrichtungen in Ausübung des Grundeigentums sowie für bestehende Straßen, Wege, Schipisten, Schitourenrouten und Loipen, die für die allgemeine Benützung bestimmt sind.

#### § 66 Abs 5 und 6 Sbg

Neue Wege, Schipisten, Schitourenrouten und Loipen dürfen in diesen Bereichen rund um Futterplätze nur mit Bewilligung der Jagdbehörde errichtet werden.

Der Jagdinhaber oder bei Rotwildfütterungen die Hegegemeinschaft hat den Fütterungsbereich durch Hinweistafeln zu kennzeichnen, die bei Auflösung der Fütterung unverzüglich zu beseitigen sind. Auf den Hinweistafeln sind Beginn und Ende der Sperrzeit anzuführen.



### 6.5. Wildwintergatter

#### § 67 Sbg

Die Landesregierung kann auf Antrag des Jagdinhabers mit Zustimmung des betroffenen Grundeigentümers die Errichtung und den Betrieb von Wildwintergattern bewilligen, wenn anders waldgefährdende Wildschäden nicht vermieden oder das Rotwild in einer Kernzone nicht erhalten werden kann.

Die Bewilligung kann nur erteilt werden, falls Standort, Größe, Ausstattung, Betriebsweise und Betriebsdauer den Bedürfnissen des Wildes entsprechen und die Schutz- und Erholungswirkung des Waldes oder naturschutzrechtlich besonders geschützte Lebensräume durch das Wildwintergatter nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Der Alpenverein Landesverband Salzburg und die Landesleitung Salzburg der Naturfreunde Österreich haben im Verfahren ein Anhörungsrecht.



Beginn und Ende der jährlichen Wintergatterung sind der Jagdbehörde vorher anzuzeigen. Die Bewilligung erlischt, wenn die Wintergatterung ein Jahr hindurch unterbleibt. Bei Auflösung des Wintergatters sind alle nicht mehr erforderlichen Einrichtungen vom Jagdinhaber unverzüglich zu beseitigen.

Wildwintergatter dürfen von jagdfremden Personen nur mit Zustimmung des Jagdinhabers betreten oder befahren werden.



Der Jagdinhaber hat das Wildwintergatter zu kennzeichnen. Auf den Hinweistafeln sind Beginn und Ende der Sperrzeit anzuführen.

### 6.6. Kennzeichnung



Nach dem Jagdgesetz gesperrte Gebiete sind vom Jagdinhaber mittels Hinweistafeln an jenen Stellen zu kennzeichnen, wo öffentliche Straßen und Wege, markierte Wege, Forststraßen, Jägersteige und sonstige Anlagen, die für die allgemeine Benützung bestimmt sind, in die gesperrte Fläche führen.

Die im Jagdgesetz vorgesehenen Hinweistafeln sind laut Verordnung der Landesregierung zu gestalten:

1. die Hinweistafeln für Fütterungsbereiche (§ 66 JagdG) gemäß dem in der Anlage 1 enthaltenen Muster;
2. die Hinweistafeln für Wildwintergatter (§ 67 JagdG) gemäß dem in der Anlage 2 enthaltenen Muster;

#### § 24 Sbg NSchG

#### §§ 66 Abs 6, 67 Abs 5 und 105 Abs 3 Sbg

#### VO der Sbg LReg vom 6. März 1997 über die Hinweistafeln für jagdliche Sperr- und Schutzgebiete



3. die Hinweistafeln für Notfallsperregebiete (§ 106 JagdG) gemäß den in den Anlagen 3 oder 4 enthaltenen Mustern. Anstelle der darin dargestellten Tiermotive kann auch das in der Anlage 5 dargestellte Tiermotiv verwendet werden;
4. die Hinweistafeln für Habitatschutzgebiete und Wildbiotopschutzgebiete gemäß den Mustern der Anlagen 5 und 6. Als Tiermotiv kann wahlweise eines der in diesen Anlagen oder in den Anlagen 3 und 4 dargestellten Tiermotive verwendet werden.

Der Durchmesser der Hinweistafeln hat ungefähr 40 cm zu betragen. Auf weißem Grund sind das jeweilige Tier- oder Landschaftsmotiv grünweiß und die Beschriftung in schwarzer Farbe auszuführen.



§ 51 Stmk

## 7. Steiermark

### 7.1. Wildschutzgebiete

Die Bezirksverwaltungsbehörde kann über Antrag der/des Jagdausübungsberechtigten im Bereich von

- genehmigten Wildwintergattern,
- genehmigten Fütterungsanlagen und dazugehörigen Einstandsgebieten sowie
- im Bereich von Brut- und Nistplätzen des Auer- und Birkwildes

Grundflächen zum Zwecke der Ausweisung von Wildschutzgebieten sperren, wenn dies zum Schutze der Lebensgrundlagen des Wildes und zur Vermeidung von Wildschäden als Folge der Beunruhigung des Wildes durch den Menschen unerlässlich ist.

Die Sperre hat sich zeitlich und örtlich auf das notwendige Ausmaß zu beschränken.

Anhörungsberechtigt sind im Verfahren der Bezirksjägermeister, die zuständige Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft und die örtlich bestehenden alpinen Vereine.

Wildschutzgebiete dürfen außerhalb der zur allgemeinen Benützung dienenden Straßen und Wege einschließlich der örtlich üblichen Wanderwege sowie außerhalb der örtlich üblichen Schiführen, Schiabfahrten und Langlaufloipen nicht betreten oder befahren werden (Wegegebot). Forststraßen innerhalb von Wildschutzgebieten, die als Zufahrt zur genehmigten Fütterungsanlage dienen, dürfen, sofern sie nicht markierte Wanderwege sind, nicht betreten oder befahren werden.

Von diesem Verbot ausgenommen sind der Grundeigentümer, Nutzungsberechtigte, der Jagdausübungsberechtigte und deren Beauftragte sowie Personen, die aufgrund ihrer gesetzlichen oder behördlichen Ermächtigung zum Betreten oder Befahren solcher Flächen befugt sind.

### 7.2. Kennzeichnung



Der Jagdausübungsberechtigte hat Wildschutzgebiete mit Hinweistafeln, auf denen die zeitliche Begrenzung der Sperre ersichtlich ist, ausreichend zu kennzeichnen. Die Landesregierung hat durch Verordnung Größe, Form und Ausgestaltung der Hinweistafeln festgelegt.

Abgesehen von der Kennzeichnung in der Natur ist das Bestehen von Wildschutzgebieten in der „Grazer Zeitung“, an den Amtstafeln der Bezirksverwaltungsbehörde und der





betroffenen Gemeinde unter genauer Anführung der zeitlichen und örtlichen Begrenzung der Sperre kundzumachen.

Ändern sich die Voraussetzungen, die für die Verfügung des Wildschutzgebietes maßgebend waren, beispielsweise durch die Auflassung einer Rotwildfütterung, ist eine Überprüfung der Genehmigung durchzuführen. Allenfalls ist die Auflassung des Wildschutzgebietes mit Bescheid aufzutragen und die Hinweistafeln sind unverzüglich zu entfernen.

### 7.3. Wildwintergatter

#### § 4 Stmk

Das steiermärkische Jagdgesetz versteht unter Wildwintergattern eingefriedete Flächen eines Jagdgebietes, die aus Gründen des Schutzes land- und forstwirtschaftlicher Kulturen vor Wildschäden zur vorübergehenden Haltung von Rotwild bestimmt sind.

Darüber hinaus gibt es noch Gatter zu anderen Zwecken wie beispielsweise Forschungs-, Eingewöhnungs- und Aufzuchtgatter.

Für die Errichtung und den Betrieb von all diesen Wildgattern hat der Grundeigentümer um Genehmigung bei der Bezirksverwaltungsbehörde anzusuchen. Dem Ansuchen sind Projektunterlagen, insbesondere zweifacher Lageplan, Beschreibung der Anlage und Zielbestand beizulegen.

Die Behörde hat eine Genehmigung zu befristen und sie erforderlichenfalls unter Vorschreibung von Bedingungen und Auflagen (insbesondere über die Mindestgröße, die Wilddichte, die Umzäunung, die Fütterung und den Zeitpunkt des Öffnens und Schließens des Gatters) zu erteilen, sofern gewährleistet ist, dass der Zweck des Wildgatters sichergestellt wird und ungünstige Auswirkungen, insbesondere auf außerhalb des Wildgatters bestehende Wildwechsel, tunlichst ausgeschlossen werden. Überdies ist auf die forstrechtlichen Bestimmungen Bedacht zu nehmen.

Anzuhören sind der Bezirksjägermeister und die Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft.

Ändern sich die Voraussetzungen, die für die Errichtung und den Betrieb eines Wildgatters maßgebend waren (zB durch großräumige Windwürfe, Veränderungen im Bereich benachbarter Fütterungen), ist eine Überprüfung der Genehmigung durchzuführen und die erforderliche Änderung der Genehmigung oder die Auflassung des Wildgatters bescheidmäßig anzuordnen.

Wildgatter, die ausschließlich oder vorwiegend dazu dienen, das Wild im Gatter zu erlegen, sind verboten und dürfen nicht errichtet bzw. betrieben werden. Die Errichtung und der Betrieb von Wildgattern ohne Genehmigung, das Nichtbetreiben eines genehmigten Wildgatters sowie die Auflassung eines genehmigten Wildgatters ohne Genehmigung und ohne vorherige Umsetzung der vorgeschriebenen Begleitmaßnahmen sind strafbar.

Um die Auflassung eines unbefristet genehmigten Wildgatters ist bei der Behörde spätestens zwei Jahre vor der beabsichtigten Auflassung anzusuchen. Bei befristet genehmigten Wildgattern ist spätestens zwei Jahre vor Ablauf der Genehmigung die Auflassung der Anlage der Behörde mitzuteilen oder um eine neue Genehmigung des Wildgatterbetriebes anzusuchen. Wird nicht oder nicht rechtzeitig um eine neue Genehmigung angesucht, so hat die Behörde amtswegig die erforderlichen Begleitmaßnahmen für die Auflassung auf Kosten des Grundeigentümers bescheidmäßig vorzuschreiben. Die Auflassung darf erst dann erfolgen, wenn durch die Umsetzung der von der Behörde vorgeschriebenen erforderlichen Begleitmaßnahmen sichergestellt ist, dass ungünstige Auswirkungen auf den Lebensraum sowie Wildschäden tunlichst ausgeschlossen werden.

Anzuhören sind wie im Genehmigungsverfahren auch bei der geplanten Auflassung eines Wildgatters der



Bezirksjägermeister und die Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft.

#### 7.4. Genehmigte Fütterungsanlagen

##### § 50 Stmk

Fütterungen für Rotwild dürfen über Antrag des Jagd ausübungsberechtigten nur aufgrund einer Genehmigung der Bezirksverwaltungsbehörde errichtet und betrieben werden. Dem Ansuchen sind Projektunterlagen, insbesondere zweifacher Lageplan, Beschreibung der Anlage und Zielbestand beizulegen.

Zur Genehmigung bedarf es der Zustimmung des Grundeigentümers, auf dessen Grund die Fütterung errichtet werden soll. Anzuhören sind der Bezirksjägermeister und die Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft.

Fütterungen für Rotwild dürfen nur außerhalb des rotwildfreien Gebietes genehmigt werden. Die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von Fütterungen für Rotwild darf nur unter Bedachtnahme auf die regionalen Interessen der Jagd und der Land- und Forstwirtschaft erfolgen. Die Genehmigung ist zu befristen und erforderlichenfalls unter Vorschreibung von Bedingungen und Auflagen (wie insbesondere die Dauer der jeweiligen Fütterungsperiode und den Zielbestand) zu erteilen.

Das Nichtbetreiben einer genehmigten Fütterung sowie die Auflassung einer genehmigten Fütterung ohne vorherige Umsetzung der vorgeschriebenen Begleitmaßnahmen sind strafbar.

Ändern sich die Voraussetzungen, die für die Errichtung und den Betrieb einer Fütterung maßgebend waren (zB durch gehäuftes Auftreten von Wildschäden insbesondere bei flächenhafter Gefährdung des forstlichen Bewuchses, Käferbefall, großräumige Windwürfe, Veränderungen im Bereich benachbarter Fütterungen usw), ist eine Überprüfung der

Genehmigung durchzuführen und die erforderliche Änderung der Genehmigung oder die Auflassung der Fütterung bescheidmäßig anzuordnen.

Der Bezirksjägermeister, der Hegemeister und das beeidete Jagdschutzpersonal haben die Einhaltung der Vorschriften über Fütterungen zu kontrollieren und wahrgenommene Übertretungen der Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen.

#### 7.5. Betretungsverbot bei Treib-, Drück- und Lappjagden

Für die Dauer von Treib-, Drück- und Lappjagden dürfen zur Hintanhaltung einer Gefährdung von Personen und Sachen jagdfremde Personen das bejagte Gebiet abseits von öffentlichen Straßen und Wegen oder solcher Wege, welche allgemein als Verbindung zwischen Ortschaften und Gehöften benützt werden, nicht betreten. Jagdfremde Personen sind Personen, die von der oder dem Jagd ausübungsberechtigten zur Ausübung der Jagd weder zugelassen sind noch verwendet werden.

Ziel dieser Bestimmung ist es, eine Gefährdung von Personen und Sachen zu vermeiden und gleichzeitig die Ausübung des Jagdrechts zu ermöglichen. Zur Umsetzung ist in erster Linie das beeidete Jagdschutzorgan vorgesehen.

Jagdfremde Personen, die in bejagten Gebieten angetroffen werden, haben diese über Aufforderung durch das beeidete Jagdschutzpersonal unverzüglich zu verlassen. Zuwiderhandeln ist ein Verwaltungsstraßbestand. Das Jagdschutzpersonal und erforderlichenfalls die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes sind befugt, die Identität der Person(en) festzustellen und Anzeige(n) zu erstatten.

Der Aufenthalt von jagdfremden Personen im Bereich von Treibjagden stellt ein Sicherheitsrisiko dar. Die Jagd wird daher

##### § 52 Abs 5 Stmk



zu unterbrechen, an einen anderen Ort zu verlegen oder abzubrechen sein.

Weigert sich die Person, ihre Identität bekanntzugeben, so kann das Jagdschutzorgan die Polizei verständigen. Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen sind nämlich erforderlichenfalls die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes zur Mitwirkung an der Vollziehung der Bestimmungen über das Betretungsverbot während Treibjagden berufen. Die Polizei hat gleichfalls zum Verlassen bzw zur Bekanntgabe der Identität aufzufordern. Es ist zwar keine Festnahme wegen Verharren oder Fluchtgefahr möglich, es drohen der Person bei Anzeige an die Bezirksverwaltungsbehörde jedoch Strafen bis zu € 2.200.

Der Jagdausübungsberechtigte (Jagdveranstalter) kann zusätzlich mit den Mitteln des Zivilrechts (Besitzstörungs-, Unterlassungsklage) gegen Jagdstörer vorgehen und entstandene Schäden im Wege von Schadenersatzklagen geltend machen.



#### § 45 Tir

## 8. Tirol

### 8.1. Sperrflächen

Die Bezirksverwaltungsbehörde kann auf Antrag des Jagdausübungsberechtigten die Sperre von Grundflächen **in der Umgebung von Futterplätzen** in einem solchen örtlichen und zeitlichen Umfang verfügen, als dies erforderlich ist, um in Notzeiten eine Beunruhigung des Wildes an Futterplätzen, an denen die Fütterung zur Vermeidung waldgefährdender Wildschäden notwendig ist, hintanzuhalten.

#### § 46 Tir

Gemäß dem Tiroler Jagdgesetz darf dem Rotwild nur in winterlichen Notzeiten eine Fütterung dargeboten werden. Futterplätze sind weiters den örtlichen Gegebenheiten angepasst und tunlichst abseits örtlich üblicher Wanderwege, Schiführen und Schiabfahrten anzulegen.



Die Sperrflächen in der Umgebung von Futterplätzen dürfen außerhalb der zur allgemeinen Benützung bestimmten Straßen und Wege einschließlich der örtlich üblichen Wanderwege sowie außerhalb der örtlich üblichen Schiführen und Schiabfahrten nicht betreten oder befahren werden. Von diesem Verbot ausgenommen sind der Grundeigentümer, der Nutzungsberechtigte, der Jagdausübungsberechtigte und deren Beauftragter sowie Personen, die kraft ihrer amtlichen Stellung oder behördlichen Ermächtigung zum Betreten oder Befahren solcher Flächen befugt sind.

### 8.2. Kennzeichnung



Dem Jagdausübungsberechtigten obliegt es, die Sperrflächen mit Hinweistafeln ausreichend zu kennzeichnen. Die Hinweistafeln sind nach Beendigung der Sperre unverzüglich zu entfernen.

Größe, Form und Ausgestaltung der Hinweistafeln hat die Landesregierung per Verordnung festgelegt:

Die Tafeln sind nach dem Muster in kreisrunder Form mit einem Durchmesser von mindestens 40 cm herzustellen. Sie sind in grüner Farbe zu halten und haben in der Mitte einen waagrecht verlaufenden weißen Streifen aufzuweisen, dessen Breite etwa ein Drittel des Durchmessers betragen muss. Sie haben ferner in gut lesbarer schwarzer Schrift die Worte „Gesperrrter Wildfütterungsbereich. Bitte nicht betreten.“ zu enthalten.

#### § 45 Abs 3 Tir

#### § 5 und Muster der Anlage 6 der Zweiten DurchführungsvO zum Tiroler JagdG





### § 33 Abs 1 und 2 VlbG

## 9. Vorarlberg

### 9.1. Wildruhezonen

Das Vorarlberger Jagdgesetz normiert als Wildruhezone

- den Bereich im Umkreis von **300 m** um einen **Fütterplatz** für Rotwild während der Fütterungsperiode, sofern die Behörde diesen Bereich nicht aufgrund der besonderen örtlichen Gegebenheiten mit Verordnung einschränkt,
- **Wildwintergatter** während der Zeit, in der das Wild in diesen gehalten wird.

Die Behörde kann ferner **Einstandsgebiete** in Gegenden, in welchen das Wild in besonderem Maße Störungen ausgesetzt ist, durch Verordnung als **Wildruhezonen** festlegen, soweit dies erforderlich ist, um waldgefährdende Wildschäden zu verhindern oder den Lebensraum des Wildes zu erhalten. Letzteres gilt insbesondere für Standorte von Wild, welches in Vorarlberg vom Aussterben bedroht und ganzjährig geschont ist, soweit dies zur Erhaltung der Wildpopulation erforderlich ist. Vor der Erlassung einer Verordnung betreffend Wildruhezonen in einem Einstandsgebiet sind die betroffenen Gemeinden, der Jagdverfügungsberechtigte und der Jagdnutzungsberechtigte zu hören.

### 9.2. Sperrgebiete zur Erfüllung der Abschussverfügung

Zur Durchführung von Abschüssen, die aufgrund besonderer behördlicher Verfügung innerhalb bestimmter Frist vorzunehmen sind, kann die Behörde die Sperre von Gebieten im örtlich und zeitlich unbedingt erforderlichen Ausmaß mit Verordnung anordnen, wenn dies für eine gefahrlose und zeitgerechte Erfüllung der Abschussverfügung notwendig ist.

### § 49 Abs 4 VlbG

### § 33 Abs 6 VlbG

### § 33 Abs 3 VlbG



### 9.3. Betretungsverbot in Wildruhezonen und Sperrgebieten zur Erfüllung der Abschussverfügung

Sowohl Wildruhezonen als auch Sperrgebiete für die Abschusserfüllung dürfen von jagdfremden Personen nicht betreten werden.

Ausgenommen vom Verbot sind:

- Verrichtungen in Ausübung des Grundeigentums,
- die Benützung von Straßen, Wanderwegen, Schiabfahrten und Loipen, die für die allgemeine Benützung bestimmt sind, es sei denn, die Behörde hat in Wildruhezonen mit Verordnung zur Gewährleistung einer ungestörten Nahrungsaufnahme des Wildes anderes verfügt. Vor einer solchen Verordnung sind die betroffenen Gemeinden, der Jagdverfügungsberechtigte und der Jagdnutzungsberechtigte zu hören,
- behördliche Maßnahmen, soweit sie nach anderen Vorschriften unbedingt notwendig sind; in Wildwintergattern ist davor der Jagdnutzungsberechtigte oder das Jagdschutzorgan anzuhören.

### 9.4. Kennzeichnung



Der Jagdnutzungsberechtigte hat die Wildruhezonen und Sperrgebiete durch Hinweistafeln zu kennzeichnen. Die Hinweistafeln sind nach Beendigung der Sperre unverzüglich zu beseitigen. Bei jährlich wiederkehrenden Sperren sind auf den Hinweistafeln Beginn und Ende der Sperrzeit anzuführen.

### § 33 Abs 4 VlbG



## § 24 JagdVO

Die Landesregierung hat durch Verordnung folgende nähere Bestimmungen über die Gestaltung der Hinweistafeln und ihre Aufstellung erlassen:

Für die Kennzeichnung der Wildruhezonen und der Sperrgebiete sind die in der Anlage 3 dargestellten Hinweistafeln mit einem Durchmesser von 40 cm zu verwenden.

Der Beginn und das Ende der Wildruhe bzw. der Sperrzeit sind auf einer unterhalb der Hinweistafel anzubringenden rechteckigen Zusatztafel (20 cm x 30 cm) anzuführen. Weiters ist auf der Zusatztafel darauf hinzuweisen, dass das Betretungsverbot nicht für Berechtigte nach § 33 Abs 4 des Jagdgesetzes gilt.

Die Behörde kann darüber hinaus die Anbringung einer Skizze der Abgrenzung der Wildruhezone bzw. des Sperrgebietes auf der Zusatztafel anordnen.

Die Hinweistafeln samt Zusatztafeln sind in solcher Anzahl und an solchen Orten im Gelände, insbesondere neben Straßen, Wanderwegen, Schiabfahrten und Loipen aufzustellen, dass die Abgrenzung der Wildruhezone bzw. des Sperrgebietes gut erkennbar ist.



## 10. Wien

## § 76 Wien

Wenn sich in einem Jagdgebiet die Verminderung von Wild, ausgenommen Federwild, im Interesse der durch dieses geschädigten Land- und Forstwirtschaft oder aus sonstigen öffentlichen Rücksichten als notwendig herausstellt, so hat der Magistrat diese nötigenfalls ziffernmäßig festzusetzende Verminderung anzuordnen oder über Ansuchen zu gestatten.



## § 9 Wien

Diese Verminderung ist sodann selbst während der Schonzeit durchzuführen.

Anlässlich der Durchführung eines Zwangsabschlusses in Form einer Treibjagd auf Grundstücken, auf denen sonst die Jagd ruht, kann vom Magistrat eine Sperre eines Jagdgebietes oder von Teilen eines solchen im örtlich und zeitlich unbedingt notwendigen Ausmaß verfügt werden, wenn dies die besonderen Umstände, insbesondere Sicherheitsgründe, verlangen.

Eine solche Sperre bewirkt, dass mit Ausnahme des Grundeigentümers, sonstiger Nutzungsberechtigter und deren Beauftragter sowie Personen in amtlicher Stellung jagdfremde Personen das gesperrte Gebiet weder betreten noch befahren dürfen.

## 10.2. Kennzeichnung



Das gesperrte Gebiet ist vom Jagdausübungsberechtigten mittels geeigneter Hinweistafeln an jenen Stellen zu kennzeichnen, wo öffentliche Straßen und Wege, markierte Wege, Forststraßen und Jägersteige oder sonstige Zugänge in die gesperrte Fläche führen.

Die Hinweistafeln sind nach Beendigung der Sperre unverzüglich zu beseitigen.



## 11. Sicherheitsvorkehrungen bei Gesellschaftsjagden allgemein

Wie vorangehend dargelegt, bestehen in den Bundesländern unterschiedliche Bestimmungen betreffend Treibjagden. Explizite Sperrgebietsregelungen gibt es derzeit nur in der Steiermark, in Niederösterreich und Wien.

Oberstes Gebot ist unabhängig von der unterschiedlichen Rechtslage in den Bundesländern die allgemeine Sicherheit. Deswegen sei an dieser Stelle grundsätzlich zu folgenden Maßnahmen für ein minimiertes Risiko und einen möglichst reibungslosen Ablauf einer Jagd geraten:

### Bekanntmachung bei der Exekutive

Dringend empfohlen ist, die örtliche Exekutive zeitgerecht über eine geplante Treibjagd zu informieren:

- bejagte Revierteile
- zeitlicher Ablauf:  
Beginn, Mittagsrast, voraussichtliches Ende

### Verständigung betroffener Anrainer

#### Beschilderung des gesperrten Gebiets

- Warntafeln („Befristetes jagdliches Sperrgebiet“ – gilt am *Datum* von XX - XX Uhr) und/oder Gefahrenzeichen („Andere Gefahren“) mit einer Zusatztafel „Jagdbetrieb“ oder „Treibjagd“ an den von den Trieben betroffenen Straßen, Wegen und Loipen informieren Anrainer und Freizeitsportler.
- Die Beschilderung ist zu Hinweis- und Beweis Zwecken insbesondere auch bei Jagdstörungen dienlich.

- Manchmal „verschwinden“ Hinweistafeln. Entsprechende Fotos mit Zeitvermerk dienen der Dokumentation und Absicherung in Streitfällen.



© fotolia.com/TwilightArtPictures



Gilt am: \_\_\_\_\_  
von: \_\_\_\_\_  
bis: \_\_\_\_\_ Uhr



## 12. Schneller Überblick

### Burgenland

§ 11 Bgld

- Sperre von Zuchtgehe-  
gen *Bewilligung der BH*

§ 102 Bgld

- Wildschutzgebiete *Auf Antrag Jagdausübungs-  
berechtigter Verfügung der BH*

### Kärnten

§ 70 Ktn

- Zeitlich und örtlich  
beschränkte Sperren (Ab-  
schüsse; Bestandsgefähr-  
dung einer Wildart) *Jagdausübungsberechtig-  
ter hat zeitlich und örtlich  
beschränkte Sperren der BH  
anzuzeigen. Wenn Sperre  
> 1 Woche oder  
> 20 ha zusammenhängende  
Fläche oder Wildschutzgebiet  
-> Verfügung durch BH*
- Wildschutzgebiete  
(Einstandsgebiete, Ruhezo-  
nen, Brut-/Setzplätze)

§ 61 Abs 13 Ktn

- Betretungsverbot rund  
um Rotwildfütterungsan-  
lagen *Umkreis von 400 m, wenn  
Fütterung beschickt*

### Niederösterreich

§ 94a NÖ

- Wildschutzgebiete *Wildschutzgebiet nur mit Be-  
willigung der BH, Zustimmung  
des Grundeigentümers, max  
10 % der Jagdgebietsfläche*

§ 94 Abs 4 NÖ

- Betretungsverbot Umkreis  
200 Meter Wildfütte-  
rungsanlagen während  
Fütterungsperiode

### Niederösterreich

- Sperre von umfriedeten Ei-  
genjagdgebieten während  
bestimmter Zeiten *Bewilligung durch die BH*
- Sperrgebiete während  
Treibjagden *Keine Anmeldepflicht für  
Treibjagden; BH kann schrift-  
liche Anzeige drei Werktage  
vorher verlangen*

§ 94b Abs 2 NÖ

§ 94b Abs 3 NÖ

### Oberösterreich

- Ruhezonen *Auf Antrag des Jagdaus-  
übungsberechtigten; Mög-  
lichkeit der Beschränkung auf  
gewisse Benützungszeiten*
- Wildwintergatter *Zustimmung Grundeigentü-  
mer nötig*

§ 56a OÖ

§ 56b OÖ

### Salzburg

- Notfallsperren (Gefähr-  
dung örtlicher Bestand  
einer Wildart während  
Notzeit; Abschüsse aus au-  
ßerordentlichen Gründen) *Ausnahme bei Gefahr in  
Verzug; Notfallsperre vor  
Bewilligung vom Jagdinhaber  
verfügt, ist unverzüglich der  
BH anzuzeigen; bei Wegfall  
des Grundes/Bewilligung,  
spätestens aber 1 Woche ab  
Verfügung zu beseitigen*
- Habitatschutzgebiete *VO der Landesregierung*

§ 106 Sbg

§ 107 Sbg



**Salzburg****§ 108 Sbg**

- Wildbiotopschutzgebiete *Kleinräumigere Flächen; nur mit Zustimmung Grundeigentümer, Jagdinhaber und sonst Nutzungsberechtigte*

**§ 66 Sbg**

- Futterplätze für Rotwild während Fütterungsperiode Radius von 200 Metern *Radius für Betretungsverbot kann von BH auf bis max 400 m erstreckt werden*

**§ 67 Sbg**

- Wildwintergatter *Bewilligung der Landesregierung auf Antrag Jagdinhaber mit Zustimmung Grundeigentümer*

**Steiermark****§ 51 Stmk**

- Wildschutzgebiete *Im Bereich von genehmigten Wildwintergattern, genehmigten Fütterungsanlagen und dazugehörigen Einstandsgebieten und von Brut- und Nistplätzen von Auer-/Birkwild*

**§ 52 Abs 5 Stmk**

- Betretungsverbot bei Treib-, Drück- und Lappjagden

**Tirol**

- Sperrflächen in der Umgebung von Futterplätzen in Notzeiten *Kein Betreten oder Befahren abseits von zur allgemeinen Benützung bestimmten Straßen und Wegen, Wanderwegen und örtlich üblichen Schiführen und Abfahrten*

**Vorarlberg**

- Wildruhezonen *Im Umkreis von 300 m um einen Rotwildfutterplatz während Fütterungsperiode und Wildwintergatter während Haltung und per VO in bestimmten Einstandsgebieten*

- Sperrgebiete zur Erfüllung von Abschussverfügungen *Verordnung der BH*

**Wien**

- Sperrgebiete bei Zwangsabschuss *Zwangsabschuss in Form einer Treibjagd auf Grundstücken, auf denen die Jagd sonst ruht*  
  
*-> Sperre durch Magistrat*

**§ 45 Tir****§§ 33 und 49 Abs 4 VlbG****§§ 9 und 76 Wien**

### 13. Übersicht Strafbestimmungen in den Landesjagdgesetzen

#### BURGENLAND

##### § 184 Abs 1 Z 1

| Verwaltungsübertretung   | Sanktion  |
|--|---|
| Anlegen oder Führen von Wildgehegen ohne Bewilligung (§ 11 Abs 1) oder wer sie bei Widerruf nicht oder nicht in vorgeschriebener Frist auflässt (§ 12 Abs 1) | <b>Geldstrafe von € 360 bis € 3.600 oder Freiheitsstrafe von 4 Tagen bis 6 Wochen</b> |

##### § 184 Abs 2 Z 2

|   |  |
|---|--|
| Sperre eines Zuchtgeheges ohne Bewilligung (§ 11 Abs 7) | <b>Geldstrafe von € 36 bis € 1.800 oder Freiheitsstrafe von 24 Stunden bis zu 4 Wochen</b> |
|---|--|

##### § 184 Abs 3 Z 15

|   |  |
|---|--|
| Betreten oder Befahren von Wildschutzgebieten entgegen den Bestimmungen des § 102 Abs 2 | <b>Geldstrafe bis € 1.100 oder Freiheitsstrafe bis zu 2 Wochen</b> |
|---|--|

##### § 184 Abs 3 Z 16

|   |  |
|---|--|
| Wer für die Dauer einer Treib-, Drück- oder Lappjagd ein bejagtes Gebiet unbefugt betritt oder dieses über Aufforderung nicht unverzüglich verlässt (§ 106 Abs 3) | <b>Geldstrafe bis € 1.100 oder Freiheitsstrafe bis zu 2 Wochen</b> |
|---|--|

##### § 184 Abs 3 Z 20

|  |  |
|--|--|
| Wer sonstigen Geboten, Verboten oder Beschränkungen des Bgld JagdG, einer Verordnung nach diesem Gesetz sowie Auflagen, Bedingungen und Fristen in Bescheiden zuwiderhandelt | <b>Geldstrafe bis € 1.100 oder Freiheitsstrafe bis zu 2 Wochen</b> |
|--|--|

Der Versuch ist strafbar.

Die Bezirksverwaltungsbehörde hat den Burgenländischen Landesjagdverband von jeder rechtskräftigen Bestrafung nach dem Jagdgesetz in Kenntnis zu setzen.

#### Verwaltungsübertretung

#### Sanktion

Wer abseits von den zur allgemeinen Benützung bestimmten Straßen und Wegen, einschließlich der örtlich üblichen Wanderwege, sowie abseits von zur allgemeinen Benützung bestimmten Schipisten, Schitourenrouten und Loipen den Bereich im Umkreis von 400 m um eine beschickte Rotwildfütterungsanlage betritt

Verstoß gegen die Warnzeichenverpflichtung bei Fallen (§ 68 Abs 3c)

Wer den Bestimmungen über die Anbringung und Beseitigung der Kennzeichnung eines gesperrten Gebietes (§ 70 zeitlich und örtlich beschränkte Sperren) zuwiderhandelt

Der Versuch ist strafbar.

Die Bezirksverwaltungsbehörde hat die Kärntner Jägerschaft über jedes rechtskräftige Straferkenntnis in Kenntnis zu setzen.

**Geldstrafe bis € 1.450. Bei Vorliegen erschwerender Umstände, insbesondere wenn durch die Übertretung ein erheblicher jagdwirtschaftlicher Nachteil eingetreten oder der Täter schon einmal wegen der gleichen strafbaren Handlung bestraft worden ist, ist der Täter mit einer Geldstrafe bis zu € 2.180 zu bestrafen. Im Straferkenntnis kann auch auf den Verlust der Fähigkeit zum Besitz einer Jagdkarte auf höchstens 5 Jahre oder auf Verlust der Jagdkarte erkannt werden.**

#### KÄRNTEN

##### § 98 Abs 1 Z 1

##### § 98 Abs 1 Z 23e

##### § 98 Abs 1 Z 24

## NIEDERÖSTERREICH

## § 135 Abs 1 Z 23

| Verwaltungsübertretung   | Sanktion   |
|--|--|
| Sperre eines umfriedeten Eigenjagdgebietes ohne Bewilligung (§ 94 Abs 2) | <b>Geldstrafe von € 15.000 oder Freiheitsstrafe bis 6 Wochen</b> |

## § 135 Abs 1 Z 24

Betreten eines gesperrten Jagdgebietes oder wer dieses nach Aufforderung nicht unverzüglich verlässt (§§ 94 und 94b)

## § 135 Abs 1 Z 30

Wer einem in diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes verfügten sonstigen Verbot oder Gebot zuwiderhandelt

Der Versuch ist strafbar.

Von jeder auf Grund dieses Gesetzes erfolgten rechtskräftigen Bestrafung ist der NÖ Landesjagdverband in Kenntnis zu setzen.

Der NÖ Landesjagdverband hat eine zentrale Strafkartei anzulegen. Mitteilungen aus dieser Strafkartei dürfen nur an die mit der Vollziehung dieses Gesetzes befassten Behörden erfolgen.

Geldstrafen fließen dem NÖ Landesjagdverband zu, der sie zur Unterstützung für einzelne Mitglieder oder zur Vorsorge gegen Schäden bei Veranstaltungen des NÖ Landesjagdverbandes zu verwenden hat. Über die Verwendung ist ein Nachweis zu führen, der der Landesregierung über Aufforderung zur Einsichtnahme vorzulegen ist.

| Verwaltungsübertretung  | Sanktion                       |
|---|--------------------------------|
| Wer der Kennzeichnungs- oder der Entfernungspflicht des § 56a Abs 5 nicht nachkommt | <b>Geldstrafe von € 2.200.</b> |

|   |   |
|---|---|
| Wer ein Wildwintergatter ohne Bewilligung errichtet oder in Bescheiden enthaltene Bedingungen, Befristungen oder Auflagen nicht einhält (§ 56b) | <b>Im Straferkenntnis kann auch die Jagdkarte entzogen und auf den zeitlichen oder dauernden Verlust der Fähigkeit, eine Jagdkarte zu erlangen, erkannt werden.</b> |
| Unbefugtes Betreten oder Befahren von Ruhezonon (§ 56a)   |   |

Der Versuch ist strafbar.

Dem Oberösterreichischen Landesjagdverband ist eine Ausfertigung eines jeden solchen Straferkenntnisses zuzustellen, sobald dieses rechtskräftig ist.

| Verwaltungsübertretung   | Sanktion                       |
|--|--------------------------------|
| Wer ein Wildwintergatter (§ 67) oder ein Wildgehege (§ 68) ohne die gesetzlich vorgesehene Bewilligung errichtet oder betreibt | <b>Geldstrafe von € 10.000</b> |

Wer den Bestimmungen des § 101 Abs 1 über das unbefugte Betreten von Jagdgebieten zuwiderhandelt

## OBERÖSTERREICH

## § 95 Abs 1 lit m

## § 95 Abs 1 lit n

## § 95 Abs 1 lit r

## SALZBURG

## § 158 Abs 1 Z 16

## § 158 Abs 1 Z 26

## SALZBURG

## § 158 Abs 1 Z 29

## Verwaltungsübertretung

## Sanktion

Wer den Bestimmungen des § 105 Abs 3 über die Anbringung und Beseitigung der Kennzeichnung gesperrter Gebiete zuwiderhandelt

**Geldstrafe von  
€ 10.000**

## § 158 Abs 1 Z 30

Wer Wildtierzuchtgatter entgegen den Bestimmungen der §§ 109 bis 112 errichtet oder betreibt

## § 158 Abs 2

Wer den folgenden Bestimmungen und den hiezu erlassenen Verordnungen oder besonderen behördlichen Anordnungen zuwiderhandelt:

**Geldstrafe bis  
€ 3.000 oder  
Freiheitsstrafe  
bis zu 1 Woche**

- Errichtung und Auflassung von Rotwildfutterplätzen und Betretungsverbot in deren Umkreis (§ 66 Abs 2 und 5)
- Betreten oder Befahren eines Wildwintergatters von jagdfremden Personen ohne Zustimmung des Jagdinhabers; Kennzeichnungspflichten des Wildwintergatters; Beseitigungspflichten nach Auflösung des Wintergatters (§ 67 Abs 6)<sup>3</sup>
- Leinenzwang für Hunde (§ 101 Abs 3)

## Verwaltungsübertretung

## Sanktion

- Betreten oder Benützen von ständigen Ansitzen, Hochsitzen, Fütterungsanlagen udgl ohne Zustimmung des Jagdinhabers (§ 101 Abs 4)
- Betretungsverbot Notfall-sperrgebiete (§ 106 Abs 2)
- Betretungsverbote, Benützungsbegrenzungen und Bejagungsbeschränkungen in Habitatschutzgebieten (§ 107 Abs 3 bis 5)

**Geldstrafe bis  
€ 3.000 oder  
Freiheitsstrafe  
bis zu 1 Woche**

Auch der Versuch ist strafbar.

Der Jagdinhaber ist neben dem Jagdleiter strafbar, wenn er die Verwaltungsübertretung wissentlich duldet oder es bei der Auswahl des Jagdleiters an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen.

## Verwaltungsübertretung

## Sanktion

Übertretungen des Jagdgesetzes und der auf Grund desselben erlassenen Vorschriften oder besonderen Anordnungen

**Geldstrafe bis € 2.200**

Auch der Versuch ist strafbar.

Geldstrafen und der Erlös verfallener Gegenstände fließen dem Land Steiermark zu.

Mit dem Straferkenntnis ist, insofern es sich nicht um den Ersatz von Jagd- und Wildschäden handelt, auch der Ersatz des durch die Übertretung verursachten Schadens aufzuerlegen.

## SALZBURG

## § 158 Abs 2

## § 158 Abs 3 und 4

## STEIERMARK

## § 77

## § 80

## § 81

## TIROL

## § 70 Abs 2 lit m

## Verwaltungsübertretung

Wer entgegen dem § 45 Abs 2 Sperrflächen betritt oder befährt

## Sanktion

**Geldstrafe bis  
€ 1.500.**

**Im Straferkenntnis kann auch auf den zeitlichen oder dauernden Verlust der Fähigkeit, eine Tiroler Jagdkarte oder Jagdgastkarte zu erlangen, erkannt werden.**

Der Versuch ist strafbar.

Dem Tiroler Jägerverband ist eine Ausfertigung jeder rechtskräftigen Entscheidung in Verwaltungsstrafsachen zu übersenden.

## VORARLBERG

## § 68 Abs 1 lit j

## Verwaltungsübertretung

Wer eine Wildruhezone oder ein Sperrgebiet entgegen § 33 Abs 4 betritt, die Kennzeichnung nicht gemäß § 33 Abs 7 vornimmt oder die Hinweistafeln nicht gemäß § 33 Abs 7 beseitigt

## Sanktion

**Geldstrafe bis  
€ 7.000**

Der Versuch ist strafbar.

## § 68 Abs 5 und 7

Die Geldstrafen sowie die Erlöse aus der Verwertung verfallener Gegenstände fließen der Gemeinde zu.

## WIEN

## § 129 Abs 1a

## Verwaltungsübertretung

Verstoß gegen das Betretungs- und Befahrungsverbot während Treibjagden zur Durchführung eines Zwangsabschlusses und Kennzeichnungspflichten des Jagdausübungsberechtigten (§ 76 Abs 5 und 6)

## Sanktion

**Geldstrafe bis  
€ 1.400\***

Der Versuch ist strafbar.

Von jeder auf Grund dieses Gesetzes ergangenen rechtskräftigen Straferkenntnis ist der Wiener Landesjagdverband in Kenntnis zu setzen.

\*) Bei Vorliegen erschwerender Umstände, insbesondere wenn der Täter schon mehrfach wegen Übertretungen nach diesem Gesetz bestraft worden ist, ist der Täter mit einer Geldstrafe bis zu € 2.100 zu bestrafen. Ist der Täter bereits wegen einer Übertretung nach diesem Gesetz rechtskräftig bestraft worden, kann im Straferkenntnis auch auf den Verlust der Fähigkeit zum Besitz einer Jagdkarte auf die Dauer von längstens drei Jahren erkannt werden.

Wasser ist wohl eines der wichtigsten, wenn nicht sogar das allerwichtigste Gut der Menschheit. Daher unterliegt der Bereich Wasser unzählbar vielen Regelungen, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Die Zielsetzung wasserrechtlicher Bestimmungen liegt vor allem darin, das Wasser in seinem natürlichen Kreislauf und in allen Aggregatzuständen (Fließgewässer, stehende Gewässer, Grundwasser, Schnee, Eis, Dampf) vor nachteiligen Eingriffen zu schützen sowie eine Vorsorge für die Erhaltung einwandfreier Wasserreserven zu leisten. Weiters in der Sanierung bereits verunreinigter Gewässer, dem Schutz von Mensch und Eigentum vor Wassergefahren, dem Hochwasserschutz sowie in der Ordnung der an die vorhandenen Wasserressourcen gestellten Nutzungsansprüche und in der Sicherung der zustehenden Nutzungsbefugnisse an Gewässern.

Auf europäischer Ebene hat die „Europäische Wasserrahmenrichtlinie“ das Ziel, die rechtlichen Rahmenbedingungen für Wasserpolitik innerhalb der Europäischen Union zu vereinheitlichen und auf eine nachhaltige und umweltverträgliche Wassernutzung hinzuwirken.

In Österreich ist das Wasserrecht in Gesetzgebung und Vollziehung Sache des Bundes. Wichtigste Rechtsquelle ist das **Wasserrechtsgesetz (WRG)**, mit den Regelungsschwerpunkten Benützung der Gewässer, Schutz und damit auch die Reinhaltung der Gewässer, sowie auch dem Schutz vor allen drohenden Gefahren hinsichtlich des Wassers selbst.

### 1. Rechtliche Eigenschaft der Gewässer – Benutzung und Einschränkung

Wesentlich ist die Unterscheidung nach öffentlichen und privaten Gewässern.

#### Öffentliche Gewässer sind:

- die im Anhang A zum WRG namentlich aufgezählten Ströme, Flüsse, Bäche und Seen mit allen ihren Armen, Seitenkanälen und Verzweigungen
- Gewässer, die schon vor Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes anlässlich der Erteilung einer wasserrechtlichen Bewilligung als öffentliche behandelt wurden, von der betreffenden Stelle angefangen
- Alle übrigen Gewässer, sofern sie nicht in diesem Bundesgesetz ausdrücklich als Privatgewässer bezeichnet werden

#### Zu den privaten Gewässern zählen:

- das in einem Grundstück enthaltene unterirdische Wasser (Grundwasser) und das aus einem Grundstück zutage quellende Wasser
- die sich auf einem Grundstück aus atmosphärischen Niederschlägen sammelnden Wässer
- das in Brunnen, Zisternen, Teichen oder anderen Behältern enthaltene und das in Kanälen, Röhren usw. für Verbrauchszwecke abgeleitete Wasser

Ferner, soweit nicht die Bestimmungen des § 2 Abs 1 lit a und b entgegenstehen,

- Seen, die nicht von einem öffentlichen Gewässer gespeist oder durchflossen werden;
- die Abflüsse aus den vorgenannten Gewässern bis zu ihrer Vereinigung mit einem öffentlichen Gewässer.



- Für die dem Salzmonopol unterliegenden Salzquellen, für die zum Bergregal gehörenden Zementwässer und für die Grubenwässer gelten die bezüglichlichen besonderen gesetzlichen Bestimmungen.
- Die Seen, die nicht von einem öffentlichen Gewässer gespeist oder durchflossen werden und die Abflüsse aus den vorgenannten Gewässern bis zu ihrer Vereinigung mit einem öffentlichen Gewässer, sind – insofern nichts anderes nachgewiesen wird – als Zugehör der Grundstücke zu betrachten, auf oder zwischen denen sie sich befinden und zwar nach Maßgabe der Uferlänge eines jeden Grundstückes.

## 2. Öffentliches Wassergut

§ 4  
§ 38

Wasserführende und verlassene Bette öffentlicher Gewässer sowie deren Hochwasserabflussgebiet sind öffentliches Wassergut, wenn der Bund als Eigentümer in den öffentlichen Büchern eingetragen ist. Sie gelten aber bis zum Beweis des Gegenteiles auch dann als öffentliches Wassergut, wenn sie wegen ihrer Eigenschaft als öffentliches Gut in kein öffentliches Buch aufgenommen sind oder in den öffentlichen Büchern ihre Eigenschaft als öffentliches Gut zwar ersichtlich gemacht, aber kein Eigentümer eingetragen ist.

Entsprechende Flächen, die die Österreichische Bundesforste AG im eigenen oder fremden Namen verwaltet, sind nicht öffentliches Wassergut.

Eisenbahngrundstücke sowie Grundstücke, die zu einer öffentlichen Straßen- oder Wegeanlage gehören oder in der Verwaltung eines Bundesbetriebes stehen, zählen ebenso nicht zum öffentlichen Wassergut.

## 3. Benutzung der Gewässer und deren Einschränkung

Bei der Benutzung von Gewässern und allfälligen Beschränkungen muss zwischen privaten und öffentlichen Gewässern sowie der Art und Intensität der Nutzung unterschieden werden.

Die Benutzung der **öffentlichen Gewässer** ist innerhalb der durch die Gesetze gezogenen Schranken grundsätzlich jedermann gestattet. Bezieht sich die Benutzung jedoch lediglich auf das Bett und geht sie hiebei über den Gemeingebrauch hinaus, so ist jedenfalls die Einwilligung des Grundeigentümers erforderlich.

Die Benutzung der **Privatgewässer** steht mit den durch Gesetz oder durch besondere Rechtstitel begründeten Beschränkungen denjenigen zu, denen sie gehören.

### 3.1. Gemeingebrauch an öffentlichen und privaten Gewässern

Die Benutzung der öffentlichen Gewässer ist innerhalb der durch das Wasserrechtsgesetz gezogenen Schranken gestattet. Der Gebrauch an privaten Gewässern ist auf die Befriedigung der notwendigsten Wasserbedürfnisse beschränkt.

In **öffentlichen Gewässern** ist der gewöhnliche ohne besondere Vorrichtungen vorgenommene, die gleiche Benutzung durch andere nicht ausschließende Gebrauch des Wassers, wie insbesondere zum **Baden, Waschen, Tränken, Schwimmen, Schöpfen**, dann die **Gewinnung von Pflanzen, Schlamm, Erde, Sand, Schotter, Steinen und Eis**, schließlich die Benutzung der **Eisdecke** überhaupt, soweit dadurch weder der Wasserlauf, die Beschaffenheit des Wassers oder die Ufer gefährdet noch ein Recht verletzt oder ein öffentliches Interesse beeinträchtigt noch jemandem ein Schaden zugefügt wird, ohne besondere Bewilligung der Wasserrechtsbehörde

§ 5

§ 8

unentgeltlich erlaubt. Nicht vom Gemeingebrauch umfasst sind zB Badeanstalten und gewerblich veranstaltete Canyoning-Touren usw.<sup>1</sup>

Der „**kleine**“ Gemeingebrauch an Privatgewässern ist eine Eigentumsbeschränkung zur Befriedigung notwendiger Wasserbedürfnisse.<sup>2</sup> Der Gebrauch des Wassers der privaten Flüsse, Bäche und Seen zum **Tränken und zum Schöpfen mit Handgefäßen** ist, soweit er ohne Verletzung von Rechten oder öffentlicher oder privater Interessen stattfindet, jedermann und ohne besondere Erlaubnis sowie ohne Bewilligung der Wasserrechtsbehörde gestattet. Die Benutzung darf nur über die dazu **erlaubten Zugänge** erfolgen. Die gewerbliche Nutzung von Privatgewässern überschreitet jedenfalls die aus dem Gemeingebrauch erfließenden Rechte.<sup>3</sup>

Die Wasserrechtsbehörde kann über die Ausübung des Gemeingebrauches **wasserpolizeiliche Anordnungen** treffen, durch die das öffentliche Interesse und die Ausübung des Gemeingebrauches durch andere gewahrt oder die **Grenzen des Gemeingebrauches** näher bezeichnet werden.

### 3.2. Besondere Wasserbenutzung an öffentlichen Gewässern und privaten Tagwässern



Einer Bewilligung der Wasserrechtsbehörde bedarf jede über den Gemeingebrauch hinausgehende Benutzung der öffentlichen Gewässer sowie die Errichtung oder Änderung der zur Benutzung der Gewässer dienenden Anlagen.

Auf Antrag hat die Behörde festzustellen, ob eine bestimmte Benutzung eines öffentlichen Gewässers über den Gemeingebrauch hinausgeht.

Die Benutzung der privaten Tagwässer sowie die Errichtung oder Änderung der hiezu dienenden Anlagen bedarf dann einer Bewilligung der Wasserrechtsbehörde, wenn hiedurch auf fremde Rechte oder infolge eines Zusammenhanges mit öffentlichen Gewässern oder fremden Privatgewässern auf das Gefälle, auf den Lauf oder die Beschaffenheit des Wassers, namentlich in gesundheitsschädlicher Weise, oder auf die Höhe des Wasserstandes in diesen Gewässern Einfluss geübt oder eine Gefährdung der Ufer, eine Überschwemmung oder Versumpfung fremder Grundstücke herbeigeführt werden kann.

Gehören die gegenüberliegenden Ufer eines fließenden Privatgewässers verschiedenen Eigentümern, so haben diese, wenn kein anderes nachweisbares Rechtsverhältnis obwaltet, nach der Länge ihres Uferbesitzes ein Recht auf die Benutzung der Hälfte der vorüberfließenden Wassermenge.

### 3.3. Benutzung des Grundwassers

Der **Grundeigentümer** benötigt zur Benutzung des Grundwassers für den **notwendigen Haus- und Wirtschaftsbedarf** keine Bewilligung der Wasserrechtsbehörde, wenn die

§ 9

§ 8

§ 10

## § 364 ABGB

Förderung nur durch handbetriebene Pump- oder Schöpfwerke erfolgt oder wenn die Entnahme in einem angemessenen Verhältnis zum eigenen Grund steht. Ob eine Entnahme tatsächlich im „angemessenen Verhältnis zum eigenen Grund“ steht, ist im Einzelfall zu prüfen. Dabei kann es nur um den eigenen Grund rund um die Wasserentnahmestelle gehen, um einen eventuellen Entnahmetrichter abzudecken und Auswirkungen auf fremde Liegenschaften zu vermeiden.<sup>4</sup>

## Rechtsprechung

„Notwendiger Haus- und Wirtschaftsbedarf“ meint den – durch das eigene Grundwasser angemessen zu deckenden – Bedarf für eine **geschlossene Wirtschaftseinheit**. Der Wasserbedarf für die eigene Gärtnerei ist bspw. davon erfasst. Die (Mit-)Versorgung eines Nachbargrundstückes stellt bereits eine über den notwendigen (eigenen) Haus- und Wirtschaftsbedarf hinausgehende Grundwassernutzung dar.

## Rechtsprechung

## § 10

## § 5 Abs 2

In der Praxis stellt sich oft die Frage, ob auch ein anderer als der Grundeigentümer Grundwasser bewilligungsfrei nutzen kann. Gemeingebrauch ist bei Grundwasser nicht denkbar.<sup>5</sup> Auch der Inhaber einer Nutzungsbefugnis (eines privatrechtlich eingeräumten Wasserrechts) braucht eine wasserrechtliche Bewilligung. Nach jüngerer Rsp. des VwGH kommt nämlich die bewilligungsfreie Benutzung des Grundwassers iSd „notwendigen Haus- und Wirtschaftsbedarfs“ ausschließlich dem Grundeigentümer zu, nicht aber auch demjenigen, der über ein sonstiges dingliches Recht verfügt, das ihm eine Nutzungsbefugnis einräumt.<sup>6</sup> Dies ergebe sich aus der Koppelung von Grundeigentum und Wasserbedarf.<sup>7</sup>

**Nutzung über Haus- und Wirtschaftsbedarf hinaus**

In allen anderen Fällen als der Benutzung für den notwendigen Haus- und Wirtschaftsbedarf ist zur Erschließung oder Benutzung des Grundwassers und zu den damit im Zusammenhang stehenden Eingriffen in den Grundwasserhaushalt sowie zur Errichtung oder Änderung der hierfür dienenden Anlagen die Bewilligung der Wasserrechtsbehörde erforderlich. Artesische Brunnen bedürfen jedenfalls der Bewilligung.

Wird durch eine Grundwasserbenutzung nach Abs 1 der Grundwasserstand in einem solchen Maß verändert, dass rechtmäßig geübte Nutzungen des Grundwassers wesentlich beeinträchtigt werden, so hat die Wasserrechtsbehörde auf Antrag eine Regelung nach Rücksicht der Billigkeit so zu treffen, dass der Bedarf aller in Betracht kommenden Grundeigentümer bei wirtschaftlicher Wasserbenutzung möglichstste Deckung findet. Ein solcher Bescheid verliert seine bindende Kraft, wenn sich die Parteien in anderer Weise einigen oder wenn sich die maßgebenden Verhältnisse wesentlich ändern.

**4. Bewilligung der Wasserbenutzung**

Bei der Erteilung einer Bewilligung sind jedenfalls der Ort, das Maß und die Art der Wasserbenutzung zu bestimmen. Das Maß und die Art der zu bewilligenden Wassernutzung sind dabei so festzulegen, dass weder das öffentliche Interesse beeinträchtigt wird, noch bestehende Rechte (Grundeigentum und damit verbundene Rechte, Nutzungsbefugnisse an Privatgewässern aufgrund eines entsprechenden Rechtstitels) verletzt werden.

Die Wasserrechtsbehörde kann dem Bewilligungswerber, soweit dies ausnahmsweise notwendig erscheint, die Leistung einer angemessenen Sicherstellung für die Erfüllung der Bedingungen, unter denen die Bewilligung erteilt wurde, für die ordnungsmäßige Erhaltung und für die Kosten einer allfälligen späteren Beseitigung der Anlage auferlegen, und zwar entweder für alle oder nur für einzelne der genannten Zwecke. Ist der Grund für die Sicherstellung weggefallen, so hat die Wasserrechtsbehörde die Aufhebung der Sicherstellung zu veranlassen.

## § 11

## 5. Nutzungseinschränkungen zum Schutz des Wassers

In sensiblen Gebieten befinden sich meist wichtige Grundwasservorkommen, die geschützt werden müssen. Deshalb kann die Behörde besondere Auflagen, Nutzungseinschränkungen, Verbote und Gebote erlassen, um Grund- und Oberflächenwasser, die zur öffentlichen Trinkwasserversorgung genutzt werden, vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen.

### 5.1. Wasserschutz- und Schongebiete



Wasserschutzgebiete liegen häufig im Wald.

§ 34 Abs 1

§ 30 Abs 2

#### Wasserschutzgebiet:

Zum Schutz von Wasserversorgungsanlagen gegen Verunreinigung oder gegen eine Beeinträchtigung ihrer Ergiebigkeit kann die zur Bewilligung dieser Anlagen zuständige Wasserrechtsbehörde – zum Schutze von nicht bewilligungspflichtigen Wasserversorgungsanlagen die BVB – durch Bescheid besondere Anordnungen über die Bewirtschaftung oder sonstige Benutzung von Grundstücken und Gewässern treffen, die Errichtung bestimmter Anlagen untersagen und entsprechende **Schutzgebiete** bestimmen.

Darüber hinaus kann – nach Anhörung der gesetzlichen Interessenvertretungen – auch der Betrieb bestehender Anlagen und Unternehmungen im notwendigen Ausmaß eingeschränkt werden. Die besonderen Anordnungen sind tunlichst gleichzeitig in jenem Bescheid, mit dem die wasserrechtliche Bewilligung für die zu schützende Anlage erteilt wird, zu treffen. Die Änderung solcher Anordnungen ist zulässig, wenn der Schutz der Wasserversorgung dies gestattet oder erfordert.

Die betreffenden Flächen können bescheidmäßig im engeren Quell- oder Brunnenschutzbereich zum Schutz vor Verunreinigungen eingezäunt und mit entsprechenden **Hinweistafeln** versehen werden. Nicht zu verwechseln sind die nach dem Wasserrechtsgesetz (Bundesgesetz) eingerichteten Wasserschutzgebiete mit den **landesrechtlichen Gewässerschutzgebieten**.



Schongebiete sind großräumige Sperren zum Schutz der allgemeinen Wasserversorgung.

#### Wasserschongebiet:

Zum Schutz der allgemeinen Wasserversorgung kann der Landeshauptmann ferner mit Verordnung bestimmen, dass in einem näher zu bezeichnenden Teil des Einzugsgebietes (**Schongebiet**) Maßnahmen, die die Beschaffenheit,

§ 34

Ergiebigkeit oder Spiegellage des Wasservorkommens zu gefährden vermögen, vor ihrer Durchführung der Wasserrechtsbehörde anzuzeigen sind oder der wasserrechtlichen Bewilligung bedürfen, oder nicht oder nur in bestimmter Weise zulässig sind. Zugleich kann die wasserrechtliche Bewilligung für solche Maßnahmen an die Wahrung bestimmter Gesichtspunkte gebunden werden. Solche Regelungen sind im gebotenen Maße nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse abgestuft zu treffen. Die Anordnung von **Betretungsverboten** darf überdies nur insoweit erfolgen, als das Interesse am Schutz der Wasserversorgung die Interessen von Berechtigten oder der Allgemeinheit am freien Zugang zu den in Betracht kommenden Flächen übersteigt.

Der BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ist zur Erlassung einer Verordnung nach Abs 2 zuständig, wenn

- eine ländergrenzenübergreifende Regelung erforderlich ist oder
- die Regelung gemeinsam mit einer wasserwirtschaftlichen Rahmenverfügung zu treffen ist.

Auf Antrag der Wasserrechtsbehörde sind die sich aus ihren Anordnungen ergebenden Beschränkungen im Grundbuch ersichtlich zu machen.

Soweit Maßnahmen und Anlagen, die eine Wasserversorgung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen beeinträchtigen können, den Gegenstand eines behördlichen Verfahrens bilden, hat das in Betracht kommende Wasserversorgungsunternehmen oder die in Betracht kommende Gemeinde Parteistellung.

Die Vollziehung einer gemäß Abs 2 oder 2a erlassenen Verordnung obliegt der Bezirksverwaltungsbehörde. Bedarf eine gemäß Abs 2 bewilligungs- oder anzeigespflichtige

Maßnahme noch einer weiteren, in die Zuständigkeit des Landeshauptmannes oder des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft fallenden wasserrechtlichen Bewilligung, so ist diese Behörde zuständig.

## 5.2. Sicherung der künftigen Wasserversorgung

Wasserschutzgebiete und Wasserschongebiete dienen vor allem dem Schutz der bestehenden Wasserversorgung.

Zur Sicherung des **künftigen Trink- und Nutzwasserbedarfes** können, wenn das zu schützende Wasservorkommen geeignet und dafür erforderlich ist, nach Prüfung der Verhältnisse und Abwägung der Interessen gleichfalls Anordnungen im Sinne der Bestimmungen über Wasserschutz und Wasserschongebiete erlassen werden.

Einschränkungen fremder Rechte sind jedoch nur so weit zulässig, als eine gebührende Entschädigungsleistung gesichert ist. Wer eine solche Entschädigungsleistung übernommen hat, ist in allen das geschützte Wasservorkommen betreffenden Verfahren Partei.

## 5.3. Schutz von Heilquellen und Heilmooren



Ebenso finden auf den Schutz natürlicher oder künstlich erschlossener Heilquellen und Heilmoore gegen Beeinflussung ihrer Beschaffenheit und Ergiebigkeit die Bestimmungen über Wasserschutz- und schongebiete sinngemäß Anwendung.

### § 8 AVG

### § 35

### § 34 Abs 4

### § 37

## 6. Wirtschaftsbeschränkungen im Bereich von Gewässern

### § 48

Bei Gewässern, die häufig ihre Ufer überfluten, dürfen an den Ufern und innerhalb der Grenzen des Hochwasserabflusses (Überschwemmungsgebietes, § 38 Abs 3) keine Ablagerungen vorgenommen werden, welche die Wasserverheerungen erheblich vergrößern oder die Beschaffenheit des Wassers wesentlich beeinträchtigen können. Dasselbe gilt für die Ablagerung von Abfällen in aufgelassenen Brunnen oder in Sand- und Schottergruben.

Überdies kann der Landeshauptmann, soweit dies zur Instand- und Reinhaltung von Gewässern sowie zur Vermeidung von Wasserschäden für bestimmte Gewässerstrecken oder Grundwasserbereiche – ausgenommen zum Schutz von Wasserversorgungsanlagen nach § 34 – notwendig ist, durch Verordnung untersagen oder regeln:

- die Ausübung der Viehweide auf den Uferböschungen und Dämmen sowie im Bereich der Uferpflanzungen,
- jede die Lockerung und den Abbruch des Erdreiches fördernde Art der Bodenbenutzung,
- die Ablagerung von Abfällen und anderen die Beschaffenheit der Gewässer beeinträchtigenden Stoffen an den Ufern und in Überschwemmungsgebieten,
- die Verwendung näher zu bezeichnender Stoffe zur Düngung oder Schädlingsbekämpfung.

Weitergehende Anordnungen der gemäß § 140 Abs 1 Z 5 aufrechterhaltenen Gesetze bleiben unberührt.

## Abkürzungen

|               |  |
|---------------|--|
| <b>aA</b>     | anderer Ansicht  |
| <b>Abb.</b>   | Abbildung  |
| <b>ABGB</b>   | Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch  |
| <b>Abs</b>    | Absatz   |
| <b>aM</b>     | andere(r) Meinung  |
| <b>Anh</b>    | Anhang   |
| <b>arg.</b>   | argumentum   |
| <b>Art</b>    | Artikel  |
| <b>AVG</b>    | Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz                                      |
| <b>BG</b>     | Bundesgesetz   |
| <b>BGBI</b>   | Bundesgesetzblatt  |
| <b>Bgld</b>   | Burgenland   |
| <b>Bgm</b>    | Bürgermeister  |
| <b>BH</b>     | Bezirkshauptmannschaft   |
| <b>BM</b>     | Bundesminister(ium)  |
| <b>BMLFUW</b> | Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft |
| <b>BMVIT</b>  | Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie                    |
| <b>BReg</b>   | Bundesregierung  |
| <b>bspw</b>   | beispielsweise   |
| <b>BStG</b>   | Bundesstraßengesetz  |
| <b>BVB</b>    | Bezirksverwaltungsbehörde(n)   |
| <b>B-VG</b>   | Bundes-Verfassungsgesetz   |
| <b>bzw</b>    | beziehungsweise  |
| <b>cm</b>     | Zentimeter   |
| <b>dh</b>     | das heißt  |
| <b>EG</b>     | Europäische Gemeinschaft   |
| <b>EGMR</b>   | Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (Straßburg)                      |
| <b>EMRK</b>   | Europäische Menschenrechtskonvention   |
| <b>etc</b>    | et cetera  |
| <b>EU</b>     | Europäische Union  |
| <b>EuGH</b>   | Europäischer Gerichtshof (Luxemburg)   |
| <b>EWG</b>    | Europäische Wirtschaftsgemeinschaft  |



|                |   |
|----------------|---|
| <b>ex lege</b> | kraft Gesetzes  |
| <b>f</b>       | und der, die folgende   |
| <b>ff</b>      | und der, die folgenden  |
| <b>FFH</b>     | Fauna Flora Habitat   |
| <b>FKVO</b>    | Forstliche Kennzeichnungsverordnung   |
| <b>ForstG</b>  | Forstgesetz   |
| <b>gem.</b>    | gemäß   |
| <b>GmbH</b>    | Gesellschaft mit beschränkter Haftung   |
| <b>GSLG</b>    | Güter- und Seilwege-Landesgesetz  |
| <b>GZ</b>      | Geschäftszahl   |
| <b>ha</b>      | Hektar  |
| <b>hA</b>      | herrschende Ansicht   |
| <b>hL</b>      | herrschende Lehre   |
| <b>hM</b>      | herrschende Meinung   |
| <b>idF</b>     | in der Fassung  |
| <b>idR</b>     | in der Regel  |
| <b>idS</b>     | in diesem Sinn  |
| <b>ieS</b>     | im engeren Sinn   |
| <b>insb</b>    | insbesondere  |
| <b>iS</b>      | im Sinne  |
| <b>iSd</b>     | im Sinne des (der)  |
| <b>IUCN</b>    | International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (Internationale Union zur Bewahrung der Natur und natürlicher Ressourcen), auch Weltnaturschutzunion |
| <b>iVm</b>     | in Verbindung mit   |
| <b>iwS</b>     | im weiteren Sinn  |
| <b>iZm</b>     | im Zusammenhang mit   |
| <b>JagdG</b>   | Jagdgesetz  |
| <b>JagdVO</b>  | Jagdverordnung  |
| <b>JBl</b>     | Juristische Blätter   |
| <b>KFG</b>     | Kraftfahrgesetz   |
| <b>Kfz</b>     | Kraftfahrzeug(e)  |
| <b>kg</b>      | Kilogramm   |
| <b>Ktn</b>     | Kärnten   |
| <b>lfm</b>     | laufender Meter   |
| <b>LG</b>      | Landesgesetz(e)   |

|              |  |
|--------------|--|
| <b>LGBI</b>  | Landesgesetzblatt  |
| <b>LH</b>    | Landeshauptmann  |
| <b>lit</b>   | litera   |
| <b>LReg</b>  | Landesregierung  |
| <b>LWK-G</b> | Landwirtschaftskammer-Gesetz                                   |
| <b>m</b>     | Meter  |
| <b>max</b>   | maximal  |
| <b>mE</b>    | meines Erachtens   |
| <b>mwN</b>   | mit weiteren Nachweisen  |
| <b>NGO</b>   | Nichtregierungsorganisation<br>(Non Governmental Organisation) |
| <b>NÖ</b>    | Niederösterreich   |
| <b>NSchG</b> | Naturschutzgesetz(e)   |
| <b>OGH</b>   | Oberster Gerichtshof   |
| <b>OLG</b>   | Oberlandesgericht  |
| <b>OÖ</b>    | Oberösterreich   |
| <b>RL</b>    | EU-Richtlinie(n)   |
| <b>Rsp</b>   | Rechtsprechung   |
| <b>S</b>     | Satz   |
| <b>s</b>     | siehe  |
| <b>Sbg</b>   | Salzburg   |
| <b>sog</b>   | so genannt, -e, -er, -es                                       |
| <b>StGB</b>  | Strafgesetzbuch  |
| <b>StGG</b>  | Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger |
| <b>Stmk</b>  | Steiermark   |
| <b>stRsp</b> | ständige Rechtsprechung  |
| <b>StVO</b>  | Straßenverkehrsordnung   |
| <b>t</b>     | Tonnen   |
| <b>Tir</b>   | Tirol  |
| <b>ua</b>    | und andere, unter anderem                                      |
| <b>udgl</b>  | und dergleichen  |
| <b>UN</b>    | United Nations (Vereinte Nationen)                             |
| <b>usw</b>   | und so weiter  |
| <b>uU</b>    | unter Umständen  |
| <b>UVP</b>   | Umweltverträglichkeitsprüfung                                  |
| <b>UVP-G</b> | Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz                           |

|              |  |
|--------------|--|
| <b>v.H.</b>  | von Hundert  |
| <b>va</b>    | vor allem  |
| <b>VfGH</b>  | Verfassungsgerichtshof   |
| <b>VfSlg</b> | Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten<br>Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes |
| <b>vgl</b>   | vergleiche   |
| <b>VLbg</b>  | Vorarlberg   |
| <b>VO</b>    | Verordnung(en)   |
| <b>VwG</b>   | Verwaltungsgericht(e)  |
| <b>VwGH</b>  | Verwaltungsgerichtshof   |
| <b>VwSlg</b> | Sammlung der Erkenntnisse und Beschlüsse des<br>Verwaltungsgerichtshofes             |
| <b>WRG</b>   | Wasserrechtsgesetz   |
| <b>WRRl</b>  | Wasserrahmenrichtlinie   |
| <b>Z</b>     | Ziffer   |
| <b>zB</b>    | zum Beispiel   |
| <b>zT</b>    | zum Teil   |

## Fußnoten

### Einleitung

- 1) OGH 11.9.2003, 6 Ob 132/03k

### Forstgesetz

- 1) OGH 28.11.2012, 4 Ob 200/12h; 2 Ob 23/94 mwN
- 2) *Brawenz/Kind/Reindl*, ForstG<sup>3</sup> § 34 Anm 4
- 3) OGH 29.11.1985, SZ 58/195;  
*Brawenz/Kind/Reindl*, ForstG<sup>3</sup> § 176 Anm 15 und 16
- 4) *Brawenz/Kind/Reindl*, ForstG<sup>3</sup> § 34 Anm 14
- 5) *Obermeier*, Schifahren 81, insbes FN 451; *Zeinhofer*, Bergsport 210;  
*Ringhof*, Wegerecht und Bergsport, 148
- 6) VwGH 13.11.1989, 89/10/0120
- 7) VwGH 30.4.1992, 91/10/0014
- 8) VwGH 14.12.1998, 98/10/0383
- 9) *Brawenz/Kind/Reindl*, ForstG<sup>3</sup> § 34 Anm 17
- 10) VwGH 14.12.1998, 98/10/0383;  
*Brawenz/Kind/Reindl*, ForstG<sup>3</sup> § 34 Anm 11 a
- 11) VwGH 3.6.1996, 95/10/0274
- 12) *Brawenz/Kind/Reindl*, ForstG<sup>3</sup> § 34 Anm 14
- 13) *Brawenz/Kind/Reindl*, ForstG<sup>3</sup> § 34 Anm 20
- 14) Vgl VwGH 28.2.2013, 2011/10/0132; 30.10.1989, 89/10/0169
- 15) VwGH 12.4.2010, 2008/10/0072
- 16) VwGH 9.12.2013, 2013/10/0078

### Straßenverkehrsordnung

- 1) *Pürstl*, StVO-ON 13.01 § 1 Anm 3 (Stand 27.4.2015, rdb.at)
- 2) VwGH 31.3.2006, 2006/02/0009; 19.12.2006, 2006/02/0015
- 3) OGH 12.12.1978, 2 Ob 173/78
- 4) *Reindl*, Im Wald und auf dem Berge – Wegfreiheit versus StVO und KFG,  
ZVR 2006/21
- 5) *Reindl*, Im Wald und auf dem Berge – Wegfreiheit versus StVO und KFG,  
ZVR 2006/21
- 6) OGH 11.5.2005, 7 Ob 73/05v

- 7) VwGH 27.2.1989, 88/10/0114; OGH 6.10.1982, 6 Ob 503/82
- 8) VfGH 5.12.1987, V 74/86; VwGH 28.11.2008, 2008/02/0228
- 9) VwGH 29.9.1989, 89/03/0021; VwGH 22.2.2013, 2009/02/0054
- 10) VwGH 22.2.2013, 2009/02/0054; 20.11.2013, 2011/02/0270
- 11) VwGH 15.12.1982, 81/01/0134
- 12) VwGH 17.6.1987, 86/03/0021
- 13) *Pürstl*, StVO-ON 13.01 § 1 Anm 3 (Stand 27.4.20015, rdb.at)
- 14) OGH 10.2.1982, 11 Os 8/82
- 15) OGH 15.11.1962, 2 Ob 291/62
- 16) VwGH 9.10.1985, 85/03/0132
- 17) OGH 12.9.1968, 2 Ob 267/68
- 18) OLG Wien 14.1.1991, 21 Bs 504/90
- 19) VwGH 28.11.1980, 429/80
- 20) VwGH 25.9.1963, 884/63
- 21) OGH 17.3.1964, 11 Os 279/63
- 22) OGH 21.11.1978, 8 Ob 188/78
- 23) OGH 6.7.1971, 8 Ob 158/71
- 24) OGH 4.2.1976, 8 Ob 18/76
- 25) OGH 30.6.1994, 2 Ob 18/93
- 26) OGH 26.2.1992, 2 Ob 62/91
- 27) OGH 28.4.1994, 2 Ob 25/94
- 28) OGH 28.11.1989, 2 Ob 137/89
- 29) VwGH 11.10.2002, 2002/20095
- 30) VwGH 28.6.1989, 88/03/0129
- 31) OGH 13.9.1979, 8 Ob 116/79
- 32) VwGH 24.4.1991, 91/03/0068

### Naturschutzrecht

- 1) *Mayer*, B-VG Kommentar<sup>3</sup>, 2002, zu Art 10
- 2) *Cech in Norer* (Hrsg), Handbuch des Agrarrechts<sup>2</sup>, 613; *Madner*, Rz 2330; *Groiss*, Natur und Recht im Wandel, 84
- 3) VfGH 27.9.1978, B 244 ua/77
- 4) VwGH 20.6.1994, 92/10/0391
- 5) VwGH 31.3.2003, 2002/10/0121
- 6) In solchen Fällen spricht der Jurist von einem „janusköpfigen Verwaltungsakt“.
- 7) VwGH 3.9.2001, 99/10/0011; 21.3.2001, 98/10/401; 13.11.2000, 2000/10/0156
- 8) VwGH 7.7.1986, 84/10/0290

- 9) VwGH 28.2.2000, 98/10/0149
- 10) *Cech in Norer* (Hrsg), Handbuch des Agrarrechts<sup>2</sup>, 627
- 11) VwGH 9.9.1996, 95/10/0191
- 12) *Cech in Norer* (Hrsg), Handbuch des Agrarrechts<sup>2</sup>, 631  
VfGH 9.10.2001, G 148/01, Slg 16.316
- 13) Quelle: [www.naturparke.at](http://www.naturparke.at); letzter Zugriff: 25.4.2015
- 14) Quelle: [www.umweltbundesamt.at](http://www.umweltbundesamt.at); letzter Zugriff: 25.4.2015
- 15) *Cech in Norer* (Hrsg), Handbuch des Agrarrechts<sup>2</sup>, 637;  
*Glantschnig*, Erwägungen zu einer Reform des Kärntner Naturschutzrechts, in *Potacs*, 182

### Jagdrecht

- 1) *Gürtler/Lebersorger*, Niederösterreichisches Jagdrecht<sup>7</sup>, § 94a Anm 2
- 2) *Gürtler/Lebersorger*, Niederösterreichisches Jagdrecht<sup>7</sup>, § 94b Anm 3
- 3) Anmerkung: § 158 Abs 2 verweist auf § 67 Abs 6. Das Sbg JagdG in seiner geltenden Fassung kennt jedoch keinen § 67 Abs 6. Es handelt sich wohl um ein redaktionelles Versehen und es ist richtigerweise § 67 Abs 5 gemeint.

### Wasserrecht

- 1) vgl *Hattenberger* in RdU 29005/2, 63; dieselbe, Recht auf Naturnutzung? Rechtliche Rahmenbedingungen der Sportausübung anhand ausgewählter Beispiele, in *Berger/Potacs*, RECHT SPORTlich [2010] 71 ff; *Oberleitner/Berger*, WRG-ON 1.02 § 8 Rz 4 (Stand März 27.4.2015, rdb.at)  
OGH 10.2.2004, 1 Ob 56/03x  
VwGH 28.4.2005, 2004/07/0048
- 2) OGH 21.10.1987, 1 Ob 33/87
- 3) *Oberleitner/Berger*, WRG-ON 1.02 § 8 Rz 7 (Stand März 27.4.2015, rdb.at)
- 4) *Oberleitner/Berger*, WRG-ON 1.02 § 10 Rz 4 (Stand März 27.4.2015, rdb.at)
- 5) *Oberleitner*, Kommentar zum WRG<sup>2</sup> § 10 Rz 9
- 6) VwGH 22.4.2010, 2008/07/099
- 7) VwGH 19.9.1996, 94/07/0031

## Über die Autorin

Mag. Stefanie Wieser studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Wien und Genf. Seit 2011 ist sie Juristin der Land&Forst Betriebe Österreich, einer privaten Interessenvertretung für land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Ihr berufliches Tätigkeitsfeld erstreckt sich vor allem auf die rechtliche Beratung und Interessenvertretung der Mitgliedsbetriebe im Rahmen nationaler und internationaler Gesetzgebungsverfahren sowie in nationalen Fachausschüssen und Arbeitsgruppen. Sie ist Vorstandsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Agrar- und Umweltrecht, publiziert und hält Vorträge und Seminare. Der Schwerpunkt liegt auf zivil- und verwaltungsrechtlichen Themen, insbesondere eigentumsrechtlichen Fragen sowie Forstrecht und Nutzung des Waldes zu waldfremden Zwecken.

